

BAND 1 - EINNAHMEN

TEIL A. EINLEITUNG UND FINANZIERUNG DES GESAMTHAUSHALTSPLANS

1. Einleitung

Im Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union werden für jedes Haushaltsjahr sämtliche als erforderlich erachteten Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft veranschlagt und bewilligt.

Bei der Aufstellung und Ausführung des Gesamthaushaltsplans sind folgende Grundsätze zu beachten: Einheit und Haushaltswahrheit, Jährlichkeit, Haushaltsausgleich, Rechnungseinheit, Gesamtdeckung, Spezialität, Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und Transparenz.

- Gemäß dem *Grundsatz der Einheit* und dem *Grundsatz der Haushaltswahrheit* müssen alle Einnahmen und Ausgaben der Union, sofern sie zu Lasten des Haushalts gehen, in einem einzigen Haushaltsdokument ausgewiesen werden.
- Der *Grundsatz der Jährlichkeit* besagt, dass der Haushaltsplan für jeweils ein Haushaltsjahr angenommen wird und die Mittel dieses Haushaltsjahres — sowohl bei den Mitteln für Verpflichtungen als auch bei den Mitteln für Zahlungen — grundsätzlich während des betreffenden Jahres verwendet werden müssen.
- Nach dem *Grundsatz des Haushaltsausgleichs* müssen die für ein Haushaltsjahr veranschlagten Einnahmen den Mitteln für Zahlungen für dasselbe Haushaltsjahr entsprechen; ein etwaiges Haushaltsdefizit darf nicht durch Kreditaufnahme gedeckt werden, da dies mit dem Eigenmittelsystem unvereinbar ist.
- In Anwendung des *Grundsatzes der Rechnungseinheit* ist sowohl bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans als auch bei der Rechnungslegung der Euro zu verwenden.
- Der *Grundsatz der Gesamtdeckung* bedeutet einerseits, dass die Gesamtheit der Haushaltseinnahmen der Deckung der Gesamtheit der Haushaltsausgaben dient und nur in Ausnahmefällen einzelne Einnahmen zweckgebunden für die Finanzierung bestimmter Ausgaben zugewiesen werden dürfen, und andererseits, dass die Einnahmen und Ausgaben in voller Höhe ohne vorhergehende Verrechnung in den Haushaltsplan einzusetzen sind.
- Der *Grundsatz der Spezialität* besagt, dass jeder Mittelansatz eine spezifische Zweckbestimmung haben muss und bestimmten Ausgaben zuzuweisen ist, um jegliche Verwechslung zwischen verschiedenen Mittelkategorien zu vermeiden.
- Der *Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung* definiert sich unter Bezugnahme auf die Gebote der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeit.
- Der *Grundsatz der Transparenz* besagt, dass eine zuverlässige Unterrichtung über den Haushaltsvollzug und die Rechnungsführung erfolgen muss.

Im Interesse einer größeren Transparenz der Haushaltsführung unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung, insbesondere der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit, werden die Mittel auf der Grundlage der nach Tätigkeitsbereichen gegliederten ABB-Struktur (Activity-Based Budgeting) veranschlagt.

Die in diesem Haushaltsplan bewilligten Ausgabenmittel belaufen sich auf insgesamt 150 931 736 706 EUR bei den Mitteln für Verpflichtungen und 137 924 431 213 EUR bei den Mitteln für Zahlungen, was einer Differenz von 2,05 % bzw. 6,83 % gegenüber dem Haushaltsplan 2012 entspricht.

Die Haushaltseinnahmen beziffern sich auf insgesamt 137 924 431 213 EUR. Der einheitliche Abrufsatz für die MwSt.-Eigenmittel beträgt 0,30 % (ausgenommen Österreich, Deutschland, die Niederlande und Schweden, für die der Abrufsatz auf 0,225 %, 0,15 %, 0,10% bzw. 0,10 % festgesetzt wurde). Der Abrufsatz für die BNE-Eigenmittel beträgt 0,7666 %. Der Haushaltsplan 2013 wird zu 13,60 % aus traditionellen Eigenmitteln (Zölle und Zuckerabgaben) finanziert. Die Finanzierungsanteile der MwSt.-Eigenmittel und der BNE-Eigenmittel belaufen sich auf 10,90 % bzw. 74,36 %. Die sonstigen Einnahmen für dieses Haushaltsjahr werden auf 1 580 778 258 EUR veranschlagt.

Die zur Finanzierung des Haushaltsplans 2013 erforderlichen Eigenmittel entsprechen 1,02 % des gesamten Bruttonationaleinkommens (BNE) und liegen damit unter der Obergrenze von 1,23 % des BNE, die sich nach der Berechnungsformel in Artikel 3 Absatz 1 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der

Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17) ergibt.

Anhand der folgenden Tabellen lässt sich Schritt für Schritt nachvollziehen, wie die Finanzierung des Haushaltsplans 2013 berechnet wurde

2. Finanzierung des Gesamthaushaltsplans

Mittelansätze für das Haushaltsjahr 2013, die gemäß Artikel 1 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften zu decken sind

AUSGABEN

Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012 ¹	Differenz (in %)
1. Nachhaltiges Wachstum	62 527 845 408	55 336 724 109	+ 13,00
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	57 964 879 132	57 034 220 262	+ 1,63
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 574 600 126	1 502 339 740	+ 4,81
4. Die EU als globaler Akteur	7 311 588 051	6 955 083 523	+ 5,13
5. Verwaltung	8 545 518 496	8 277 736 996	+ 3,23
Gesamtbetrag der Ausgaben ²	137 924 431 213	129 106 104 630	+ 6,83

EINNAHMEN

Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012 ³	Differenz (in %)
Verschiedene Einnahmen (Titel 4 bis 9)	1 580 778 258	1 575 719 138	+ 0,32
Verfügbarer Überschuss aus dem vorangegangenen Haushaltsjahr (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 0)	p.m.	1 496 968 014	—
Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich (Kapitel 3 0, Artikel 3 0 2)	p.m.	p.m.	—
Überschuss der für frühere Haushaltsjahre abgeführten MwSt.- und BSP/BNE-Eigenmittel (Kapitel 3 1 und 3 2)	p.m.	p.m.	—
Gesamtbetrag der Einnahmen der Titel 3 bis 9	1 580 778 258	3 072 687 152	- 48,55
Nettobetrag — Zölle und Zuckerabgaben (Kapitel 1 1 und 1 2)	18 755 200 000	19 294 600 000	- 2,80
MwSt.-Eigenmittel zum einheitlichen Satz (Tabellen 1 und 2, Kapitel 1 3)	15 029 949 025	14 498 917 425	+ 3,66
Über die zusätzliche Einnahme (BNE-Eigenmittel, Tabelle 3, Kapitel 1 4) zu finanzierender Restbetrag	102 558 503 930	92 239 900 053	+ 11,19
Durch die Eigenmittel gemäß Artikel 2 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom zu deckende Mittelansätze ⁴	136 343 652 955	126 033 417 478	+ 8,18
Gesamtbetrag der Einnahmen ⁵	137 924 431 213	129 106 104 630	+ 6,83

TABELLE 1

Berechnung der Begrenzung der harmonisierten MwSt.-Bemessungsgrundlagen gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Mitgliedstaaten	1 % der nicht begrenzten MwSt.-Bemessungsgrundlagen	1 % des Bruttonationaleinkommens	Begrenzungssatz (in %)	1 % des Bruttonationaleinkommens, multipliziert mit dem Begrenzungssatz	1 % der begrenzten MwSt.-Bemessungsgrundlagen ⁶	Mitgliedstaaten mit begrenzter MwSt.-Grundlage
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)

¹Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2012 (ABl. L 56 vom 29.2.2012, S. 1) zuzüglich des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1/2012 sowie der Entwürfe der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 2 und Nr. 3/2012.

² Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“

³Die Zahlen in dieser Spalte entsprechen denen des Haushaltsplans 2012 (ABl. L 56 vom 29.2.2012, S. 1) zuzüglich des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1/2012 sowie der Entwürfe der Berichtigungshaushaltspläne Nr. 2 und Nr. 3/2012.

⁴Die Eigenmittel für den Haushaltsplan 2013 werden auf der Grundlage der haushaltsrelevanten Schätzungen festgelegt, die der Beratende Ausschuss für Eigenmittel auf seiner 154. Sitzung am 21. Mai 2012 angenommen hat.

⁵ Artikel 310 Absatz 1 Unterabsatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union lautet: „Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.“

⁶Die Bemessungsgrundlage überschreitet nicht 50 % des Bruttonationaleinkommens.

Belgien	1 690 557 000	3 973 060 000	50	1 986 530 000	1 690 557 000	
Bulgarien	190 547 000	403 363 000	50	201 681 500	190 547 000	
Tschechische Republik	679 066 000	1 488 457 000	50	744 228 500	679 066 000	
Dänemark	1 011 507 000	2 603 724 000	50	1 301 862 000	1 011 507 000	
Deutschland	12 022 668 000	27 629 794 000	50	13 814 897 000	12 022 668 000	
Estland	82 284 000	168 961 000	50	84 480 500	82 284 000	
Irland	624 406 000	1 286 410 000	50	643 205 000	624 406 000	
Griechenland	873 300 000	1 994 678 000	50	997 339 000	873 300 000	
Spanien	4 775 808 000	10 438 737 000	50	5 219 368 500	4 775 808 000	
Frankreich	9 831 724 000	21 490 884 000	50	10 745 442 000	9 831 724 000	
Italien	6 621 706 000	16 175 934 000	50	8 087 967 000	6 621 706 000	
Zypern	145 973 000	176 569 000	50	88 284 500	88 284 500	Zypern
Lettland	72 561 000	221 358 000	50	110 679 000	72 561 000	
Litauen	121 821 000	334 146 000	50	167 073 000	121 821 000	
Luxemburg	246 521 000	325 255 000	50	162 627 500	162 627 500	Luxemburg
Ungarn	400 384 000	1 018 984 000	50	509 492 000	400 384 000	
Malta	48 396 000	62 058 000	50	31 029 000	31 029 000	Malta
Niederlande	2 739 704 000	6 263 887 000	50	3 131 943 500	2 739 704 000	
Österreich	1 425 851 000	3 181 638 000	50	1 590 819 000	1 425 851 000	
Polen	1 911 307 000	3 943 766 000	50	1 971 883 000	1 911 307 000	
Portugal	781 760 000	1 637 391 000	50	818 695 500	781 760 000	
Rumänien	505 766 000	1 435 776 000	50	717 888 000	505 766 000	
Slowenien	182 040 000	356 425 000	50	178 212 500	178 212 500	Slowenien
Slowakei	256 580 000	733 238 000	50	366 619 000	256 580 000	
Finnland	943 700 000	2 078 819 000	50	1 039 409 500	943 700 000	
Schweden	1 848 128 000	4 235 344 000	50	2 117 672 000	1 848 128 000	
Vereinigtes Königreich	9 654 893 000	20 118 338 000	50	10 059 169 000	9 654 893 000	
Insgesamt	59 688 958 000	133 776 994 000		66 888 497 000	59 526 181 500	

TABELLE 2

Aufteilung der MwSt.-Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 3)

Mitgliedstaat	1 % der begrenzten MwSt.- Bemessungsgrundlage	Einheitlicher Satz für die MwSt.-Eigenmittel ⁷ (in %)	MwSt.-Eigenmittel zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	1 690 557 000	0,300	507 167 100
Bulgarien	190 547 000	0,300	57 164 100
Tschechische Republik	679 066 000	0,300	203 719 800
Dänemark	1 011 507 000	0,300	303 452 100
Deutschland	12 022 668 000	0,150	1 803 400 200
Estland	82 284 000	0,300	24 685 200
Irland	624 406 000	0,300	187 321 800
Griechenland	873 300 000	0,300	261 990 000
Spanien	4 775 808 000	0,300	1 432 742 400
Frankreich	9 831 724 000	0,300	2 949 517 200
Italien	6 621 706 000	0,300	1 986 511 800
Zypern	88 284 500	0,300	26 485 350
Lettland	72 561 000	0,300	21 768 300
Litauen	121 821 000	0,300	36 546 300
Luxemburg	162 627 500	0,300	48 788 250
Ungarn	400 384 000	0,300	120 115 200
Malta	31 029 000	0,300	9 308 700
Niederlande	2 739 704 000	0,100	273 970 400
Österreich	1 425 851 000	0,225	320 816 475
Polen	1 911 307 000	0,300	573 392 100
Portugal	781 760 000	0,300	234 528 000

⁷Lediglich im Zeitraum 2007-2013 beträgt der Abrufsatz für die MwSt.-Eigenmittel für Österreich 0,225 %, für Deutschland 0,15 % und für die Niederlande und Schweden 0,10 %.

Rumänien	505 766 000	0,300	151 729 800
Slowenien	178 212 500	0,300	53 463 750
Slowakei	256 580 000	0,300	76 974 000
Finnland	943 700 000	0,300	283 110 000
Schweden	1 848 128 000	0,100	184 812 800
Vereinigtes Königreich	9 654 893 000	0,300	2 896 467 900
Insgesamt	59 526 181 500		15 029 949 025

TABELLE 3

Bestimmung des einheitlichen Satzes und Aufteilung der BNE-Eigenmittel nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 4)

Mitgliedstaaten	1 % des Bruttonational-einkommens	Auf die zusätzliche Bemessungsgrundlage zu erhebender einheitlicher Satz, Eigenmittel	Einnahmen gemäß der zusätzlichen Bemessungsgrundlage zum einheitlichen Satz
	(1)	(2)	(3) = (1) × (2)
Belgien	3 973 060 000	0,7666378 ⁸	3 045 898 083
Bulgarien	403 363 000		309 233 334
Tschechische Republik	1 488 457 000		1 141 107 439
Dänemark	2 603 724 000		1 996 113 308
Deutschland	27 629 794 000		21 182 045 223
Estland	168 961 000		129 531 894
Irland	1 286 410 000		986 210 567
Griechenland	1 994 678 000		1 529 195 607
Spanien	10 438 737 000		8 002 730 646
Frankreich	21 490 884 000		16 475 724 602
Italien	16 175 934 000		12 401 082 885
Zypern	176 569 000		135 364 474
Lettland	221 358 000		169 701 416
Litauen	334 146 000		256 168 963
Luxemburg	325 255 000		249 352 786
Ungarn	1 018 984 000		781 191 679
Malta	62 058 000		47 576 010
Niederlande	6 263 887 000		4 802 132 716
Österreich	3 181 638 000		2 439 164 041
Polen	3 943 766 000		3 023 440 195
Portugal	1 637 391 000		1 255 285 878
Rumänien	1 435 776 000		1 100 720 192
Slowenien	356 425 000		273 248 887
Slowakei	733 238 000		562 127 987
Finnland	2 078 819 000		1 593 701 280
Schweden	4 235 344 000		3 246 974 919
Vereinigtes Königreich	20 118 338 000		15 423 478 919
Insgesamt	133 776 994 000		102 558 503 930

TABELLE 4

Berechnung der Bruttokürzung des BNE-Beitrags der Niederlande und Schwedens und deren Finanzierung gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 6)

Mitgliedstaat	Bruttokürzung	Anteile an den BNE-Grundlagen	BNE-Schlüssel für Bruttokürzung	Finanzierung der Kürzung zugunsten der Niederlande und Schwedens
	(1)	(2)	(3)	(4)=(1)+(3)
Belgien		2,97	25 706 523	25 706 523
Bulgarien		0,30	2 609 842	2 609 842
Tschechische Republik		1,11	9 630 626	9 630 626
Dänemark		1,95	16 846 635	16 846 635

⁸Berechnung des Satzes: $(102\,558\,503\,930) / (133\,776\,994\,000) = 0,766637826605672$.

Deutschland		20,65	178 770 505	178 770 505
Estland		0,13	1 093 213	1 093 213
Irland		0,96	8 323 340	8 323 340
Griechenland		1,49	12 905 981	12 905 981
Spanien		7,80	67 540 796	67 540 796
Frankreich		16,06	139 050 482	139 050 482
Italien		12,09	104 661 652	104 661 652
Zypern		0,13	1 142 438	1 142 438
Lettland		0,17	1 432 232	1 432 232
Litauen		0,25	2 161 994	2 161 994
Luxemburg		0,24	2 104 467	2 104 467
Ungarn		0,76	6 593 038	6 593 038
Malta		0,05	401 528	401 528
Niederlande	- 693 598 388	4,68	40 528 649	- 653 069 739
Österreich		2,38	20 585 859	20 585 859
Polen		2,95	25 516 985	25 516 985
Portugal		1,22	10 594 260	10 594 260
Rumänien		1,07	9 289 769	9 289 769
Slowenien		0,27	2 306 144	2 306 144
Slowakei		0,55	4 744 202	4 744 202
Finnland		1,55	13 450 391	13 450 391
Schweden	- 171 966 543	3,17	27 403 555	- 144 562 988
Vereinigtes Königreich		15,04	130 169 825	130 169 825
Insgesamt	- 865 564 931	100,00	865 564 931	0
BIP-Deflator für die EU in EUR (Wirtschaftsprognosen vom Frühjahr 2012):				
(a) EU25 2004 = 97,9307 / (b) EU25 2006 = 102,2271 / (c) EU27 2006 = 102,3225 / (d) EU27 2013 = 112,3768				
Pauschalbetrag für die Niederlande: zu Preisen von 2013				
$605\,000\,000\text{ EUR} \times [(b/a) \times (d/c)] = 693\,598\,388\text{ EUR}$				
Pauschalbetrag für Schweden: zu Preisen von 2013:				
$150\,000\,000\text{ EUR} \times [(b/a) \times (d/c)] = 171\,966\,543\text{ EUR}$				

TABELLE 5

Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs (Haushaltsjahr 2012) gemäß Artikel 4 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom (Kapitel 1 5)

Bezeichnung	Koeffizient ⁹ (%)	Betrag
1. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) an der nicht begrenzten MwSt.-Bemessungsgrundlage	15,2078	
2. Anteil des Vereinigten Königreichs (in %) am Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben	7,2969	
3. (1) – (2)	7,9109	
4. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben		118 254 315 352
5 Erweiterungsbedingte Ausgaben ¹⁰ = (5a + 5b)		28 277 437 283
5a. Heranführungsausgaben		3 082 696 513
5b. Erweiterungsbedingte Ausgaben — Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe g		25 194 740 770
6. Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben nach Abzug der erweiterungsbedingten Ausgaben = (4) – (5)		89 976 878 069
7. Ursprünglicher Korrekturbetrag VK = (3) × (6) × 0,66		4 697 847 740
8. VK-Vorteil ¹¹		620 273 811

⁹Gerundet.

¹⁰ Der Betrag der erweiterungsbedingten Ausgaben entspricht Folgendem: (i) den an die zehn neuen (der EU am 1. Mai 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten) geleisteten Zahlungen aus den Haushaltsmitteln 2003, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2004-2011 angepasst wurden, sowie den an Bulgarien und Rumänien aus den Haushaltsmitteln 2006 geleisteten Zahlungen, die unter Anwendung des BIP-Deflators für die EU für 2007-2011 angepasst wurden (5a); und (ii) dem Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben in diesen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme der Direktzahlungen im Agrarbereich und der marktbezogenen Ausgaben sowie der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden (5b). Dieser Betrag wird vom Gesamtbetrag der aufteilbaren Ausgaben abgezogen, um Gleichbehandlung vor und nach der Erweiterung zu gewährleisten.

9. Eigentlicher Korrekturbetrag VK = (7) – (8)		4 077 573 929
10. Unerwartete Gewinne bei den traditionellen Eigenmitteln ¹²		5 148 759
11. Korrekturbetrag zugunsten des Vereinigten Königreichs = (9) – (10)		4 072 425 170

Gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom darf im Zeitraum 2007-2013 der zusätzliche Beitrag des Vereinigten Königreichs, der sich aus der Kürzung der aufteilbaren Ausgaben um die erweiterungsbedingten Ausgaben gemäß Absatz 1 Buchstabe g ergibt, 10,5 Mrd. EUR zu Preisen von 2004 nicht überschreiten. Die entsprechenden Beträge sind der nachstehenden Tabelle zu entnehmen.

2007-2012 Korrekturbeträge zugunsten des VK Differenz — ursprünglicher Betrag gegenüber der Schwelle von 10,5 Mrd. EUR (Eigenmittelbeschluss 2007 gegenüber Eigenmittelbeschluss 2000), in EUR	Differenz zu jeweiligen Preisen	Differenz zu konstanten Preisen 2004
(A) VK-Korrekturbetrag für 2007	0	0
(B) VK-Korrekturbetrag für 2008	- 301 679 647	- 280 649 108
(C) VK-Korrekturbetrag für 2009	-1 349 840 247	-1 275 338 491
(D) VK-Korrekturbetrag für 2010	-2 117 969 550	-1 956 957 875
(E) VK-Korrekturbetrag für 2011	-2 355 745 675	-2 144 599 880
(F) VK-Korrekturbetrag für 2012	-2 528 825 389	-2 247 081 154
(G) Summe der Differenzen = (A) + (B) + (C) + (D) + (E) + (F)	-8 654 060 508	-7 904 626 509

TABELLE 6

Berechnung der Finanzierung des Korrekturbetrags zugunsten des Vereinigten Königreichs — 4 072 425 170 EUR (Kapitel 1 5)

Mitgliedstaaten	Anteile an den BNE- Grundlagen	Anteile ohne Vereinigtes Königreich	Anteile ohne Deutschland, Niederlande, Österreich, Schweden und Vereinigtes Königreich	3/4 des Anteils Deutschlands, der Niederlande, Österreichs und Schwedens in „Anteile ohne Vereinigtes Königreich“	Spalte 4 umgelegt gemäß Schlüssel der Spalte 3	Finanzierungss- chlüssel	Finanzierungss- chlüssel, angewandt auf den Korrekturbetra- g
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6) = (2) + (4) + (5)	(7)
Belgien	2,97	3,50	5,49	-18,23	1,50	4,99	203 319 870
Bulgarien	0,30	0,35	0,56		0,15	0,51	20 641 952
Tschechische Republik	1,11	1,31	2,06		0,56	1,87	76 171 234
Dänemark	1,95	2,29	3,60		0,98	3,27	133 244 609
Deutschland	20,65	24,31	0,00		0,00	6,08	247 496 041
Estland	0,13	0,15	0,23		0,06	0,21	8 646 516
Irland	0,96	1,13	1,78		0,48	1,62	65 831 554
Griechenland	1,49	1,75	2,76		0,75	2,51	102 076 906
Spanien	7,80	9,18	14,43		3,93	13,12	534 198 490
Frankreich	16,06	18,91	29,70		8,10	27,01	1 099 788 009
Italien	12,09	14,23	22,36	-4,13 -2,10	6,09	20,33	827 797 416
Zypern	0,13	0,16	0,24		0,07	0,22	9 035 853
Lettland	0,17	0,19	0,31		0,08	0,28	11 327 913
Litauen	0,25	0,29	0,46		0,13	0,42	17 099 797
Luxemburg	0,24	0,29	0,45		0,12	0,41	16 644 804
Ungarn	0,76	0,90	1,41		0,38	1,28	52 146 128
Malta	0,05	0,05	0,09		0,02	0,08	3 175 795
Niederlande	4,68	5,51	0,00		0,00	1,38	56 109 257
Österreich	2,38	2,80	0,00		0,00	0,70	28 499 771
Polen	2,95	3,47	5,45		1,49	4,96	201 820 761
Portugal	1,22	1,44	2,26		0,62	2,06	83 792 876
Rumänien	1,07	1,26	1,98		0,54	1,80	73 475 304
Slowenien	0,27	0,31	0,49		0,13	0,45	18 239 917

11 Hierbei handelt es sich um den Vorteil, der dem Vereinigten Königreich aus der Begrenzung der MwSt.-Grundlagen und der Einführung der BNE-Einnahme im Vergleich zum alten System erwächst.

12 Hierbei handelt es sich um Gewinne, die sich für das Vereinigte Königreich aus der Anhebung des Prozentsatzes der traditionellen Eigenmittel ergeben, den die Mitgliedstaaten als Erhebungskosten einbehalten (von 10 % auf 25 % seit dem 1. Januar 2001).

Slowakei	0,55	0,65	1,01		0,28	0,92	37 523 182
Finnland	1,55	1,83	2,87		0,78	2,61	106 382 790
Schweden	3,17	3,73	0,00	-2,79	0,00	0,93	37 938 425
Vereinigtes Königreich	15,04	0,00	0,00		0,00	0,00	0
Insgesamt	100,00	100,00	100,00	-27,26	27,26	100,00	4 072 425 170

Die Beträge werden bis zur 15. Dezimalstelle berechnet.

TABELLE 7

Überblick über die Finanzierung¹³ des Gesamthaushaltsplans nach Eigenmitteln und Mitgliedstaaten

Mitgliedstaat	Traditionelle Eigenmittel (TEM)				MwSt.- und BNE-Eigenmittel, einschließlich Anpassungen						Gesamt c Eigen
	Zuckerabgabe n netto (75 %)	Zölle netto (75 %)	Traditionelle Eigenmittel insgesamt netto (75 %)	Erhebungsk osten (25 % des TEM- Bruttobetrag s) (p.m.)	MwSt.- Eigenmittel	BNE- Eigenmittel	Kürzung Niederlande und Schweden	VK- Korrektur	Beiträge der Mitgliedstaaten insgesamt	Anteil am Gesamtbetrag der Beiträge der Mitgliedstaaten	(11) (10)
	(1)	(2)	(3)=(1)+(2)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)=(5)+(6)+(7)+(8)	(10)	(11) (10)
Belgien	6 600 000	1 871 900 000	1 878 500 000	626 166 667	507 167 100	3 045 898 083	25 706 523	203 319 870	3 782 091 576	3,22	5 660
Bulgarien	400 000	62 200 000	62 600 000	20 866 667	57 164 100	309 233 334	2 609 842	20 641 952	389 649 228	0,33	452
Tschechische Republik	3 400 000	246 200 000	249 600 000	83 200 000	203 719 800	1 141 107 439	9 630 626	76 171 234	1 430 629 099	1,22	1 680
Dänemark	3 400 000	373 500 000	376 900 000	125 633 333	303 452 100	1 996 113 308	16 846 635	133 244 609	2 449 656 652	2,08	2 826
Deutschland	26 300 000	3 780 400 000	3 806 700 000	1 268 899 996	1 803 400 200	21 182 045 223	178 770 505	247 496 041	23 411 711 969	19,91	27
Estland	0	25 000 000	25 000 000	8 333 333	24 685 200	129 531 894	1 093 213	8 646 516	163 956 823	0,14	188
Irland	0	217 100 000	217 100 000	72 366 667	187 321 800	986 210 567	8 323 340	65 831 554	1 247 687 261	1,06	1 464
Griechenland	1 400 000	141 200 000	142 600 000	47 533 334	261 990 000	1 529 195 607	12 905 981	102 076 906	1 906 168 494	1,62	2 048
Spanien	4 700 000	1 221 600 000	1 226 300 000	408 766 667	1 432 742 400	8 002 730 646	67 540 796	534 198 490	10 037 212 332	8,54	11
Frankreich	30 900 000	2 034 500 000	2 065 400 000	688 466 667	2 949 517 200	16 475 724 602	139 050 482	1 099 788 009	20 664 080 293	17,57	22
Italien	4 700 000	1 799 100 000	1 803 800 000	601 266 667	1 986 511 800	12 401 082 885	104 661 652	827 797 416	15 320 053 753	13,03	17
Zypern	0	24 800 000	24 800 000	8 266 667	26 485 350	135 364 474	1 142 438	9 035 853	172 028 115	0,15	196
Lettland	0	26 800 000	26 800 000	8 933 333	21 768 300	169 701 416	1 432 232	11 327 913	204 229 861	0,17	231
Litauen	800 000	55 000 000	55 800 000	18 600 000	36 546 300	256 168 963	2 161 994	17 099 797	311 977 054	0,27	367
Luxemburg	0	15 700 000	15 700 000	5 233 333	48 788 250	249 352 786	2 104 467	16 644 804	316 890 307	0,27	332
Ungarn	2 000 000	119 800 000	121 800 000	40 600 000	120 115 200	781 191 679	6 593 038	52 146 128	960 046 045	0,82	1 081
Malta	0	10 800 000	10 800 000	3 600 000	9 308 700	47 576 010	401 528	3 175 795	60 462 033	0,05	71
Niederlande	7 300 000	2 086 000 000	2 093 300 000	697 766 667	273 970 400	4 802 132 716	- 653 069 739	56 109 257	4 479 142 634	3,81	6 572
Österreich	3 200 000	239 900 000	243 100 000	81 033 334	320 816 475	2 439 164 041	20 585 859	28 499 771	2 809 066 146	2,39	3 052
Polen	12 800 000	426 400	439 200 000	146 400	573 392 100	3 023 440	25 516 985	201 820	3 824 170 041	3,25	4 263

13 p.m. (Eigenmittel + übrige Einnahmen = Einnahmen insgesamt = Ausgaben insgesamt); (136 343 652 955 + 1 580 778 258 = 137 924 431 213 = 137 924 431 213).

14Gesamtbetrag der Eigenmittel in Prozent des BNE: (136 343 652 955) / (13 377 699 400 000) = 1,02 %; Eigenmittelobergrenze in Prozent des BNE: 1,23 %.

		000		000		195		761			
Portugal		136 500				1 255 285					
	200 000	000	136 700 000	45 566 667	234 528 000	878	10 594 260	83 792 876	1 584 201 014	1,35	1 720
Rumänien		124 700				1 100 720					
	1 000 000	000	125 700 000	41 900 000	151 729 800	192	9 289 769	73 475 304	1 335 215 065	1,14	1 460
Slowenien						273 248					
	0	81 800 000	81 800 000	27 266 667	53 463 750	887	2 306 144	18 239 917	347 258 698	0,30	429
Slowakei		141 700				562 127					
	1 400 000	000	143 100 000	47 700 000	76 974 000	987	4 744 202	37 523 182	681 369 371	0,58	824
Finnland		169 600				1 593 701		106 382			
	800 000	000	170 400 000	56 800 000	283 110 000	280	13 450 391	790	1 996 644 461	1,70	2 167
Schweden		552 600		185 066		3 246 974	- 144 562				
	2 600 000	000	555 200 000	667	184 812 800	919	988	37 938 425	3 325 163 156	2,83	3 880
Vereinigtes Königreich		2 647 000		885 500		15 423 478	130 169	-4 072 425			17
	9 500 000	000	2 656 500 000	000	2 896 467 900	919	825	170	14 377 691 474	12,23	
Insgesamt		18 631 800	18 755 200	6 251 733	15 029 949	102 558					136
	123 400 000	000	000	333	025	503 930	0	0	117 588 452 955	100,00	

EINNAHMEN NACH HAUSHALTSLINIEN

EINNAHMEN —

Zahlenangaben

Titel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
1	Eigene Mittel	136 343 652 955	126 033 417 478	118 164 003 100,00
3	Überschüsse, Salden und Anpassungen	p.m.	1 496 968 014	6 370 047 475,72
4	Einnahmen im Zusammenhang mit den Beamten und Bediensteten der Organe und anderer Einrichtungen der Union	1 303 747 390	1 312 344 852	1 206 807 562,37
5	Einnahmen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit der Organe	59 534 868	59 790 286	587 087 322,20
6	BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION	60 000 000	50 000 000	2 454 490 230,29
7	Verzugszinsen und Geldbussen	123 000 000	123 000 000	1 182 868 266,22
8	Anleihen und Darlehen	4 296 000	384 000	858 312,00
9	Sonstige Einnahmen	30 200 000	30 200 000	33 793 060,00
	Insgesamt	137 924 431 213	129 106 104 630	129 999 955 328,80

TITEL 1 — EIGENE MITTEL

Zahlenangaben

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
1 1	Abgaben, die im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom)	123 400 000	123 400 000	131 728 814,71
1 2	Zölle und andere Abgaben gemäss Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	18 631 800 000	19 171 200 000	16 645 989 074,77
1 3	Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäss Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	15 029 949 025	14 498 917 425	14 076 620 541,64
1 4	Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäss Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	102 558 503 930	92 239 900 053	87 259 205 936,16
1 5	Korrektur der Haushaltsungleichgewichte	0	0	51 857 520,20
1 6	Bruttokürzung der jährlichen BNE-Beiträge der Niederlande und Schwedens	0	0	-1 398 787,48

	Titel 1 — Insgesamt	136 343 652 955	126 033 417 478	118 164 003 100,00
--	----------------------------	------------------------	------------------------	---------------------------

KAPITEL 1 1 — ABGABEN, DIE IM RAHMEN DER GEMEINSAMEN MARKTORGANISATION FÜR ZUCKER VORGESEHEN SIND (ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM)

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
1 1	Abgaben, die im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom)				
1 1 0	Produktionsabgaben im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und in den Vorjahren	p.m.	p.m.	0,—	
1 1 1	Abgaben in Verbindung mit der Lagerung von Zucker	p.m.	p.m.	839,00	
1 1 3	Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen sowie auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobene Beträge	p.m.	p.m.	0,—	
1 1 7	Produktionsabgabe	123 400 000	123 400 000	122 682 977,95	99,42 %
1 1 8	Einmalige Beträge aus der zusätzlichen Zuckerquote und der ergänzenden Isoglucosequote	p.m.	p.m.	0,—	
1 1 9	Überschussbetrag	p.m.	p.m.	9 044 997,76	
	Kapitel 1 1 — Insgesamt	123 400 000	123 400 000	131 728 814,71	106,75 %

Artikel 1 1 0 — Produktionsabgaben im Wirtschaftsjahr 2005/2006 und in den Vorjahren

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Gemäß der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker mussten die Zucker-, Isoglucose- und Inulinsiruperzeuger Grundproduktionsabgaben und B-Produktions-Abgaben zahlen. Diese Abgaben sollten die Ausgaben für die Stützung des Marktes decken. Die zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei diesem Artikel eingesetzten Mittel sind auf die Anpassung der in der Vergangenheit festgesetzten Abgaben zurückzuführen. Abgaben für die Wirtschaftsjahre 2007/2008 und Folgejahre werden bei Artikel 117 dieses Kapitels als „Produktionsabgabe“ eingesetzt.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 des Rates vom 19. Juni 2001 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 178 vom 30.6.2001, S. 1).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Bulgarien	—	—	0,—
Tschechische Republik	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Estland	—	—	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—

Italien	p.m.	p.m.	0,—
Zypern	—	—	0,—
Lettland	p.m.	p.m.	0,—
Litauen	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	—	—	0,—
Ungarn	p.m.	p.m.	0,—
Malta	—	—	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	p.m.	p.m.	0,—
Polen	p.m.	p.m.	0,—
Portugal	p.m.	p.m.	0,—
Rumänien	—	—	0,—
Slowenien	p.m.	p.m.	0,—
Slowakei	p.m.	p.m.	0,—
Finnland	p.m.	p.m.	0,—
Schweden	p.m.	p.m.	0,—
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Artikel 1 1 0 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—

Artikel 1 1 1 — Abgaben in Verbindung mit der Lagerung von Zucker

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	839,00

Erläuterungen

Dieser Artikel dient dazu, die Erträge zu erfassen, die von den neuen Mitgliedsstaaten für den Fall berechnet werden, dass der gemäß der Verordnung (EG) Nr. 60/2004 der Kommission vom 14. Januar 2004 mit Übergangsmaßnahmen für den Zuckersektor infolge des Beitritts der Tschechischen Republik, Estlands, Lettlands, Litauens, Maltas, Polens, Sloweniens, der Slowakei, Ungarns und Zyperns (ABl. L 9 vom 15.1.2004, S. 8) als Überschussmenge geltende Zucker nicht vom Markt genommen wird.

Bei diesem Artikel werden die restlichen Einnahmen aus den Lagerkostenabgaben für Zucker erfasst, nachdem mit der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 des Rates vom 19. Juni 2001 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 178 vom 30.6.2001, S. 1) diese Abgaben abgeschafft wurden.

Dieser Artikel dient außerdem zur Erfassung der ausstehenden Beträge, die gemäß Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 65/82 der Kommission vom 13. Januar 1982 mit Durchführungsbestimmungen zur Übertragung von Zucker auf das folgende Wirtschaftsjahr (ABl. L 9 vom 14.1.1982, S. 14) im Fall der Nichteinhaltung der Lagerverpflichtung zu zahlen sind, sowie die bei Nichtbeachtung der allgemeinen Vorschriften für Mindestlagerbestände im Zuckersektor geschuldeten Beträge gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1789/81 des Rates vom 30. Juni 1981 zur Aufstellung allgemeiner Regeln für die Mindestlagermengen von Zucker (ABl. L 177 vom 1.7.1981, S. 39).

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Bulgarien	p.m.	p.m.	0,—
Tschechische Republik	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Estland	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	839,00

Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Zypern	p.m.	p.m.	0,—
Lettland	p.m.	p.m.	0,—
Litauen	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	—	—	0,—
Ungarn	p.m.	p.m.	0,—
Malta	p.m.	p.m.	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	p.m.	p.m.	0,—
Polen	p.m.	p.m.	0,—
Portugal	p.m.	p.m.	0,—
Rumänien	p.m.	p.m.	0,—
Slowenien	p.m.	p.m.	0,—
Slowakei	p.m.	p.m.	0,—
Finnland	p.m.	p.m.	0,—
Schweden	p.m.	p.m.	0,—
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Artikel 1 1 1 insgesamt	p.m.	p.m.	839,00

Artikel 1 1 3 — Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen sowie auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobene Beträge

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Auf nicht ausgeführte C-Zucker-, C-Isoglucose- und C-Inulinsirup-Mengen erhobene Beträge. Sie beinhalten auch die auf Substitutions-C-Zucker und Substitutions-C-Isoglucose erhobenen Beträge.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 2670/81 der Kommission vom 14. September 1981 mit Durchführungsvorschriften für die Erzeugung außerhalb der Quoten im Zuckersektor (ABl. L 262 vom 16.9.1981, S. 14).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Bulgarien	—	—	0,—
Tschechische Republik	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Estland	—	—	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Zypern	—	—	0,—
Lettland	p.m.	p.m.	0,—
Litauen	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	—	—	0,—
Ungarn	p.m.	p.m.	0,—

Malta	—	—	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	p.m.	p.m.	0,—
Polen	p.m.	p.m.	0,—
Portugal	p.m.	p.m.	0,—
Rumänien	—	—	0,—
Slowenien	p.m.	p.m.	0,—
Slowakei	p.m.	p.m.	0,—
Finnland	p.m.	p.m.	0,—
Schweden	p.m.	p.m.	0,—
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Artikel 1 1 3 insgesamt	p.m.	p.m.	0,—

Artikel 1 1 7 — Produktionsabgabe

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
123 400 000	123 400 000	122 682 977,95

Erläuterungen

Die derzeitige gemeinsame Marktorganisation für Zucker sieht vor, dass die Zucker, Isoglucose und Inulinsirup erzeugenden Unternehmen eine Produktionsabgabe zahlen müssen.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1), insbesondere Artikel 16.

Verordnung (EG) Nr. 952/2006 der Kommission vom 29. Juni 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates hinsichtlich der Binnenmarktordnung und Quotenregelung für Zucker (ABl. L 178 vom 1.7.2006, S. 39).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 zur Errichtung einer gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1), insbesondere Artikel 51.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	6 600 000	6 600 000	6 601 725,90
Bulgarien	400 000	400 000	401 391,00
Tschechische Republik	3 400 000	3 400 000	3 368 702,50
Dänemark	3 400 000	3 400 000	3 349 918,58
Deutschland	26 300 000	26 300 000	26 339 173,20
Estland	—	—	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	1 400 000	1 400 000	1 428 318,00
Spanien	4 700 000	4 700 000	5 007 013,25
Frankreich	30 900 000	30 900 000	30 933 280,80
Italien	4 700 000	4 700 000	3 962 693,25
Zypern	—	—	0,—
Lettland	p.m.	p.m.	0,—
Litauen	800 000	800 000	812 268,00
Luxemburg	—	—	0,—
Ungarn	2 000 000	2 000 000	1 960 882,82
Malta	—	—	0,—
Niederlande	7 300 000	7 300 000	7 243 992,00

Österreich	3 200 000	3 200 000	3 159 246,60
Polen	12 800 000	12 800 000	12 887 983,45
Portugal	200 000	200 000	56 250,00
Rumänien	1 000 000	1 000 000	832 566,95
Slowenien	p.m.	p.m.	0,—
Slowakei	1 400 000	1 400 000	1 317 300,75
Finnland	800 000	800 000	728 991,00
Schweden	2 600 000	2 600 000	2 731 320,41
Vereinigtes Königreich	9 500 000	9 500 000	9 559 959,49
<i>Artikel 1 1 7 insgesamt</i>	123 400 000	123 400 000	122 682 977,95

Artikel 1 1 8 — Einmalige Beträge aus der zusätzlichen Zuckerquote und der ergänzenden Isoglucosequote

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Auf die zusätzlichen Zuckerquoten und die ergänzenden Isoglucosequoten, die den Unternehmen gemäß Artikel 58 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 zugeteilt werden, wird ein einmaliger Betrag erhoben.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1), insbesondere Artikel 8 und Artikel 9 Absätze 2 und 3.

Verordnung (EG) Nr. 952/2006 der Kommission vom 29. Juni 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates hinsichtlich der Binnenmarktordnung und Quotenregelung für Zucker (ABl. L 178 vom 1.7.2006, S. 39).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 zur Errichtung einer gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Bulgarien	p.m.	p.m.	0,—
Tschechische Republik	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Estland	—	—	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Zypern	—	—	0,—
Lettland	p.m.	p.m.	0,—
Litauen	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	—	—	0,—
Ungarn	p.m.	p.m.	0,—
Malta	—	—	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	p.m.	p.m.	0,—
Polen	p.m.	p.m.	0,—

Portugal	p.m.	p.m.	0,—
Rumänien	p.m.	p.m.	0,—
Slowenien	p.m.	p.m.	0,—
Slowakei	p.m.	p.m.	0,—
Finnland	p.m.	p.m.	0,—
Schweden	p.m.	p.m.	0,—
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
<i>Artikel 1 1 8 insgesamt</i>	p.m.	p.m.	0,—

Artikel 1 1 9 — Überschussbetrag

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	9 044 997,76

Erläuterungen

Gemäß Artikel 64 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 erheben die Mitgliedstaaten bei den betreffenden, auf ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Unternehmen einen Überschussbetrag.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 318/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 1), insbesondere Artikel 15.

Verordnung (EG) Nr. 967/2006 der Kommission vom 29. Juni 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 318/2006 hinsichtlich der Binnenmarktordnung und Quotenregelung für Zucker (ABl. L 176 vom 30.6.2006, S. 22).

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 zur Errichtung einer gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Bulgarien	p.m.	p.m.	0,—
Tschechische Republik	p.m.	p.m.	313 959,02
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	762 760,13
Estland	—	—	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	7 371 200,00
Italien	p.m.	p.m.	0,—
Zypern	—	—	0,—
Lettland	p.m.	p.m.	0,—
Litauen	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	—	—	0,—
Ungarn	p.m.	p.m.	0,—
Malta	—	—	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	6 629,62
Österreich	p.m.	p.m.	0,—
Polen	p.m.	p.m.	590 448,99
Portugal	p.m.	p.m.	0,—
Rumänien	p.m.	p.m.	0,—

Slowenien	p.m.	p.m.	0,—
Slowakei	p.m.	p.m.	0,—
Finnland	p.m.	p.m.	0,—
Schweden	p.m.	p.m.	0,—
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
<i>Artikel 1 1 9 insgesamt</i>	p.m.	p.m.	9 044 997,76

KAPITEL 1 2 — ZÖLLE UND ANDERE ABGABEN GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE A DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
1 2	Zölle und andere Abgaben gemäss Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom				
<i>1 2 0</i>	<i>Zölle und andere Abgaben gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	18 631 800 000	19 171 200 000	16 645 989 074,77	89,34 %
	Kapitel 1 2 — Insgesamt	18 631 800 000	19 171 200 000	16 645 989 074,77	89,34 %

Artikel 1 2 0 — Zölle und andere Abgaben gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
18 631 800 000	19 171 200 000	16 645 989 074,77

Erläuterungen

Die Verwendung der Zölle als Eigenmittel zur Finanzierung der Ausgaben der Union ist die logische Folge des freien Warenverkehrs innerhalb der Union. Dieser Artikel kann Abschöpfungen, Prämien, Zusatz- oder Ausgleichsbeträge, zusätzliche Teilbeträge und andere Abgaben, Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs und andere Zölle auf den Warenverkehr mit Drittländern, die von den Organen der Europäischen Union eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, sowie Zölle auf die unter den ausgelaufenen Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallenden Erzeugnisse umfassen.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um Nettobeträge, also um Beträge nach Abzug der Erhebungskosten.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	1 871 900 000	1 754 400 000	1 574 447 893,09
Bulgarien	62 200 000	55 100 000	48 731 825,96
Tschechische Republik	246 200 000	223 600 000	216 910 693,97
Dänemark	373 500 000	341 500 000	324 203 012,79
Deutschland	3 780 400 000	4 012 600 000	3 428 895 307,98
Estland	25 000 000	22 300 000	21 895 275,18
Irland	217 100 000	198 300 000	199 751 597,81
Griechenland	141 200 000	208 300 000	139 588 534,33
Spanien	1 221 600 000	1 358 000 000	1 165 153 480,20
Frankreich	2 034 500 000	1 710 700 000	1 528 031 533,13
Italien	1 799 100 000	2 193 200 000	1 737 777 723,97
Zypern	24 800 000	29 600 000	24 633 514,39
Lettland	26 800 000	21 400 000	22 564 755,68
Litauen	55 000 000	44 900 000	43 764 438,14
Luxemburg	15 700 000	16 900 000	14 292 014,00

Ungarn	119 800 000	118 800 000	99 025 060,64
Malta	10 800 000	12 400 000	10 140 238,05
Niederlande	2 086 000 000	2 107 700 000	1 928 401 712,57
Österreich	239 900 000	180 700 000	186 334 539,40
Polen	426 400 000	406 800 000	339 098 482,82
Portugal	136 500 000	149 300 000	134 916 744,20
Rumänien	124 700 000	120 900 000	109 052 763,07
Slowenien	81 800 000	76 600 000	74 191 737,85
Slowakei	141 700 000	122 000 000	116 072 031,97
Finnland	169 600 000	165 600 000	151 648 198,66
Schweden	552 600 000	527 200 000	464 202 323,36
Vereinigtes Königreich	2 647 000 000	2 992 400 000	2 542 263 641,56
<i>Artikel 1 2 0 insgesamt</i>	18 631 800 000	19 171 200 000	16 645 989 074,77

KAPITEL 1 3 — EIGENMITTEL AUS DER MEHRWERTSTEUER GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE B DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
1 3	Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäss Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom				
1 3 0	<i>Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	15 029 949 025	14 498 917 425	14 076 620 541,64	93,66 %
	Kapitel 1 3 — Insgesamt	15 029 949 025	14 498 917 425	14 076 620 541,64	93,66 %

Artikel 1 3 0 — Eigenmittel aus der Mehrwertsteuer gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
15 029 949 025	14 498 917 425	14 076 620 541,64

Erläuterungen

Für alle Mitgliedstaaten wurde ein einheitlicher Satz von 0,30 % auf die nach Maßgabe der Vorschriften der Union ermittelten einheitlichen MwSt.-Bemessungsgrundlagen festgelegt. Die für diese Zwecke heranzuziehende Bemessungsgrundlage darf 50 % des BNE eines jeden Mitgliedstaats nicht überschreiten. Lediglich im Zeitraum 2007-2013 beträgt der Abruhsatz für die MwSt.-Eigenmittel für Österreich 0,225 %, für Deutschland 0,15 % und für die Niederlande und Schweden 0,10 %.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	507 167 100	509 177 700	488 276 100,00
Bulgarien	57 164 100	54 002 100	50 703 900,03
Tschechische Republik	203 719 800	212 024 700	200 237 602,10
Dänemark	303 452 100	298 102 200	289 227 655,08
Deutschland	1 803 400 200	1 704 417 750	1 653 923 250,00
Estland	24 685 200	23 036 100	21 597 900,00
Irland	187 321 800	193 316 100	190 045 350,00
Griechenland	261 990 000	302 495 700	305 838 000,00
Spanien	1 432 742 400	1 616 263 500	1 577 470 500,00
Frankreich	2 949 517 200	2 898 884 700	2 797 328 100,00

Italien	1 986 511 800	1 770 579 000	1 727 718 300,00
Zypern	26 485 350	27 943 500	26 898 000,00
Lettland	21 768 300	19 515 600	18 529 530,70
Litauen	36 546 300	37 817 700	35 444 400,00
Luxemburg	48 788 250	50 250 750	47 477 700,00
Ungarn	120 115 200	138 289 800	127 082 176,26
Malta	9 308 700	9 542 850	9 148 950,00
Niederlande	273 970 400	284 861 300	276 720 999,96
Österreich	320 816 475	305 991 675	296 038 350,00
Polen	573 392 100	579 390 000	529 165 756,44
Portugal	234 528 000	244 895 100	246 720 750,00
Rumänien	151 729 800	155 340 900	138 828 489,65
Slowenien	53 463 750	56 316 300	54 279 000,00
Slowakei	76 974 000	68 128 500	64 378 800,00
Finnland	283 110 000	263 138 700	251 985 600,00
Schweden	184 812 800	173 638 300	166 480 169,51
Vereinigtes Königreich	2 896 467 900	2 501 556 900	2 485 075 211,91
<i>Artikel 1 3 0 insgesamt</i>	15 029 949 025	14 498 917 425	14 076 620 541,64

KAPITEL 1 4 — UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL GEMÄSS ARTIKEL 2 ABSATZ 1 BUCHSTABE C DES BESCHLUSSES 2007/436/EG, EURATOM

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
1 4	Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäss Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom				
<i>1 4 0</i>	<i>Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	102 558 503 930	92 239 900 053	87 259 205 936,16	85,08 %
	Kapitel 1 4 — Insgesamt	102 558 503 930	92 239 900 053	87 259 205 936,16	85,08 %

Artikel 1 4 0 — Unter Zugrundelegung des Bruttonationaleinkommens abgeführte Eigenmittel gemäß Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
102 558 503 930	92 239 900 053	87 259 205 936,16

Erläuterungen

Die BNE-Einnahme ist eine „zusätzliche Einnahme“, die den Teil der Ausgaben decken soll, der durch die traditionellen Eigenmittel und die MwSt.-Einnahmen sowie durch andere Einnahmen in einem Jahr nicht finanziert werden kann. Hierdurch wird sichergestellt, dass der EU-Haushalt stets von vorneherein ausgeglichen ist.

Der BNE-Abrufsatz wird anhand der zusätzlichen Mittel bestimmt, die zur Finanzierung der erwarteten Ausgaben erforderlich sind, die durch andere Mittel (MwSt.-Einnahmen, traditionelle Eigenmittel und andere Einnahmen) nicht gedeckt werden können. Somit wird auf das BNE jedes einzelnen Mitgliedstaats ein BNE-Abrufsatz angewandt.

Der auf das Bruttonationaleinkommen der Mitgliedstaaten für dieses Haushaltsjahr anzuwendende Satz beträgt 0,7666 %.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	3 045 898 083	2 710 446 454	2 551 066 177,96
Bulgarien	309 233 334	276 576 054	255 205 041,99
Tschechische Republik	1 141 107 439	1 061 280 518	982 009 469,32
Dänemark	1 996 113 308	1 786 595 201	1 695 800 977,30
Deutschland	21 182 045 223	18 989 602 162	18 015 507 359,04
Estland	129 531 894	108 979 492	101 212 404,96
Irland	986 210 567	905 316 752	873 866 919,96
Griechenland	1 529 195 607	1 549 373 965	1 500 777 281,96
Spanien	8 002 730 646	7 627 242 391	7 271 600 414,04
Frankreich	16 475 724 602	14 857 382 842	14 023 354 543,00
Italien	12 401 082 885	11 412 565 545	10 865 931 276,00
Zypern	135 364 474	130 861 934	123 682 439,04
Lettland	169 701 416	137 377 283	129 216 133,93
Litauen	256 168 963	219 897 783	200 238 365,25
Luxemburg	249 352 786	235 328 800	218 312 058,04
Ungarn	781 191 679	770 548 419	678 619 318,59
Malta	47 576 010	44 690 028	42 068 721,04
Niederlande	4 802 132 716	4 471 690 449	4 222 386 866,00
Österreich	2 439 164 041	2 136 872 326	2 018 923 380,96
Polen	3 023 440 195	2 801 171 728	2 485 241 391,53
Portugal	1 255 285 878	1 146 865 866	1 134 471 860,96
Rumänien	1 100 720 192	990 258 644	865 691 994,47
Slowenien	273 248 887	264 805 575	249 585 809,96
Slowakei	562 127 987	515 946 829	473 926 799,96
Finnland	1 593 701 280	1 423 847 944	1 331 002 925,00
Schweden	3 246 974 919	2 891 607 587	2 696 961 652,49
Vereinigtes Königreich	15 423 478 919	12 772 767 482	12 252 544 353,41
Artikel 1 4 0 - insgesamt	102 558 503 930	92 239 900 053	87 259 205 936,16

KAPITEL 1 5 — KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
1 5	Korrektur der Haushaltsungleichgewichte				
1 5 0	<i>Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß den Artikeln 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom</i>	0	0	51 857 520,20	Infinity %
	Kapitel 1 5 — Insgesamt	0	0	51 857 520,20	Infinity %

Artikel 1 5 0 — Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs gemäß den Artikeln 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
0	0	51 857 520,20

Erläuterungen

Der Mechanismus zur Korrektur des Haushaltsungleichgewichts zugunsten des Vereinigten Königreichs (VK-Korrektur) wurde vom Europäischen Rat in Fontainebleau (Juni 1984) beschlossen und mit dem anschließenden Eigenmittelbeschluss von 1985 eingeführt. Ziel dieses Mechanismus war es, das Haushaltsungleichgewicht des Vereinigten Königreichs mit Hilfe einer Reduzierung seiner Zahlungen an die EU zu verringern.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere die Artikel 4 und 5.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	203 319 870	183 957 133	185 512 958,04
Bulgarien	20 641 952	18 771 128	18 558 453,00
Tschechische Republik	76 171 234	72 028 769	71 220 198,73
Dänemark	133 244 609	121 255 644	123 357 326,82
Deutschland	247 496 041	227 039 988	230 537 205,00
Estland	8 646 516	7 396 403	7 360 143,00
Irland	65 831 554	61 443 558	63 547 406,04
Griechenland	102 076 906	105 155 515	109 136 186,04
Spanien	534 198 490	517 658 498	528 789 146,04
Frankreich	1 099 788 009	1 008 365 814	1 019 775 186,00
Italien	827 797 416	774 567 167	790 168 077,00
Zypern	9 035 853	8 881 558	8 994 159,00
Lettland	11 327 913	9 323 752	9 406 000,41
Litauen	17 099 797	14 924 392	14 561 289,01
Luxemburg	16 644 804	15 971 690	15 875 604,00
Ungarn	52 146 128	52 296 874	48 420 485,05
Malta	3 175 795	3 033 098	3 059 228,04
Niederlande	56 109 257	53 463 603	54 032 187,00
Österreich	28 499 771	25 548 480	25 835 351,04
Polen	201 820 761	190 114 628	178 037 184,55
Portugal	83 792 876	77 837 419	82 498 538,04
Rumänien	73 475 304	67 208 537	62 683 549,95
Slowenien	18 239 917	17 972 270	18 149 823,96
Slowakei	37 523 182	35 017 146	34 463 850,00
Finnland	106 382 790	96 636 104	96 790 233,00
Schweden	37 938 425	34 572 107	34 489 444,44
Vereinigtes Königreich	-4 072 425 170	- 3 800 441 275	-3 783 401 693,00
Artikel 1 5 0 — insgesamt	0	0	51 857 520,20

KAPITEL 1 6 — BRUTTOKÜRZUNG DER JÄHRLICHEN BNE-BEITRÄGE DER NIEDERLANDE UND SCHWEDENS

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
1 6	Bruttokürzung der jährlichen BNE-Beiträge der Niederlande und Schwedens				
1 6 0	Bruttokürzung der jährlichen BNE-Beiträge der Niederlande und Schwedens gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom	0	0	-1 398 787,48	-Infinity %
	Kapitel 1 6 — Insgesamt	0	0	-1 398 787,48	-Infinity %

Artikel 1 6 0 — Bruttokürzung der jährlichen BNE-Beiträge der Niederlande und Schwedens gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
0	0	-1 398 787,48

Erläuterungen

Lediglich im Zeitraum 2007-2013 werden der jährliche BNE-Beitrag der Niederlande um brutto 605 Mio. EUR und der jährliche BNE-Beitrag Schwedens um brutto 150 Mio. EUR gekürzt (zu Preisen von 2004). Diese Beträge werden an die gegenwärtigen Preise angepasst.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1), insbesondere Artikel 10 Absatz 9.

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 2 Absatz 5.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	25 706 523	24 892 630	24 197 489,04
Bulgarien	2 609 842	2 540 063	2 420 682,01
Tschechische Republik	9 630 626	9 746 757	9 309 591,79
Dänemark	16 846 635	16 408 018	16 086 232,73
Deutschland	178 770 505	174 399 734	170 881 511,04
Estland	1 093 213	1 000 863	960 024,96
Irland	8 323 340	8 314 392	8 288 841,96
Griechenland	12 905 981	14 229 388	14 235 240,96
Spanien	67 540 796	70 048 284	68 972 916,00
Frankreich	139 050 482	136 449 600	133 014 960,96
Italien	104 661 652	104 812 538	103 066 026,00
Zypern	1 142 438	1 201 831	1 173 158,04
Lettland	1 432 232	1 261 667	1 225 783,36
Litauen	2 161 994	2 019 532	1 899 309,96
Luxemburg	2 104 467	2 161 250	2 070 743,04
Ungarn	6 593 038	7 076 685	6 421 903,76
Malta	401 528	410 431	399 032,04
Niederlande	- 653 069 739	- 637 756 193	- 624 989 585,04
Österreich	20 585 859	19 624 949	19 149 984,00
Polen	25 516 985	25 725 847	23 514 717,29
Portugal	10 594 260	10 532 769	10 760 744,04
Rumänien	9 289 769	9 094 495	8 205 141,87
Slowenien	2 306 144	2 431 964	2 367 383,04
Slowakei	4 744 202	4 738 435	4 495 311,96
Finnland	13 450 391	13 076 562	12 624 890,04
Schweden	- 144 562 988	- 141 747 068	- 138 333 322,59
Vereinigtes Königreich	130 169 825	117 304 577	116 182 500,26
Artikel 1 6 0 — insgesamt	0	0	- 1 398 787,48

TITEL 3 — ÜBERSCHÜSSE, SALDEN UND ANPASSUNGEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
3 0	Verfügbarer Überschuss aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr	p.m.	1 496 968 014	4 539 394 282,77
3 1	Salden und Anpassungen der Salden der gemäss Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 für frühere Haushaltsjahre abgeführten Mehrwertsteuer-Eigenmittel	p.m.	p.m.	722 281 620,61
3 2	Salden und Anpassungen der Salden der gemäss Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 für frühere Haushaltsjahre auf der Grundlage des Bruttonationaleinkommens/Bruttosozialprodukts abgeführten Eigenmittel	p.m.	p.m.	1 155 085 183,84
3 4	Anpassung infolge der Nichtbeteiligung einzelner Mitgliedstaaten an bestimmten Maßnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht	p.m.	p.m.	-282 578,19

3 5	Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs	p.m.	p.m.	-46 431 033,31
3 6	Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs	p.m.	p.m.	0,—
Titel 3 — Insgesamt		p.m.	1 496 968 014	6 370 047 475,72

KAPITEL 3 0 — VERFÜGBARER ÜBERSCHUSS AUS DEM VORHERGEHENDEN HAUSHALTSJAHR

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
3 0	Verfügbarer Überschuss aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr				
3 0 0	Verfügbarer Überschuss aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr	p.m.	1 496 968 014	4 539 394 282,77	
3 0 2	Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich	p.m.	p.m.	0,—	
Kapitel 3 0 — Insgesamt		p.m.	1 496 968 014	4 539 394 282,77	

Artikel 3 0 0 — Verfügbarer Überschuss aus dem vorhergehenden Haushaltsjahr

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	1 496 968 014	4 539 394 282,77

Erläuterungen

Nach Artikel 15 der Haushaltsordnung wird der Saldo jedes Haushaltsjahres — je nachdem, ob es sich um einen Überschuss oder ein Defizit handelt — als Einnahme oder Ausgabe im Haushaltsplan des darauf folgenden Haushaltsjahres verbucht.

Die geschätzten Einnahmen- oder Ausgabenbeträge werden im Verlauf des Haushaltsverfahrens in den Haushaltsplan eingesetzt; gegebenenfalls wird das Verfahren des Berichtigungsschreibens gemäß Artikel 34 der Haushaltsordnung angewendet. Die Schätzungen werden entsprechend den Richtlinien in Artikel 15 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 vorgenommen.

Nach Abschluss der Rechnungen des jeweiligen Haushaltsjahres wird der gegenüber den Schätzungen verzeichnete Unterschiedsbetrag im Wege eines Berichtigungshaushaltsplans, der von der Kommission innerhalb von 15 Tagen nach Vorlage der vorläufigen Rechnungen vorgelegt werden muss, in den Haushaltsplan des darauf folgenden Jahres eingesetzt.

Ein Fehlbetrag wird bei Artikel 27 02 01 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1).

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1), insbesondere Artikel 15.

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 7.

Artikel 3 0 2 — Eigenmittelüberschuss aufgrund der Rückzahlung der Überschüsse des Garantiefonds im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Außenbereich

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Verbuchung — gemäß den Artikeln 3 und 4 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 — der nach Erreichen des Zielbetrags des Garantiefonds eventuell anfallenden Überschüsse.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1), insbesondere Artikel 4 Absatz 3.

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17).

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates vom 25. Mai 2009 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen (ABl. L 145 vom 10.6.2009, S. 10).

KAPITEL 3 1 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 4, 5 UND 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE ABGEFÜHRTEN MEHRWERTSTEUER-EIGENMITTEL

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
3 1	Salden und Anpassungen der Salden der gemäss Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 für frühere Haushaltsjahre abgeführten Mehrwertsteuer-Eigenmittel				
3 1 0	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995				
3 1 0 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995	p.m.	p.m.	722 281 620,61	
	<i>Artikel 3 1 0 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	722 281 620,61	
	Kapitel 3 1 — Insgesamt	p.m.	p.m.	722 281 620,61	

Artikel 3 1 0 — Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995

Posten 3 1 0 3 — Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	722 281 620,61

Erläuterungen

Gemäß Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 des Rates übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission

vor dem 31. Juli eine Übersicht, aus der der Gesamtbetrag der für das vorhergehende Kalenderjahr berechneten Grundlage der MwSt.-Eigenmittel hervorgeht.

Entsprechend den EU-Vorschriften werden jedem Mitgliedstaat der Betrag, der sich aus dieser Übersicht ergibt, angelastet und die im Laufe des vorhergehenden Haushaltsjahres tatsächlich erfolgten zwölf Gutschriften angerechnet. Die Kommission stellt den Saldo fest und teilt ihn den Mitgliedstaaten so rechtzeitig mit, dass diese ihn am ersten Arbeitstag des Monats Dezember desselben Jahres auf dem in Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 genannten Konto der Kommission gutschreiben können.

Die im Einklang mit Artikel 9 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 aufgrund von Kommissionskontrollen erfolgten Berichtigungen der genannten Übersichten oder/und die an dem BNE der vorhergehenden Haushaltsjahre vorgenommenen Änderungen, die sich auf die Begrenzung der MwSt.-Bemessungsgrundlage auswirken, können Anpassungen der MwSt.-Eigenmittelsalden nach sich ziehen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1553/89 des Rates vom 29. Mai 1989 über die endgültige einheitliche Regelung für die Erhebung der Mehrwertsteuereigenmittel (ABl. L 155 vom 7.6.1989 S. 9).

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1), insbesondere Artikel 10 Absätze 4, 5 und 8.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	p.m.	p.m.	28 248 185,26
Bulgarien	p.m.	p.m.	493 743,83
Tschechische Republik	p.m.	p.m.	7 449 176,38
Dänemark	p.m.	p.m.	2 076 879,75
Deutschland	p.m.	p.m.	17 568 295,03
Estland	p.m.	p.m.	1 255 001,79
Irland	p.m.	p.m.	3 468 761,62
Griechenland	p.m.	p.m.	- 27 207 676,22
Spanien	p.m.	p.m.	386 936 162,77
Frankreich	p.m.	p.m.	119 302 438,91
Italien	p.m.	p.m.	84 125 027,89
Zypern	p.m.	p.m.	66 837,58
Lettland	p.m.	p.m.	- 2 670 657,77
Litauen	p.m.	p.m.	- 7 590 645,48
Luxemburg	p.m.	p.m.	- 808 338,16
Ungarn	p.m.	p.m.	- 10 460 626,65
Malta	p.m.	p.m.	305 970,96
Niederlande	p.m.	p.m.	13 622 917,50
Österreich	p.m.	p.m.	10 021 395,93
Polen	p.m.	p.m.	- 2 117 333,16
Portugal	p.m.	p.m.	52 549 013,00
Rumänien	p.m.	p.m.	- 47 274,28
Slowenien	p.m.	p.m.	451 073,36
Slowakei	p.m.	p.m.	- 4 424 287,31
Finnland	p.m.	p.m.	14 960 274,81
Schweden	p.m.	p.m.	6 645 887,98
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	28 061 415,29
Posten 3 1 0 3 insgesamt	p.m.	p.m.	722 281 620,61

KAPITEL 3 2 — SALDEN UND ANPASSUNGEN DER SALDEN DER GEMÄSS ARTIKEL 10 ABSÄTZE 6 BIS 8 DER VERORDNUNG (EG, EURATOM) NR. 1150/2000 FÜR FRÜHERE HAUSHALTSJAHRE AUF DER GRUNDLAGE DES BRUTTONATIONALEINKOMMENS/BRUTTOSOZIALPRODUKTS ABGEFÜHRTE EIGENMITTEL

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
3 2	Salden und Anpassungen der Salden der gemäss Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 für frühere Haushaltsjahre auf der Grundlage des Bruttonationaleinkommens/Bruttosozialprodukts abgeführten Eigenmittel				
3 2 0	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995				
3 2 0 3	Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995	p.m.	p.m.	1 155 085 183,84	
	<i>Artikel 3 2 0 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	1 155 085 183,84	
	Kapitel 3 2 — Insgesamt	p.m.	p.m.	1 155 085 183,84	

Artikel 3 2 0 — Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995

Posten 3 2 0 3 — Ergebnis der Anwendung von Artikel 10 Absätze 6 bis 8 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 auf die Haushaltsjahre ab 1995

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	1 155 085 183,84

Erläuterungen

Auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 übermittelten Zahlen für das Aggregat BNE des vorhergehenden Haushaltsjahres und seine Bestandteile werden jedem Mitgliedstaat ein entsprechend den EU-Vorschriften festgesetzter Betrag angelastet und die im Laufe des vorhergehenden Haushaltsjahres erfolgten zwölf Gutschriften angerechnet.

Die Kommission stellt den Saldo fest und teilt ihn den Mitgliedstaaten so rechtzeitig mit, dass diese ihn am ersten Arbeitstag des Monats Dezember desselben Jahres auf dem in Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 genannten Konto der Kommission gutschreiben können.

Etwaige Änderungen am Bruttosozialprodukt/Bruttonationaleinkommen vorhergehender Jahre gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates, vorbehaltlich Artikel 4 und 5 dieser Verordnung, führen zu einer Anpassung des nach Artikel 10 Absatz 7 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 festgesetzten Saldos.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1), insbesondere Artikel 10 Absätze 6, 7 und 8.

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates vom 15. Juli 2003 zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (ABl. L 181 vom 19.7.2003, S. 1).

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	p.m.	p.m.	75 090 848,28
Bulgarien	p.m.	p.m.	18 780 019,26
Tschechische Republik	p.m.	p.m.	187 940 253,96
Dänemark	p.m.	p.m.	8 756 363,25

Deutschland	p.m.	p.m.	- 413 112 131,18
Estland	p.m.	p.m.	5 607 059,31
Irland	p.m.	p.m.	12 641 677,11
Griechenland	p.m.	p.m.	- 125 366 408,35
Spanien	p.m.	p.m.	80 167 959,41
Frankreich	p.m.	p.m.	5 652 988,38
Italien	p.m.	p.m.	832 541 650,20
Zypern	p.m.	p.m.	- 259 300,87
Lettland	p.m.	p.m.	4 363 908,98
Litauen	p.m.	p.m.	13 405 135,44
Luxemburg	p.m.	p.m.	- 3 302 114,04
Ungarn	p.m.	p.m.	- 12 525 899,86
Malta	p.m.	p.m.	1 448 859,98
Niederlande	p.m.	p.m.	- 7 046 685,31
Österreich	p.m.	p.m.	130 156 774,28
Polen	p.m.	p.m.	8 342 621,37
Portugal	p.m.	p.m.	72 761 794,65
Rumänien	p.m.	p.m.	36 131 959,43
Slowenien	p.m.	p.m.	2 220 662,26
Slowakei	p.m.	p.m.	795 829,91
Finnland	p.m.	p.m.	104 522 069,29
Schweden	p.m.	p.m.	100 732 942,07
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	14 636 346,63
Posten 3 2 0 3 insgesamt	p.m.	p.m.	1 155 085 183,84

KAPITEL 3 4 — ANPASSUNG INFOLGE DER NICHTBETEILIGUNG EINZELNER MITGLIEDSTAATEN AN BESTIMMTEN MASSNAHMEN IM BEREICH FREIHEIT, SICHERHEIT UND RECHT

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
3 4	Anpassung infolge der Nichtbeteiligung einzelner Mitgliedstaaten an bestimmten Maßnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht				
3 4 0	<i>Anpassung infolge der Nichtbeteiligung einzelner Mitgliedstaaten an bestimmten Maßnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht</i>	p.m.	p.m.	-282 578,19	
	Kapitel 3 4 — Insgesamt	p.m.	p.m.	-282 578,19	

Artikel 3 4 0 — Anpassung infolge der Nichtbeteiligung einzelner Mitgliedstaaten an bestimmten Maßnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	-282 578,19

Erläuterungen

Artikel 3 des Protokolls über die Position Dänemarks und Artikel 5 des Protokolls über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union sehen vor, dass diese Länder keine finanziellen Folgen bestimmter Maßnahmen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht zu tragen haben, mit Ausnahme der sich ergebenden Verwaltungskosten. Es kann daher eine Anpassung der gezahlten Eigenmittel für jedes Jahr ihrer Nichtbeteiligung vorgenommen werden.

Der Beitrag jedes Mitgliedstaats zum Anpassungsmechanismus wird berechnet, indem die für diese Maßnahme oder Politik getätigten Ausgaben entsprechend dem Verhältnis des BNE-Gesamtaggregats und seiner Bestandteile – wie von den Mitgliedstaaten gemäß

Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1287/2003 des Rates vom 15. Juli 2003 zur Harmonisierung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen (ABl. L 181 vom 19.7.2003, S. 1) für das Vorjahr vorgelegt – umgelegt wird.

Gemäß Artikel 10a der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 stellt die Kommission den Saldo jedes Mitgliedstaats fest und teilt ihn den Mitgliedstaaten so rechtzeitig mit, dass diese ihn am ersten Arbeitstag des Monats Dezember desselben Jahres dem in Artikel 9 Absatz 1 derselben Verordnung genannten Konto gutschreiben können.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1), insbesondere Artikel 10a.

Protokoll über die Position Dänemarks im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 3, und Protokoll über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands über die Politik in den Bereichen Justiz und Inneres im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 5.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	p.m.	p.m.	1 149 280,38
Bulgarien	p.m.	p.m.	111 890,26
Tschechische Republik	p.m.	p.m.	439 227,25
Dänemark	p.m.	p.m.	- 3 315 728,36
Deutschland	p.m.	p.m.	8 039 873,04
Estland	p.m.	p.m.	43 316,88
Irland	p.m.	p.m.	- 2 086 915,62
Griechenland	p.m.	p.m.	704 697,94
Spanien	p.m.	p.m.	3 301 509,21
Frankreich	p.m.	p.m.	6 272 302,46
Italien	p.m.	p.m.	4 935 887,68
Zypern	p.m.	p.m.	53 725,57
Lettland	p.m.	p.m.	59 378,60
Litauen	p.m.	p.m.	86 633,15
Luxemburg	p.m.	p.m.	91 255,07
Ungarn	p.m.	p.m.	262 376,96
Malta	p.m.	p.m.	18 028,57
Niederlande	p.m.	p.m.	1 859 341,94
Österreich	p.m.	p.m.	907 266,74
Polen	p.m.	p.m.	963 277,03
Portugal	p.m.	p.m.	532 096,02
Rumänien	p.m.	p.m.	371 521,33
Slowenien	p.m.	p.m.	111 205,36
Slowakei	p.m.	p.m.	207 113,37
Finnland	p.m.	p.m.	584 454,38
Schweden	p.m.	p.m.	1 164 142,90
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	- 27 149 736,30
Artikel 3 4 0 insgesamt	p.m.	p.m.	- 282 578,19

KAPITEL 3 5 — ERGEBNIS DER ENDGÜLTIGEN BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
3 5	Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs				
3 5 0	<i>Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs</i>				

3 5 0 4	Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs				
	<i>Artikel 3 5 0 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	-46 431 033,31	
	Kapitel 3 5 — Insgesamt	p.m.	p.m.	-46 431 033,31	

Artikel 3 5 0 — Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

Posten 3 5 0 4 — Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	-46 431 033,31

Erläuterungen

Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs.

Die Zahlenangaben für 2011 entsprechen dem Ergebnis der endgültigen Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs für das Jahr 2007 und ihrer endgültigen Aktualisierung für das Jahr 2006.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2000/597/EG, Euratom des Rates vom 29. September 2000 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 253 vom 7.10.2000, S. 42), insbesondere Artikel 4 und 5.

Beschluss 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 4 und 5.

Mitgliedstaaten	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	p.m.	p.m.	- 8 048 641,92
Bulgarien	p.m.	p.m.	- 206 211,00
Tschechische Republik	p.m.	p.m.	3 347 606,79
Dänemark	p.m.	p.m.	- 11 234 208,90
Deutschland	p.m.	p.m.	- 12 248 421,96
Estland	p.m.	p.m.	- 1 365 231,00
Irland	p.m.	p.m.	- 10 814 067,96
Griechenland	p.m.	p.m.	- 16 084 340,04
Spanien	p.m.	p.m.	- 41 096 144,04
Frankreich	p.m.	p.m.	- 53 860 120,92
Italien	p.m.	p.m.	- 72 263 136,00
Zypern	p.m.	p.m.	- 463 799,98
Lettland	p.m.	p.m.	- 376 724,74
Litauen	p.m.	p.m.	- 607 506,00
Luxemburg	p.m.	p.m.	- 885 867,00
Ungarn	p.m.	p.m.	- 1 392 527,31
Malta	p.m.	p.m.	- 126 186,96
Niederlande	p.m.	p.m.	- 3 320 143,92
Österreich	p.m.	p.m.	- 1 858 687,92
Polen	p.m.	p.m.	4 656 538,98
Portugal	p.m.	p.m.	- 898 938,00
Rumänien	p.m.	p.m.	4 182 315,73
Slowenien	p.m.	p.m.	- 220 740,00
Slowakei	p.m.	p.m.	2 462 865,19

Finnland	p.m.	p.m.	- 9 671 119,08
Schweden	p.m.	p.m.	- 1 495 196,45
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	187 457 601,10
Posten 3 5 0 4 insgesamt	p.m.	p.m.	- 46 431 033,31

KAPITEL 3 6 — ERGEBNIS VON AKTUALISIERUNGEN DER BERECHNUNG DER FINANZIERUNG DER KORREKTUR DER HAUSHALTSUNGLEICHGEWICHTE ZUGUNSTEN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
3 6	Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs				
3 6 0	<i>Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs</i>				
3 6 0 4	Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs	p.m.	p.m.	0,—	
	<i>Artikel 3 6 0 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	0,—	
	Kapitel 3 6 — Insgesamt	p.m.	p.m.	0,—	

Artikel 3 6 0 — Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

Posten 3 6 0 4 — Ergebnis von Aktualisierungen der Berechnung der Finanzierung der Korrektur der Haushaltsungleichgewichte zugunsten des Vereinigten Königreichs

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Dieser Posten dient der Verbuchung des Differenzbetrags zwischen der vorläufigen Schätzung und der zuletzt vorgenommenen Aktualisierung des VK-Korrekturbetrags, bevor der endgültige Betrag berechnet wird.

Rechtsgrundlagen

Artikel 4 und 5 des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 163 vom 23.6.2007, S. 17), insbesondere Artikel 4 und 5.

Mitgliedstaat	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
Belgien	p.m.	p.m.	0,—
Bulgarien	p.m.	p.m.	0,—
Tschechische Republik	p.m.	p.m.	0,—
Dänemark	p.m.	p.m.	0,—
Deutschland	p.m.	p.m.	0,—
Estland	p.m.	p.m.	0,—
Irland	p.m.	p.m.	0,—
Griechenland	p.m.	p.m.	0,—
Spanien	p.m.	p.m.	0,—
Frankreich	p.m.	p.m.	0,—
Italien	p.m.	p.m.	0,—

Zypern	p.m.	p.m.	0,—
Lettland	p.m.	p.m.	0,—
Litauen	p.m.	p.m.	0,—
Luxemburg	p.m.	p.m.	0,—
Ungarn	p.m.	p.m.	0,—
Malta	p.m.	p.m.	0,—
Niederlande	p.m.	p.m.	0,—
Österreich	p.m.	p.m.	0,—
Polen	p.m.	p.m.	0,—
Portugal	p.m.	p.m.	0,—
Rumänien	p.m.	p.m.	0,—
Slowenien	p.m.	p.m.	0,—
Slowakei	p.m.	p.m.	0,—
Finnland	p.m.	p.m.	0,—
Schweden	p.m.	p.m.	0,—
Vereinigtes Königreich	p.m.	p.m.	0,—
Posten 3 6 0 4 — Insgesamt	p.m.	p.m.	0,—

TITEL 4 — EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEN BEAMTEN UND BEDIENSTETEN DER ORGANE UND ANDERER EINRICHTUNGEN DER UNION

Zahlenangaben

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
4 0	Verschiedene Steuern und Abzüge	722 354 762	698 566 920	650 857 115,41
4 1	Beiträge zur Versorgungsordnung	560 231 129	592 202 800	531 544 068,84
4 2	Sonstige Beiträge zur Versorgungsordnung	21 161 499	21 575 132	24 406 378,12
Titel 4 — Insgesamt		1 303 747 390	1 312 344 852	1 206 807 562,37

KAPITEL 4 0 — VERSCHIEDENE STEUERN UND ABZÜGE

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
4 0	Verschiedene Steuern und Abzüge				
4 0 0	<i>Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder der Organe, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Ruhegehaltsempfänger sowie der Mitglieder der Organe der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Zentralbank, des Europäischen Investitionsfonds, ihres Personals und ihrer Ruhegehaltsempfänger</i>	651 955 340	633 070 802	587 748 843,89	90,15 %
4 0 3	<i>Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amts- bzw. Dienstbezüge der Mitglieder der Organe, der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst</i>	p.m.	p.m.	52 831,09	
4 0 4	<i>Ertrag aus der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Organe sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst</i>	70 399 422	65 496 118	63 055 440,43	89,57 %
Kapitel 4 0 — Insgesamt		722 354 762	698 566 920	650 857 115,41	90,10 %

Artikel 4 0 0 — Ertrag aus der Steuer auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge der Mitglieder der Organe, der Beamten, der sonstigen Bediensteten und der Ruhegehaltsempfänger sowie der Mitglieder der Organe der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Zentralbank, des Europäischen Investitionsfonds, ihres Personals und ihrer Ruhegehaltsempfänger

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
651 955 340	633 070 802	587 748 843,89

Erläuterungen

Diese Einnahmen umfassen alle Erträge aus Steuern auf die Gehälter, Löhne und anderen Bezüge, mit Ausnahme der Leistungen und Familienbeihilfen für Kommissionsmitglieder, Beamte und sonstige Bedienstete und für Personen, die die in Kapitel 01 jedes Titels des Ausgabenplans bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses vorgesehenen Ausgleichszahlungen erhalten, sowie für Ruhegehaltsempfänger.

Rechtsgrundlagen

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften.

Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union, insbesondere Artikel 13.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 260/68 des Rates vom 29. Februar 1968 zur Festlegung der Bestimmungen und des Verfahrens für die Erhebung der Steuer zugunsten der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 56 vom 4.3.1968, S. 8).

Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 des Rates vom 29. Juni 1976 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. L 214 vom 6.8.1976, S. 24).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1).

Beschluss 94/262/EGKS, EG, Euratom des Europäischen Parlaments vom 9. März 1994 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (ABl. L 113 vom 4.5.1994, S. 15).

Beschluss Nr. 1247/2002/EG des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 1. Juli 2002 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Europäischen Datenschutzbeauftragten (ABl. L 183 vom 12.7.2002, S. 1).

Beschluss Nr. 2009/909/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Präsidenten des Europäischen Rates (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 35).

Beschluss Nr. 2009/910/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 36).

Beschluss Nr. 2009/912/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Generalsekretärs des Rates der Europäischen Union (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 38).

Parlament	65 727 926
Rat	22 452 000
Kommission	446 262 521
— Verwaltung	(364 461 000)
— Forschung und technologische Entwicklung	(14 823 617)
— Forschung (indirekte Maßnahmen)	(16 454 048)
— Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)	(2 950 000)
— Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO)	(676 000)
— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Brüssel (OIB)	(2 356 000)
— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Luxemburg (OIL)	(861 000)

— Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO)	(1 157 000)	
— Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (OP)	(3 437 000)	
— Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER)	(228 203)	
— Agentur für das Betriebsmanagement großer JLS-Informationssysteme	(143 420)	
— Gemeinsames Unternehmen Artemis - Technologieinitiative für eingebettete IKT-Systeme (Artemis JU)	(97 680)	
— Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC)	(69 381)	
— Gemeinsame Technologieinitiative „Clean Aeronautics and Air“ (Clean Sky)	(165 141)	
— Europäische Fischereiaufsichtsbehörde (EUFA)	(285 711)	
— Gemeinschaftliches Sortenamt (CPVO)	(252 480)	
— Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA)	(1 039 625)	
— Europäische Agentur für Wiederaufbau	p.m.	
— Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA)	(228 373)	
— Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex)	(890 450)	
— Europäisches Unterstützungsbüro für Asylangelegenheiten (EASO)	(102 179)	
— Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA)	(3 924 919)	
— Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA)	(786 380)	
— Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust)	(573 681)	
— Europäisches Zentrum für die Prävention und Bekämpfung von Seuchen (ECDC)	(1 068 486)	
— Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop)	(563 211)	
— Europäische Chemikalienagentur (ECHA)	(3 353 036)	
— Europäische Umweltagentur (EEA)	(1 251 270)	
— Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)	(1 753 398)	
— Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound)	(571 139)	
— Agentur für das Europäische GNSS (Galileo)	(217 312)	
— Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE)	(128 967)	
— Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT)	(137 503)	
— Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA)	(425 878)	
— Europäisches Gemeinsames Unternehmen für ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie (F4E)	(1 708 380)	
— Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA)	(841 041)	
— Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA)	(4 229 961)	
— Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA)	(496 720)	
— Beirat für die Nanoelektronik-Initiative (ENIAC)	(95 678)	
— Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)	(251 098)	
— Europäische Polizeiakademie (CEPOL)	(100 337)	
— Europäisches Polizeiamt (Europol)	(2 629 713)	
— Europäische Eisenbahnagentur (ERA)	(804 709)	
— Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrates (ERCEA)	(843 145)	
— Europäische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA)	(581 178)	
— Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF)	(756 725)	
— Europäische Agentur für Grundrechte (FRA)	(468 029)	
— Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (EAWI)	(411 524)	
— Exekutivagentur für Gesundheit und Verbraucher (EAHC)	(123 798)	
— Exekutivagentur für die Forschung (REA)	(944 402)	
— Exekutivagentur für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-T EA)	(271 482)	
— Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff“ (FCH)	(122 404)	
— Gemeinsame Technologieinitiative für Innovative Arzneimittel (IMI)	(218 218)	
— Europäisches Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation JU (SESAR)	(210 264)	
— Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (OHIM)	(3 606 330)	
— Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT)	(1 113 897)	
Gerichtshof		24 925 000
Rechnungshof		10 336 000
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss		4 610 874
Ausschuss der Regionen		3 192 081
Europäischer Bürgerbeauftragter		594 938

Europäischer Datenschutzbeauftragter	459 000
Europäischer Auswärtiger Dienst	21 795 000
Europäische Investitionsbank	34 000 000
Europäische Zentralbank	15 200 000
Europäischer Investitionsfonds	2 400 000
Insgesamt	651 955 340

Artikel 4 0 3 — Ertrag aus der befristeten Abgabe auf die Amts- bzw. Dienstbezüge der Mitglieder der Organe, der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	52 831,09

Erläuterungen

Die Bestimmungen über die befristete Abgabe wurden bis zum 30. Juni 2003 angewandt. Bei dieser Haushaltslinie werden daher alle Einnahmen aus Restzahlungen im Zusammenhang mit der befristeten Abgabe auf die Amts- und Dienstbezüge der Mitglieder der Kommission, der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst verbucht.

Rechtsgrundlagen

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1).

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission:	p.m.
— Verwaltung	(p.m.)
— Forschung und technologische Entwicklung	(p.m.)
— Forschung (indirekte Maßnahmen)	(p.m.)
— Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO)	(p.m.)
— Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)	(p.m.)
— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Brüssel (OIB)	(p.m.)
— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Luxemburg (OIL)	(p.m.)
— Amt für die Abwicklung finanzieller Ansprüche (PMO)	(p.m.)
— Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (OP)	(p.m.)
— Gemeinschaftliches Sortenamt (CPVO)	(p.m.)
— Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust)	(p.m.)
— Europäische Agentur für Wiederaufbau	(p.m.)
— Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA)	(p.m.)
— Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA)	(p.m.)
— Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA)	(p.m.)
— Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop)	(p.m.)
— Europäische Umweltagentur (EEA)	(p.m.)
— Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)	(p.m.)
— Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound)	(p.m.)
— Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA)	(p.m.)
— Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA)	(p.m.)
— Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)	(p.m.)
— Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF)	(p.m.)

— Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (OHIM)	(p.m.)	
— Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT)	(p.m.)	
Gerichtshof der Europäischen Union		p.m.
Rechnungshof		p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss		p.m.
Ausschuss der Regionen		p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter		p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter		p.m.
Insgesamt		p.m.

Artikel 4 0 4 — Ertrag aus der Sonderabgabe auf die Amtsbezüge der Mitglieder der Organe sowie die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
70 399 422	65 496 118	63 055 440,43

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden die Einnahmen aus der Sonderabgabe auf die Dienstbezüge der Beamten und sonstigen Bediensteten im aktiven Dienst gemäß Artikel 66a des Beamtenstatuts verbucht.

Rechtsgrundlagen

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere Artikel 66a.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften.

Verordnung Nr. 422/67/EWG, Nr. 5/67/Euratom des Rates vom 25. Juli 1967 über die Regelung der Amtsbezüge für den Präsidenten und die Mitglieder der Kommission sowie für den Präsidenten, die Richter, die Generalanwälte und den Kanzler des Gerichtshofs und für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts erster Instanz sowie für den Präsidenten, die Mitglieder und den Kanzler des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union (ABl. 187 vom 8.8.1967, S. 1).

Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 2290/77 des Rates vom 18. Oktober 1977 über die Regelung der Amtsbezüge für die Mitglieder des Rechnungshofes (ABl. L 268 vom 20.10.1977, S. 1).

Beschluss 94/262/EGKS, EG, Euratom des Europäischen Parlaments vom 9. März 1994 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (ABl. L 113 vom 4.5.1994, S. 15).

Beschluss Nr. 1247/2002/EG des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 1. Juli 2002 über die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Europäischen Datenschutzbeauftragten (ABl. L 183 vom 12.7.2002, S. 1).

Beschluss Nr. 2009/909/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Präsidenten des Europäischen Rates (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 35).

Beschluss Nr. 2009/910/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 36).

Beschluss Nr. 2009/912/EU des Rates vom 1. Dezember 2009 über die Beschäftigungsbedingungen des Generalsekretärs des Rates der Europäischen Union (ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 38).

Parlament		8 437 391
Rat		2 797 000
Kommission		50 484 893
— Verwaltung	(35 229 000)	
— Forschung und technologische Entwicklung	(2 857 553)	
— Forschung (indirekte Maßnahmen)	(2 701 795)	
— Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)	(612 000)	
— Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO)	(133 000)	
— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Brüssel (OIB)	(442 000)	
— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Luxemburg (OIL)	(153 000)	

— Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO)	(242 000)	
— Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (OP)	(702 000)	
— Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER)	(45 188)	
— Agentur für das Betriebsmanagement großer JLS-Informationssysteme	(16 872)	
— Gemeinsames Unternehmen Artemis - Technologieinitiative für eingebettete IKT-Systeme (Artemis JU)	(17 912)	
— Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC)	(15 654)	
— Gemeinsame Technologieinitiative „Clean Aeronautics and Air“ (Clean Sky)	(34 424)	
— Europäische Fischereiaufsichtsbehörde (EFCA)	(64 827)	
— Gemeinschaftliches Sortenamt (CPVO)	(44 971)	
— Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA)	(161 737)	
— Europäische Agentur für Wiederaufbau	p.m.	
— Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA)	(42 972)	
— Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex)	(227 107)	
— Europäisches Unterstützungsbüro für Asylangelegenheiten (EASO)	(21 275)	
— Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA)	(879 680)	
— Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA)	(108 682)	
— Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust)	(67 487)	
— Europäisches Zentrum für die Prävention und Bekämpfung von Seuchen (ECDC)	(188 401)	
— Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop)	(117 284)	
— Europäische Chemikalienagentur (ECHA)	(573 091)	
— Europäische Umweltagentur (EEA)	(184 312)	
— Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)	(349 651)	
— Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound)	(108 358)	
— Agentur für das Europäische GNSS (Galileo)	(50 280)	
— Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE)	(31 470)	
— Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT)	(29 742)	
— Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA)	(92 579)	
— Europäisches Gemeinsames Unternehmen für ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie (F4E)	(344 968)	
— Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA)	(215 883)	
— Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA)	(577 944)	
— Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA)	(122 544)	
— Beirat für die Nanoelektronik-Initiative (ENIAC)	(16 112)	
— Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)	(52 413)	
— Europäische Polizeiakademie (CEPOL)	(18 268)	
— Europäisches Polizeiamt (Europol)	(572 560)	
— Europäische Eisenbahnagentur (ERA)	(165 603)	
— Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrates (ERCEA)	(164 346)	
— Europäische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA)	(105 047)	
— Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF)	(142 899)	
— Europäische Agentur für Grundrechte (FRA)	(94 263)	
— Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (EAWI)	(62 836)	
— Exekutivagentur für Gesundheit und Verbraucher (EAHC)	(23 832)	
— Exekutivagentur für die Forschung (REA)	(157 112)	
— Exekutivagentur für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-T EA)	(48 712)	
— Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff“ (FCH)	(30 601)	
— Gemeinsame Technologieinitiative für Innovative Arzneimittel (IMI)	(45 003)	
— Europäisches Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation JU (SESAR)	(40 036)	
— Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (OHIM)	(709 951)	
— Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT)	(227 656)	
Gerichtshof		3 627 000
Rechnungshof		1 400 000
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss		880 369
Ausschuss der Regionen		560 823
Europäischer Bürgerbeauftragter		68 946

Europäischer Datenschutzbeauftragter	78 000
Europäischer Auswärtiger Dienst	2 065 000
Insgesamt	70 399 422

KAPITEL 4 1 — BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
4 1	Beiträge zur Versorgungsordnung				
4 1 0	Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung	482 538 191	476 991 862	456 370 768,48	94,58 %
4 1 1	Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal	77 582 938	115 100 938	75 066 154,68	96,76 %
4 1 2	Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung	110 000	110 000	107 145,68	97,41 %
	Kapitel 4 1 — Insgesamt	560 231 129	592 202 800	531 544 068,84	94,88 %

Artikel 4 1 0 — Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
482 538 191	476 991 862	456 370 768,48

Erläuterungen

Die Einnahmen umfassen die Beiträge des Personals zur Versorgungsordnung.

Rechtsgrundlagen

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften.

Verordnung (EGKS, EWG, Euratom) Nr. 1860/76 des Rates vom 29. Juni 1976 zur Festlegung der Beschäftigungsbedingungen für das Personal der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (ABl. L 214 vom 6.8.1976, S. 24).

Parlament	62 096 836
Rat	31 521 000
Kommission	335 697 931
— Verwaltung	(215 406 000)
— Forschung und technologische Entwicklung	(21 122 639)
— Forschung (indirekte Maßnahmen)	(19 599 027)
— Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)	(3 466 000)
— Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO)	(1 049 000)
— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Brüssel (OIB)	(5 004 000)
— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Luxemburg (OIL)	(1 606 000)
— Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche (PMO)	(2 719 000)
— Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union (OP)	(5 028 000)
— Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER)	(375 143)
— Agentur für das Betriebsmanagement großer JLS-Informationssysteme	(296 034)
— Gemeinsames Unternehmen Artemis - Technologieinitiative für eingebettete IKT-Systeme (Artemis JU)	(119 437)
— Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (BEREC)	(119 566)
— Gemeinsame Technologieinitiative „Clean Aeronautics and Air“ (Clean Sky)	(216 208)
— Europäische Fischereiaufsichtsbehörde (EFCA)	(454 951)
— Gemeinschaftliches Sortenamt (CPVO)	(354 516)

— Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA)	(2 338 186)	
— Europäische Agentur für Wiederaufbau	p.m.	
— Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA)	(411 259)	
— Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex)	(1 685 980)	
— Europäisches Unterstützungsbüro für Asylangelegenheiten (EASO)	(149 678)	
— Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA)	(5 970 837)	
— Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA)	(672 226)	
— Europäische Stelle für justizielle Zusammenarbeit (Eurojust)	(1 184 136)	
— Europäisches Zentrum für die Prävention und Bekämpfung von Seuchen (ECDC)	(1 808 173)	
— Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop)	(918 767)	
— Europäische Chemikalienagentur (ECHA)	(4 299 716)	
— Europäische Umweltagentur (EEA)	(1 438 369)	
— Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)	(2 969 364)	
— Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound)	(818 040)	
— Agentur für das Europäische GNSS (Galileo)	(403 386)	
— Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE)	(256 130)	
— Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT)	(285 554)	
— Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA)	(602 597)	
— Europäisches Gemeinsames Unternehmen für ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie (F4E)	(2 522 259)	
— Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA)	(1 688 542)	
— Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA)	(4 911 854)	
— Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA)	(847 012)	
— Beirat für die Nanoelektronik-Initiative (ENIAC)	(108 619)	
— Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)	(405 427)	
— Europäische Polizeiakademie (CEPOL)	(187 403)	
— Europäisches Polizeiamt (Europol)	(4 220 351)	
— Europäische Eisenbahnagentur (ERA)	(1 187 914)	
— Exekutivagentur des Europäischen Forschungsrates (ERCEA)	(1 962 590)	
— Europäische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA)	(713 491)	
— Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF)	(1 005 675)	
— Europäische Agentur für Grundrechte (FRA)	(718 657)	
— Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (EAWI)	(879 661)	
— Exekutivagentur für Gesundheit und Verbraucher (EAHC)	(296 562)	
— Exekutivagentur für die Forschung (REA)	(2 473 777)	
— Exekutivagentur für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-T EA)	(586 330)	
— Gemeinsames Unternehmen „Brennstoffzellen und Wasserstoff“ (FCH)	(190 673)	
— Gemeinsame Technologieinitiative für Innovative Arzneimittel (IMI)	(270 751)	
— Europäisches Flugverkehrsmanagementsystems der neuen Generation JU (SESAR)	(259 681)	
— Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (OHIM)	(5 370 253)	
— Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union (CdT)	(1 742 530)	
Gerichtshof		19 093 000
Rechnungshof		8 536 000
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss		6 159 964
Ausschuss der Regionen		4 640 619
Europäischer Bürgerbeauftragter		540 841
Europäischer Datenschutzbeauftragter		434 000
Europäischer Auswärtiger Dienst		13 818 000
Insgesamt		482 538 191

Artikel 4 1 1 — Übertragung oder Rückkauf von Versorgungsansprüchen durch das Personal

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
77 582 938	115 100 938	75 066 154,68

Erläuterungen

Die Einnahmen umfassen die Zahlungen an die Europäische Union des versicherungsmathematischen Gegenwerts oder des pauschalen Rückkaufwerts der Ruhegehaltsansprüche aus früheren Tätigkeiten der Beamten.

Rechtsgrundlagen

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

Parlament	9 134 938
Rat	p.m.
Kommission	68 448 000
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	77 582 938

Artikel 4 1 2 — Beiträge der in Urlaub aus persönlichen Gründen befindlichen Beamten und Bediensteten auf Zeit zur Versorgungsordnung

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
110 000	110 000	107 145,68

Erläuterungen

Beamte oder sonstige Bedienstete, die sich in Urlaub aus persönlichen Gründen befinden, können weiterhin Ruhegehaltsansprüche erwerben, sofern sie auch den Arbeitgeberbeitrag entrichten.

Rechtsgrundlagen

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften.

Parlament	10 000
Rat	p.m.
Kommission	100 000
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	110 000

KAPITEL 4 2 — SONSTIGE BEITRÄGE ZUR VERSORGUNGSORDNUNG

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
4 2	Sonstige Beiträge zur Versorgungsordnung				
4 2 0	<i>Arbeitgeberbeitrag der dezentralisierten Einrichtungen und internationalen Organisationen zur Versorgungsordnung</i>	21 161 499	21 575 132	24 371 335,12	115,17 %
4 2 1	<i>Beitrag der Mitglieder des Europäischen Parlaments zur Versorgungsordnung</i>	p.m.	p.m.	35 043,00	
	Kapitel 4 2 — Insgesamt	21 161 499	21 575 132	24 406 378,12	115,33 %

Artikel 4 2 0 — Arbeitgeberbeitrag der dezentralisierten Einrichtungen und internationalen Organisationen zur Versorgungsordnung

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
21 161 499	21 575 132	24 371 335,12

Erläuterungen

Die Einnahmen umfassen den Arbeitgeberbeitrag der dezentralisierten Einrichtungen und internationalen Organisationen zur Versorgungsordnung.

Rechtsgrundlagen

Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften.

Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften.

Kommission

21 161 499

Artikel 4 2 1 — Beitrag der Mitglieder des Europäischen Parlaments zur Versorgungsordnung

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	35 043,00

Erläuterungen

Die Einnahmen umfassen den Beitrag der Mitglieder des Europäischen Parlaments zur Versorgungsordnung.

Rechtsgrundlagen

Regelung betreffend die Kosten und Entschädigungen für die Mitglieder des Europäischen Parlaments, insbesondere Anhang III.

Parlament

p.m.

TITEL 5 — EINNAHMEN AUS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT DER ORGANE

Zahlenangaben

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
5 0	Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen (Material) und unbeweglichen Vermögensgegenständen	p.m.	p.m.	6 318 048,24
5 1	Mieteinnahmen	p.m.	p.m.	30 891 401,93

5 2	Erträge aus Anlage- oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen	57 534 868	57 790 286	60 619 301,98
5 5	Einnahmen aus Vergütungen für Dienstleistungen und Arbeit	p.m.	p.m.	42 272 103,02
5 7	Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Organe	p.m.	p.m.	442 314 017,29
5 8	Verschiedene Vergütungen	p.m.	p.m.	461 173,96
5 9	Sonstige Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit	2 000 000	2 000 000	4 211 275,78
Titel 5 — Insgesamt		59 534 868	59 790 286	587 087 322,20

KAPITEL 5 0 — EINNAHMEN AUS DER VERÄUSSERUNG VON BEWEGLICHEN (MATERIAL) UND UNBEWEGLICHEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
5 0	Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen (Material) und unbeweglichen Vermögensgegenständen				
5 0 0	<i>Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen (Material)</i>				
5 0 0 0	Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	141 814,85	
5 0 0 1	Einnahmen aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Vermögensgegenständen — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	378 637,17	
5 0 0 2	Einnahmen aus der Lieferung von Gütern für andere Organe oder Einrichtungen — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	4 371 168,15	
	<i>Artikel 5 0 0 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	4 891 620,17	
5 0 1	<i>Einnahmen aus dem Verkauf von unbeweglichen Vermögensgegenständen</i>	p.m.	p.m.	0,—	
5 0 2	<i>Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen</i>	p.m.	p.m.	1 426 428,07	
Kapitel 5 0 — Insgesamt		p.m.	p.m.	6 318 048,24	

Artikel 5 0 0 — Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen (Material)

Posten 5 0 0 0 — Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrzeugen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	141 814,85

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus der Veräußerung oder Inzahlungnahme von Fahrzeugen der Organe verbucht.

Ferner werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrzeugen eingesetzt, die nach ihrer vollständigen Abschreibung ersetzt oder verschrottet werden.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstaben e und ea der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.

Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

Posten 5 0 0 1 — Einnahmen aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Vermögensgegenstände — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	378 637,17

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden die Einnahmen aus der Veräußerung oder Inzahlungnahme von beweglichen Sachen der Organe mit Ausnahme von Fahrzeugen verbucht.

Ferner werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Ausrüstungen, Anlagen, Werkstoffen sowie technischen und wissenschaftlichen Geräten eingesetzt, die nach ihrer vollständigen Abschreibung ersetzt oder verschrottet werden.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstaben e und ea der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

Posten 5 0 0 2 — Einnahmen aus der Lieferung von Gütern für andere Organe oder Einrichtungen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	4 371 168,15

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe g der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

Artikel 5 0 1 — Einnahmen aus dem Verkauf von unbeweglichen Vermögensgegenständen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden die Einnahmen aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen der Organe verbucht.

Artikel 5 0 2 — Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen, Drucksachen und Filmen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	1 426 428,07

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe j der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Dieser Artikel umfasst auch die Erlöse aus der Veräußerung dieser Veröffentlichungen über elektronische Medien.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

KAPITEL 5 1 — MIETEINNAHMEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
5 1	Mieteinnahmen				
5 1 0	<i>Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material — Zweckgebundene Einnahmen</i>	p.m.	p.m.	0,—	
5 1 1	<i>Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung der Mietnebenkosten</i>				

5 1 1 0	Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	30 516 261,68	
5 1 1 1	Erstattung der Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	375 140,25	
	<i>Artikel 5 1 1 — Teilsomme</i>	p.m.	p.m.	30 891 401,93	
	Kapitel 5 1 — Insgesamt	p.m.	p.m.	30 891 401,93	

Artikel 5 1 0 — Einnahmen aus der Vermietung von Mobiliar und Material — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

Artikel 5 1 1 — Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden und der Erstattung der Mietnebenkosten

Posten 5 1 1 0 — Einnahmen aus der Vermietung und Untervermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	30 516 261,68

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Wirtschafts- und Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.

Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

Posten 5 1 1 1 — Erstattung der Mietnebenkosten — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	375 140,25

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

KAPITEL 5 2 — ERTRÄGE AUS ANLAGE- ODER DARLEHENSMITTELN, BANKZINSEN UND SONSTIGEN ZINSEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
5 2	Erträge aus Anlage- oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen				
5 2 0	<i>Erträge aus Anlage- oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben der Organe</i>	7 534 868	7 790 286	5 864 751,67	77,83 %
5 2 1	<i>An die Kommission abgeführte Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben subventionierter Einrichtungen</i>	10 000 000	10 000 000	11 455 376,72	114,55 %
5 2 2	<i>Zinserträge aus Vorfinanzierungen</i>	40 000 000	40 000 000	40 436 396,93	101,09 %
5 2 3	<i>Einnahmen aus Treuhandkonten — Zweckgebundene Einnahmen</i>	p.m.	p.m.	2 862 776,66	
	Kapitel 5 2 — Insgesamt	57 534 868	57 790 286	60 619 301,98	105,36 %

Artikel 5 2 0 — Erträge aus Anlage- oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben der Organe

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
7 534 868	7 790 286	5 864 751,67

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden die Erträge aus Anlagemitteln und Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstige Zinsen auf Guthaben des Organs verbucht.

Parlament	1 200 000
Rat	p.m.
Kommission	6 000 000
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	40 000
Ausschuss der Regionen	44 868
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	250 000
Insgesamt	7 534 868

Artikel 5 2 1 — An die Kommission abgeführte Erträge aus Anlagemitteln oder Darlehensmitteln, Bankzinsen und sonstigen Zinsen auf Guthaben subventionierter Einrichtungen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
10 000 000	10 000 000	11 455 376,72

Erläuterungen

Dieser Artikel umfasst die Erträge aus der Rückzahlung von Zinsen subventionierter Einrichtungen, die die von der Kommission erhaltenen Vorschüsse auf verzinslichen Konten angelegt haben. Werden diese Vorschüsse und die daraus resultierenden Zinsen nicht verwendet, müssen sie an die Kommission zurückgezahlt werden.

Kommission	10 000 000
------------	------------

Artikel 5 2 2 — Zinserträge aus Vorfinanzierungen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
40 000 000	40 000 000	40 436 396,93

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden die Zinserträge aus Vorfinanzierungen eingesetzt.

Gemäß Artikel 5a der Haushaltsordnung können die bei diesem Artikel veranschlagten Mittel als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt werden, zu deren Lasten ursprünglich die Ausgaben getätigt wurden, die zu den betreffenden Einnahmen geführt haben. Zinsen aus Vorfinanzierungsbeträgen werden somit dem betreffenden Programm oder der betreffenden Maßnahme zugewiesen und bei der Zahlung des geschuldeten Restbetrags an den Empfänger in Abzug gebracht.

In der Verordnung mit Durchführungsbestimmungen zur Haushaltsordnung wird ferner geregelt, in welchen Ausnahmefällen der Anweisungsbefugte derartige Zinsbeträge jährlich einzieht.

Kommission	40 000 000
------------	------------

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1), insbesondere Artikel 5a.

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002 mit Durchführungsbestimmungen zur

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 357 vom 31.12.2002, S. 1), insbesondere Artikel 4 und 4a.

Artikel 5 2 3 — Einnahmen aus Treuhandkonten — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	2 862 776,66

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden die Zinsen und sonstigen Einnahmen aus Treuhandkonten eingesetzt.

Die Treuhandkonten werden für die Union von internationalen Finanzinstitutionen (Europäischer Investitionsfonds, Europäische Investitionsbank, Entwicklungsbank des Europarats/Kreditanstalt für Wiederaufbau, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) geführt, die Programme der Union verwalten; die von der Union eingezahlten Beträge verbleiben auf dem Konto, bis sie den Empfängern (u. a. kleinen und mittleren Unternehmen sowie Einrichtungen, die Projekte in Beitrittsländern verwalten) im Rahmen des jeweiligen Einzelprogramms zur Verfügung gestellt werden.

Gemäß Artikel 18 Absatz 2 der Haushaltsordnung gelten die Einnahmen aus Treuhandkonten, die für Unionsprogramme genutzt werden, als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten ursprünglich die Ausgaben getätigt wurden, die zu den betreffenden Einnahmen geführt haben.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1), insbesondere Artikel 18 Absatz 2.

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 357 vom 31.12.2002, S. 1).

KAPITEL 5 5 — EINNAHMEN AUS VERGÜTUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGEN UND ARBEIT

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
5 5	Einnahmen aus Vergütungen für Dienstleistungen und Arbeit				
5 5 0	<i>Einnahmen aus Vergütungen für Dienstleistungen und Arbeit, die für andere Organe oder Einrichtungen ausgeführt werden, einschließlich der für andere Organe oder Einrichtungen verauslagten und von diesen zurück erstatteten Dienstreisekosten — Zweckgebundene Einnahmen</i>	p.m.	p.m.	37 826 316,28	
5 5 1	<i>Einnahmen aus Vergütungen für im Auftrag Dritter ausgeführte Dienstleistungen oder Arbeit — Zweckgebundene Einnahmen</i>	p.m.	p.m.	4 445 786,74	
	Kapitel 5 5 — Insgesamt	p.m.	p.m.	42 272 103,02	

Artikel 5 5 0 — Einnahmen aus Vergütungen für Dienstleistungen und Arbeit, die für andere Organe oder Einrichtungen ausgeführt werden, einschließlich der für andere Organe oder Einrichtungen verauslagten und von diesen zurück erstatteten Dienstreisekosten — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	37 826 316,28

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe g der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

Artikel 5 5 1 — Einnahmen aus Vergütungen für im Auftrag Dritter ausgeführte Dienstleistungen oder Arbeit — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	4 445 786,74

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe e der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

KAPITEL 5 7 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER VERWALTUNG DER ORGANE

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
5 7	Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Organe				
5 7 0	Einnahmen aus der Rückzahlung von rechtsgrundlos gezahlten Beträgen — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	49 132 444,88	

5 7 1	<i>Einnahmen mit festgelegter Zweckbestimmung wie Einkünfte aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der spezifischen zweckgebundenen Einnahmen jedes der Organe — Zweckgebundene Einnahmen</i>	p.m.	p.m.	110 437,26	
5 7 2	<i>Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt wurden</i>	p.m.	p.m.	0,—	
5 7 3	<i>Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Organe — Zweckgebundene Einnahmen</i>	p.m.	p.m.	140 514 065,46	
5 7 4	<i>Einnahmen aus dem Beitrag der Kommission an den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) für in Delegationen der Union tätige Kommissionsbedienstete — Zweckgebundene Einnahmen</i>	p.m.	p.m.	252 557 069,69	
Kapitel 5 7 — Insgesamt		p.m.	p.m.	442 314 017,29	

Artikel 5 7 0 — Einnahmen aus der Rückzahlung von rechtsgrundlos gezahlten Beträgen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	49 132 444,88

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe f der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

Artikel 5 7 1 — Einnahmen mit festgelegter Zweckbestimmung wie Einkünfte aus Stiftungen, Zuschüssen, Schenkungen und Vermächtnissen, einschließlich der spezifischen zweckgebundenen Einnahmen jedes der Organe — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	110 437,26

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe c der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.

Kommission		p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union		p.m.
Rechnungshof		p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss		p.m.
Ausschuss der Regionen		p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter		p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter		p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst		p.m.
	Insgesamt	p.m.

Artikel 5 7 2 — Erstattung von Sozialausgaben, die für Rechnung eines anderen Organs verauslagt wurden

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

In diesem Artikel werden Einnahmen aus der Erstattung von Sozialausgaben verbucht, die für Rechnung eines anderen Organs geleistet worden sind.

Parlament		p.m.
Rat		p.m.
Kommission		p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union		p.m.
Rechnungshof		p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss		p.m.
Ausschuss der Regionen		p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter		p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter		p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst		p.m.
	Total	p.m.

Artikel 5 7 3 — Sonstige Beiträge und Erstattungen im Zusammenhang mit der Verwaltung der Organe — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	140 514 065,46

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Parlament		p.m.
Rat		p.m.
Kommission		p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union		p.m.
Rechnungshof		p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss		p.m.
Ausschuss der Regionen		p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter		p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter		p.m.

Artikel 5 7 4 — Einnahmen aus dem Beitrag der Kommission an den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) für in Delegationen der Union tätige Kommissionsbedienstete – Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	252 557 069,69

Erläuterungen

Diese Einnahmen ergeben sich aus einem Beitrag der Kommission an den EAD und dienen der Deckung der auf lokaler Ebene verwalteten Ausgaben für in Delegationen der Union tätige Kommissionsbedienstete, einschließlich aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) finanzierter Kommissionsbediensteter.

Gemäß Artikel 18 Absatz 1 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Posten 3 0 0 5 des Ausgabenplans des Einzelplans X „Europäischer Auswärtiger Dienst“ eingesetzt.

KAPITEL 5 8 — VERSCHIEDENE VERGÜTUNGEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
5 8	Verschiedene Vergütungen				
5 8 0	<i>Einnahmen aus der Vermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen</i>	p.m.	p.m.	36 563,64	
5 8 1	<i>Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen</i>	p.m.	p.m.	424 610,32	
	Kapitel 5 8 — Insgesamt	p.m.	p.m.	461 173,96	

Artikel 5 8 0 — Einnahmen aus der Vermietung von Gebäuden — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	36 563,64

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe i der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.

Insgesamt

p.m.

Artikel 5 8 1 — Einnahmen aus Versicherungsleistungen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	424 610,32

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe h der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Dieser Artikel umfasst auch Einnahmen durch die Erstattung der einem verunfallten Beamten weitergezahlten Dienstbezüge durch eine Versicherung.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	p.m.
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

KAPITEL 5 9 — SONSTIGE EINNAHMEN AUS DER VERWALTUNGSTÄTIGKEIT

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
5 9	Sonstige Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit				
5 9 0	Sonstige Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit	2 000 000	2 000 000	4 211 275,78	210,56 %
	Kapitel 5 9 — Insgesamt	2 000 000	2 000 000	4 211 275,78	210,56 %

Artikel 5 9 0 — Sonstige Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
2 000 000	2 000 000	4 211 275,78

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden die sonstigen Einnahmen aus der Verwaltungstätigkeit eingesetzt.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	2 000 000
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	p.m.
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.

Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	2 000 000

TITEL 6 — BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN IM RAHMEN VON ABKOMMEN UND PROGRAMMEN DER UNION

Zahlenangaben

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
6 0	BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION	p.m.	p.m.	588 447 354,33
6 1	Erstattung verschiedener Ausgaben	p.m.	p.m.	102 774 970,46
6 2	Vergütungen für entgeltliche Leistungen	p.m.	p.m.	73 113 988,17
6 3	Beiträge im Rahmen spezifischer Abkommen	p.m.	p.m.	342 068 908,38
6 5	Finanzkorrekturen	p.m.	p.m.	85 083 943,54
6 6	Sonstige Beiträge und Erstattungen	60 000 000	50 000 000	565 622 585,50
6 7	Einnahmen betreffend den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)	p.m.	p.m.	697 371 166,81
6 8	Befristete Umstrukturierungsbeträge	p.m.	p.m.	7 313,10
	Titel 6 — Insgesamt	60 000 000	50 000 000	2 454 490 230,29

KAPITEL 6 0 — BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
6 0	BEITRÄGE ZU DEN PROGRAMMEN DER UNION				
6 0 1	<i>Verschiedene Forschungsprogramme</i>				
6 0 1 1	Kooperationsabkommen Schweiz-Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
6 0 1 2	Europa-Abkommen über die Fusionsentwicklung (EFDA) — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	16 697 188,17	
6 0 1 3	Kooperationsabkommen mit Drittländern im Rahmen der Forschungsprogramme der Union — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	344 593 840,72	
6 0 1 5	Kooperationsabkommen mit Einrichtungen in Drittstaaten im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von Unionsinteresse (Eureka und andere) — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
6 0 1 6	Abkommen über europäische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
	<i>Artikel 6 0 1 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	361 291 028,89	
6 0 2	<i>Sonstige Programme</i>				
6 0 2 1	Verschiedene, für Maßnahmen im Bereich der humanitären Hilfe bestimmte Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
	<i>Artikel 6 0 2 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	0,—	
6 0 3	<i>Assoziationsabkommen zwischen der Union und Drittstaaten</i>				
6 0 3 1	Einnahmen aus der Beteiligung der beitragswilligen Länder und der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans an Programmen der Union — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	196 461 242,11	

6 0 3 2	Einnahmen aus der Beteiligung von Drittländern, die keine beitragswilligen Länder oder potenziellen Bewerberländer des Westbalkans sind, an Abkommen über Zusammenarbeit im Zollbereich — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	256 840,90	
6 0 3 3	Beteiligung Dritter an Tätigkeiten der Union — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	30 438 242,43	
	<i>Artikel 6 0 3 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	227 156 325,44	
	Kapitel 6 0 — Insgesamt	p.m.	p.m.	588 447 354,33	

Artikel 6 0 1 — Verschiedene Forschungsprogramme

Posten 6 0 1 1 — Kooperationsabkommen Schweiz-Euratom im Bereich der kontrollierten thermonuklearen Fusion und der Plasmaphysik — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere dem Abkommen vom. 14. September 1978.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen nach Maßgabe der zu deckenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei Artikel 08 22 04 (indirekte Maßnahmen) in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Posten 6 0 1 2 — Europa-Abkommen über die Fusionsentwicklung (EFDA) — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	16 697 188,17

Erläuterungen

Einnahmen aus dem multilateralen EFDA-Abkommen zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren 26 assoziierten Fusionspartnern.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen nach Maßgabe der zu deckenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei Artikel 08 22 04 (indirekte Maßnahmen) in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Diese Einnahmen decken die Beiträge der assoziierten Fusionspartner zur Finanzierung der Ausgaben des „Joint Fund“ in Verbindung mit der Nutzung der Strukturen des JET, des Hochleistungsrechners für Fusionsanwendungen und jeglicher sonstiger Strukturen, die im Rahmen des EFDA eingerichtet werden könnten.

Posten 6 0 1 3 — Kooperationsabkommen mit Drittländern im Rahmen der Forschungsprogramme der Union — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	344 593 840,72

Erläuterungen

Einnahmen aus den Kooperationsabkommen, die zwischen der Union und Drittländern, insbesondere den Staaten, die sich an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung beteiligen, im Hinblick auf ihre Mitwirkung an Forschungsprogrammen der Union geschlossen worden sind.

Die etwaigen Beiträge sind zur Deckung der Ausgaben für Sitzungen, Gutachterverträge und Forschungstätigkeiten im Rahmen der jeweiligen Programme bestimmt.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen nach Maßgabe der zu deckenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 02 04 03, 06 06 04, 08 22 04, 09 04 02, 15 07 78, 32 06 03 (indirekte Maßnahmen) und bei den Artikeln 10 02 02 und 10 03 02 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 2007/502/EG, Euratom des Rates und der Kommission vom 25. Juni 2007 zur Unterzeichnung im Namen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft und vorläufigen Anwendung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits (ABl. L 189 vom 20.7.2007, S. 24).

Beschluss 2007/585/EG des Rates vom 10. Juli 2007 über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. L 220 vom 25.8.2007, S. 3).

Beschluss 2010/558/EU des Rates vom 12. März 2010 über die Unterzeichnung im Namen der Union und die vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Regierung der Färöer über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, mit dem die Färöer mit dem Siebten Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013) der Union assoziiert werden (ABl. L 245 vom 17.9.2010, S. 1).

Beschluss 2011/27/EU des Rates vom 12. Juli 2010 über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung eines Protokolls zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme der Republik Moldau an den Programmen der Union (ABl. L 14 vom 19.1.2011, S. 1).

Beschluss 2011/28/EU des Rates vom 12. Juli 2010 über den Abschluss eines Protokolls zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme der Republik Moldau an den Programmen der Union (ABl. L 14 vom 19.1.2011, S. 5).

Beschluss K(2011) 5803 der Kommission vom 18. August 2011 über den Abschluss und die Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau über ihre Assoziierung mit dem Siebten Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (2007-2013).

Verweise

Empfehlung der Kommission an den Rat zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen über ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits aufzunehmen, mit dem die Schweizerische Eidgenossenschaft mit dem Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2012-2013) assoziiert wird (COM(2012) 67 endg.).

Posten 6 0 1 5 — Kooperationsabkommen mit Einrichtungen in Drittstaaten im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von Unionsinteresse (Eureka und andere) — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Einnahmen aus Kooperationsabkommen zwischen der Union und Einrichtungen von Drittländern im Rahmen wissenschaftlicher und technologischer Projekte von Unionsinteresse (Eureka und andere).

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 02 04 03, 06 06 04, 08 22 04 und 09 04 02 (indirekte Maßnahmen) in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Posten 6 0 1 6 — Abkommen über europäische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden die Beiträge eingesetzt, die die Drittländer im Rahmen ihrer Beteiligung an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung leisten.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 02 04 03, 06 06 04, 08 22 04 und 09 04 02 (indirekte Maßnahmen) in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Verweise

Entschließung der Minister der an der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung teilnehmenden Staaten (COST) (am 21. November 1991 in Wien unterzeichnet) (ABl. C 333 vom 24.12.1991, S. 1).

Artikel 6 0 2 — Sonstige Programme

Posten 6 0 2 1 — Verschiedene, für Maßnahmen im Bereich der humanitären Hilfe bestimmte Einnahmen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Etwaige Beteiligungen Dritter an Aktionen der humanitären Hilfe.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Titel 23 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 über die humanitäre Hilfe (ABl. L 163 vom 2.7.1996, S. 1).

Artikel 6 0 3 — Assoziationsabkommen zwischen der Union und Drittstaaten

Posten 6 0 3 1 — Einnahmen aus der Beteiligung der beitrittswilligen Länder und der potenziellen Bewerberländer des Westbalkans an Programmen der Union — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	196 461 242,11

Erläuterungen

Einnahmen aus der Beteiligung von beitrittswilligen Ländern an verschiedenen Programmen der Union aufgrund der nachstehenden Assoziierungsabkommen zwischen der Union und den untenstehenden Ländern. Einnahmen aus der Beteiligung von Ländern, die inzwischen Mitgliedstaaten geworden sind, betreffen Maßnahmen aus der Zeit vor ihrem Beitritt.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt,

denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

Verweise

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik der Türkei über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme der Republik der Türkei an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 61 vom 2.3.2002, S. 29).

Beschluss K(2007) 2029 der Kommission vom 11. Mai 2007 über die Genehmigung und Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Türkei über deren Assoziierung mit dem Siebten Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013).

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Albanien über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme der Republik Albanien an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 2).

Beschluss K(2007) 6013 der Kommission vom 11. Dezember 2007 über die Genehmigung und Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Albanien über deren Assoziierung mit dem Siebten Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013).

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Bosnien und Herzegowina über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme Bosniens und Herzegowinas an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 9).

Beschluss K(2008) 4037 der Kommission vom 1. August 2008 über die Genehmigung und Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Bosnien und Herzegowina über die Assoziierung von Bosnien und Herzegowina mit dem Siebten Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013).

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Kroatien über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme der Republik Kroatien an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 16).

Beschluss K(2007) 2017 der Kommission vom 11. Mai 2007 über die Genehmigung und Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Kroatien über deren Assoziierung mit dem Siebten Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013).

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Serbien und Montenegro über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme Serbiens und Montenegros an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 29).

Beschluss K(2007) 2030 der Kommission vom 11. Mai 2007 über die Genehmigung und Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Serbien über deren Assoziierung mit dem Siebten Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013).

Protokoll zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über die allgemeinen Grundsätze der Teilnahme der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien an Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 192 vom 22.7.2005, S. 23).

Beschluss K(2007) 2016 der Kommission vom 11. Mai 2007 über die Genehmigung und Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über deren Assoziierung mit dem Siebten Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013).

Abkommen in Form eines Briefwechsels über die vorläufige Anwendung des Protokolls Nr. 8 zum Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Montenegro andererseits über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme Montenegros an den Programmen der Gemeinschaft (ABl. L 43 vom 19.2.2008, S. 11).

Beschluss K(2008) 233 der Kommission vom 24. Januar 2008 über die Genehmigung und Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Montenegro über die Assoziierung Montenegros mit dem Siebten Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007-2013).

Zusatzprotokolle zu den Europa-Abkommen (Artikel 228 und 238) zwecks Öffnung der Gemeinschaftsprogramme für beitrittswillige Länder.

Posten 6 0 3 2 — Einnahmen aus der Beteiligung von Drittländern, die keine beitrittswilligen Länder oder potenziellen Bewerberländer des Westbalkans sind, an Abkommen über Zusammenarbeit im Zollbereich — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	256 840,90

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden die Finanzbeiträge von Drittländern zu den Abkommen zur Zusammenarbeit im Zollbereich verbucht. Es handelt sich dabei insbesondere um Beiträge im Rahmen des Transit-Projekts sowie des Vorhabens zur (computergestützten) Verbreitung von Informationsdaten zum Zollltarif u. Ä.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 14 03 01, 14 04 01, 14 04 02 und 14 05 03 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Übereinkommen vom 20. Mai 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren (ABl. L 226 vom 13.8.1987, S. 2).

Beschluss 2000/305/EG des Rates vom 30. März 2000 über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über die Ausdehnung des „Common Communications Network/Common Systems Interface“ ((CCN/CSI) Gemeinsames Kommunikationsnetz/Gemeinsame Systemschnittstelle) im Rahmen des Übereinkommens über ein gemeinsames Versandverfahren (ABl. L 102 vom 27.4.2000, S. 50).

Beschluss 2000/506/EG des Rates vom 31. Juli 2000 über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Norwegen über die Ausdehnung des „Common Communications Network/Common Systems Interface“ ((CCN/CSI) (Gemeinsames Kommunikationsnetz/Gemeinsame Systemschnittstelle) im Rahmen des Übereinkommens über ein gemeinsames Versandverfahren (ABl. L 204 vom 11.8.2000, S. 35).

Beschluss des Rates vom 19. März 2001 zur Ermächtigung der Kommission, im Namen der Europäischen Gemeinschaft eine Änderung des am 15. Dezember 1950 in Brüssel unterzeichneten Abkommens über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens auszuhandeln, die es der Europäischen Gemeinschaft ermöglicht, Mitglied der genannten Organisation zu werden.

Entscheidung Nr. 253/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2003 über ein Aktionsprogramm für das Zollwesen der Gemeinschaft (Zoll 2007) (ABl. L 36 vom 12.2.2003, S. 1).

Entscheidung Nr. 624/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung eines Aktionsprogramms für das Zollwesen in der Gemeinschaft (Zoll 2013) (ABl. L 154 vom 14.6.2007, S. 25).

Posten 6 0 3 3 — Beteiligung Dritter an Tätigkeiten der Union — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	30 438 242,43

Erläuterungen

Etwaige Beteiligungen Dritter an Tätigkeiten der Union.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

KAPITEL 6 1 — ERSTATTUNG VERSCHIEDENER AUSGABEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
6 1	Erstattung verschiedener Ausgaben				
6 1 1	Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten verauslagt wurden				
6 1 1 3	Einnahmen aus der Anlage von Vermögenswerten gemäß Artikel 4 der Entscheidung 2003/76/EG — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	47 896 088,58	
6 1 1 4	Einnahmen aus Einziehungen im Rahmen des Forschungsprogramms des Forschungsfonds für Kohle und Stahl	p.m.	p.m.	0,—	
	<i>Artikel 6 1 1 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	47 896 088,58	
6 1 2	Erstattung von Beträgen, die bei der Ausführung von entgeltlichen Auftragsarbeiten verauslagt wurden — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	645,92	
6 1 4	Rückzahlung der finanziellen Unterstützung der Union bei Vorhaben und Maßnahmen, deren Ergebnisse kommerziell genutzt werden konnten				
6 1 4 3	Rückzahlung von Finanzhilfen, die zur Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit für kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
6 1 4 4	Rückzahlung des Beitrags der Union zu den aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds finanzierten Risikoteilungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.			
	<i>Artikel 6 1 4 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	0,—	
6 1 5	Rückzahlung nicht verwendeter Zuschüsse der Union				
6 1 5 0	Rückzahlung nicht verwendeter Zuschüsse des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei, des Kohäsionsfonds, des Solidaritätsfonds, des ISPA und des IPA	p.m.	p.m.	42 018 394,95	
6 1 5 1	Rückzahlung von im Interesse des Haushaltsausgleichs gezahlten, jedoch nicht in Anspruch genommenen Zuschüssen — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
6 1 5 2	Rückzahlung von nicht verwendeten Zinszuschüssen — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
6 1 5 3	Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen der vom Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	602 575,71	
6 1 5 7	Rückzahlung von Vorfinanzierungen im Rahmen der Strukturfonds, des Kohäsionsfonds und des Europäischen Fischereifonds	p.m.	p.m.	4 559 723,50	
6 1 5 8	Rückzahlung sonstiger nicht verwendeter Zuschüsse der Union — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	1 282 087,08	
	<i>Artikel 6 1 5 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	48 462 781,24	
6 1 6	Rückzahlung von Beträgen, die für Rechnung der Internationalen Atomenergiebehörde verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
6 1 7	Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen von Hilfen der Union an Drittländer gezahlt worden sind				
6 1 7 0	Rückzahlungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Südafrika — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	6 098 617,93	
	<i>Artikel 6 1 7 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	6 098 617,93	
6 1 8	Rückzahlung von im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe gezahlten Beträgen				
6 1 8 0	Rückzahlung der an Nahrungsmittellieferanten oder -empfänger zu viel gezahlten Beträge — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	110 579,80	

6 1 8 1	Erstattung der von den Nahrungsmittelhilfeempfängern verursachten zusätzlichen Kosten — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	19 836,54	
	<i>Artikel 6 1 8 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	130 416,34	
6 1 9	Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind				
6 1 9 1	Erstattung sonstiger Beträge, die gemäß der Entscheidung 77/270/Euratom des Rates für Rechnung Dritter verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	186 420,45	
	<i>Artikel 6 1 9 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	186 420,45	
	Kapitel 6 1 — Insgesamt	p.m.	p.m.	102 774 970,46	

Artikel 6 1 1 — Erstattung von Beträgen, die für Rechnung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten verauslagt wurden

Posten 6 1 1 3 — Einnahmen aus der Anlage von Vermögenswerten gemäß Artikel 4 der Entscheidung 2003/76/EG — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	47 896 088,58

Erläuterungen

Die Entscheidung 2003/76/EG des Rates sieht vor, dass die Kommission mit der Abwicklung der am Ende der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags noch laufenden Finanzoperationen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl beauftragt wird.

Gemäß Artikel 4 der Entscheidung 2003/76/EG gelten die Nettobeträge aus der Anlage von Vermögenswerten als Einnahmen des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union. Diese Einnahmen unterliegen einer Zweckbindung, d. h., sie sind für die Finanzierung der Forschungsprojekte in den mit der Kohle- und Stahlindustrie verbundenen Sektoren über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl bestimmt.

Die für die Finanzierung von Forschungsprojekten des Jahres n+2 verfügbaren Nettobeträge werden zunächst auf der Aktivseite der Bilanz der in Abwicklung befindlichen EGKS für das Jahr n und — nach erfolgter Abwicklung — bei den Aktiva des Forschungsfonds für Kohle und Stahl ausgewiesen. Dieser Finanzierungsmechanismus gilt seit 2003. Die Einnahmen des Jahres 2011 werden im Haushaltsjahr 2013 für die Forschung bereitgestellt. Um etwaige Schwankungen des Finanzierungsvolumens im Forschungsbereich infolge der Entwicklung der Finanzmärkte auf ein Mindestmaß zu reduzieren, wird eine Nivellierung vorgenommen. Die im Haushaltsjahr 2013 für Forschungszwecke verfügbaren Mittel werden mit 51 732 500 EUR (netto) veranschlagt.

Gemäß Artikel 4 der Entscheidung 2003/76/EG sind 72,8 % der Fondsmittel für den Stahlsektor und 27,2 % für den Kohlesektor bestimmt.

Gemäß Artikel 18 und Artikel 160 Absatz 1a der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Kapitel 08 23 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Entscheidung 2003/76/EG des Rates vom 1. Februar 2003 zur Festlegung der Bestimmungen für die Durchführung des Protokolls zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl (ABl. L 29 vom 5.2.2003, S. 22).

Posten 6 1 1 4 — Einnahmen aus Einziehungen im Rahmen des Forschungsprogramms des Forschungsfonds für Kohle und Stahl

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Die Entscheidung 2003/76/EG des Rates sieht vor, dass die Kommission mit der Abwicklung der am Ende der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags noch laufenden Finanzoperationen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl beauftragt wird.

Gemäß Artikel 4 Absatz 5 der Entscheidung 2003/76/EG fließen die Einziehungen zunächst dem Vermögen der EGKS in Abwicklung und nach erfolgter Abwicklung den Guthaben des Forschungsfonds für Kohle und Stahl zu.

Rechtsgrundlagen

Entscheidung 2003/76/EG des Rates vom 1. Februar 2003 zur Festlegung der Bestimmungen für die Durchführung des Protokolls zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft über die finanziellen Folgen des Ablaufs der Geltungsdauer des EGKS-Vertrags und über den Forschungsfonds für Kohle und Stahl (ABl. L 29 vom 5.2.2003, S. 22).

Artikel 6 1 2 — Erstattung von Beträgen, die bei der Ausführung von entgeltlichen Auftragsarbeiten verauslagt wurden — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	645,92

Erläuterungen

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden die etwaigen Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

Kommission	p.m.
Rat	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

Artikel 6 1 4 — Rückzahlung der finanziellen Unterstützung der Union bei Vorhaben und Maßnahmen, deren Ergebnisse kommerziell genutzt werden konnten

Posten 6 1 4 3 — Rückzahlung von Finanzhilfen, die zur Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit für kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Rückzahlung der gesamten oder eines Teils der finanziellen Unterstützung für kommerziell erfolgreiche Projekte, mit einer möglichen Beteiligung an den Erträgen aus Finanzhilfen, die kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen der Förderung einer europäischen Risikokapitaltätigkeit über die Instrumente „Venture Consort“ und „Eurotech Capital“ erhalten.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

Posten 6 1 4 4 — Rückzahlung des Beitrags der Union zu den aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds finanzierten Risikoteilungsinstrumenten — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.		

Erläuterungen

Neuer Posten

Wiedereinsetzung von Rückflüssen und Restbeträgen aus den Beiträgen, die die Union an die aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds finanzierten Risikoteilungsinstrumente abgeführt hat.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung gelten die etwaigen Einnahmen als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel eingesetzt.

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates hinsichtlich bestimmter Vorschriften zu Risikoteilungsinstrumenten für Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind (KOM(2011) 655 endg.).

Artikel 6 1 5 — Rückzahlung nicht verwendeter Zuschüsse der Union

Posten 6 1 5 0 — Rückzahlung nicht verwendeter Zuschüsse des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei, des Kohäsionsfonds, des Solidaritätsfonds, des ISPA und des IPA

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	42 018 394,95

Erläuterungen

Rückzahlung nicht verwendeter Zuschüsse des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei, des Kohäsionsfonds, des Solidaritätsfonds, des strukturalpolitischen Instruments zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) und des Instruments für Heranführungshilfe (IPA).

Diese Einnahmen werden gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Posten 6 1 5 1 — Rückzahlung von im Interesse des Haushaltsausgleichs gezahlten, jedoch nicht in Anspruch genommenen Zuschüssen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Posten 6 1 5 2 — Rückzahlung von nicht verwendeten Zinszuschüssen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Posten 6 1 5 3 — Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen der vom Organ geschlossenen Verträge nicht verwendet wurden — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	602 575,71

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Posten 6 1 5 7 — Rückzahlung von Vorfinanzierungen im Rahmen der Strukturfonds, des Kohäsionsfonds und des Europäischen Fischereifonds

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	4 559 723,50

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden die Rückzahlungen von Vorfinanzierungen im Rahmen der Strukturfonds (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung und Europäischer Sozialfonds), des Kohäsionsfonds und des Europäischen Fischereifonds eingesetzt.

Gemäß den Artikeln 18 und 157 der Haushaltsordnung werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den entsprechenden Haushaltslinien der Titel 04, 11 und 13 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt, sofern sie benötigt werden, um eine Kürzung der Beteiligung der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds an der betreffenden Intervention zu vermeiden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1164/94 vom 16. Mai 1994 zur Errichtung des Kohäsionsfonds (ABl. L 130 vom 25.5.1994, S. 1), insbesondere Artikel D von Anhang II.

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere Artikel 82 Absatz 2 und Kapitel II.

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

Posten 6 1 5 8 — Rückzahlung sonstiger nicht verwendeter Zuschüsse der Union — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	1 282 087,08

Erläuterungen

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Artikel 6 1 6 — Rückzahlung von Beträgen, die für Rechnung der Internationalen Atomenergiebehörde verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Rückzahlung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) der Beträge, die die Kommission für die von der IAEO im Rahmen der Verifizierungsabkommen durchgeführten Kontrollen vorgeschossen hat (siehe Artikel 32 05 01 und 32 05 02 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission“).

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden die etwaigen Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

Verweise

Übereinkommen zwischen dem Königreich Belgien, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Internationalen Atomenergie-Organisation in Ausführung von Artikel III Absätze 1 und 4 des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (ABl. L 51 vom 22.2.1978, S. 1), insbesondere Artikel 15 dieses Abkommens.

Dreiseitige Vereinbarungen zwischen der Gemeinschaft, dem Vereinigten Königreich und der IAEO.

Dreiseitige Vereinbarungen zwischen der Gemeinschaft, Frankreich und der IAEO.

Artikel 6 1 7 — Rückzahlung von Beträgen, die im Rahmen von Hilfen der Union an Drittländer gezahlt worden sind

Posten 6 1 7 0 — Rückzahlungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Südafrika — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	6 098 617,93

Erläuterungen

Rückzahlung von im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Südafrika zu viel gezahlten Beträgen durch Auftragnehmer bzw. Begünstigte.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel 21 06 02 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41).

Artikel 6 1 8 — Rückzahlung von im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe gezahlten Beträgen

Posten 6 1 8 0 — Rückzahlung der an Nahrungsmittellieferanten oder -empfänger zu viel gezahlten Beträge — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	110 579,80

Erläuterungen

Rückzahlungen nach Maßgabe der Bestimmungen in den Ausschreibungen oder in den finanziellen Bedingungen, die den Schreiben der Kommission mit den Kriterien für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Empfänger beigelegt sind.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden die etwaigen Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 über die humanitäre Hilfe (ABl. L 163 vom 2.7.1996, S. 1).

Posten 6 1 8 1 — Erstattung der von den Nahrungsmittelhilfeempfängern verursachten zusätzlichen Kosten — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	19 836,54

Erläuterungen

Erstattungen nach Maßgabe der Lieferbedingungen, die den Schreiben der Kommission mit den Kriterien für die Gewährung der Nahrungsmittelhilfe an die Empfänger beigelegt sind.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden die etwaigen Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1257/96 des Rates vom 20. Juni 1996 über die humanitäre Hilfe (ABl. L 163 vom 2.7.1996, S. 1).

Artikel 6 1 9 — Erstattung sonstiger Beträge, die für Rechnung Dritter verauslagt worden sind

Posten 6 1 9 1 — Erstattung sonstiger Beträge, die gemäß der Entscheidung 77/270/Euratom des Rates für Rechnung Dritter verauslagt worden sind — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	186 420,45

Erläuterungen

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Posten 22 02 05 01 und 19 06 04 01 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1085/2006 des Rates vom 17. Juli 2006 zur Schaffung eines Instruments für Heranführungshilfe (IPA) (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 82).

Verordnung (Euratom) Nr. 300/2007 des Rates vom 19. Februar 2007 zur Schaffung eines Instruments für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit (ABl. L 81 vom 22.3.2007, S. 1).

KAPITEL 6 2 — VERGÜTUNGEN FÜR ENTGELTLICHE LEISTUNGEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
6 2	Vergütungen für entgeltliche Leistungen				
6 2 0	Entgeltliche Lieferung von Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen (Artikel 6 Buchstabe b des Euratom-Vertrags) — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
6 2 2	Einnahmen aus Leistungen, die von der Gemeinsamen Forschungsstelle gegen Vergütung für Dritte erbracht werden				
6 2 2 1	Einnahmen aus dem Betrieb des HFR, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	9 094 616,65	
6 2 2 3	Sonstige Einnahmen aus von der Gemeinsamen Forschungsstelle gegen Vergütung für Dritte erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	8 974 726,67	
6 2 2 4	Einnahmen aus Lizenzen der Kommission für patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Union hervorgegangen sind — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	61 913,43	
6 2 2 5	Sonstige Einnahmen der Gemeinsamen Forschungsstelle — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
6 2 2 6	Einnahmen aus von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Wege des Wettbewerbs für andere Dienststellen der Kommission erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	54 982 731,42	
	<i>Artikel 6 2 2 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	73 113 988,17	
6 2 4	Einnahmen aus Lizenzen der Kommission auf patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Union (indirekte Maßnahmen) stammen — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
	Kapitel 6 2 — Insgesamt	p.m.	p.m.	73 113 988,17	

Artikel 6 2 0 — Entgeltliche Lieferung von Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen (Artikel 6 Buchstabe b des Euratom-Vertrags) — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Einnahmen aus der entgeltlichen Lieferung von Rohstoffen und spaltbarem Material an die Mitgliedstaaten zur Durchführung ihrer Forschungsprogramme.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden die etwaigen Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

Rechtsgrundlagen

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 6 Buchstabe b.

Artikel 6 2 2 — Einnahmen aus Leistungen, die von der Gemeinsamen Forschungsstelle gegen Vergütung für Dritte erbracht werden

Posten 6 2 2 1 — Einnahmen aus dem Betrieb des HFR, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	9 094 616,65

Erläuterungen

Einnahmen aus dem Betrieb des HFR (High-flux reactor) in der Forschungsanstalt Petten der Gemeinsamen Forschungsstelle.

Von Dritten abgeführte Beträge, die zur Deckung von Ausgaben verschiedener Art, die der Gemeinsamen Forschungsstelle für den Betrieb des HFR entstehen, bestimmt sind.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 10 01 05 und 10 04 04 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Abschluss früherer Programme

Die Einnahmen werden von Belgien, Deutschland, Frankreich und den Niederlanden bereitgestellt.

Posten 6 2 2 3 — Sonstige Einnahmen aus von der Gemeinsamen Forschungsstelle gegen Vergütung für Dritte erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel in den Ausgabenplan eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	8 974 726,67

Erläuterungen

Es handelt sich um Einnahmen, die von Personen, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen abgeführt werden, für die die Gemeinsame Forschungsstelle gegen Entgelt Forschungsarbeiten durchführt und/oder Dienstleistungen erbringt.

Gemäß Artikel 18 und Artikel 161 Absatz 2 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen bis zur Höhe der für jeden Dienstleistungsvertrag mit Dritten anfallenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 10 01 05, 10 02 01, 10 03 01, 10 04 01 und 10 04 02 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Posten 6 2 2 4 — Einnahmen aus Lizenzen der Kommission für patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Union hervorgegangen sind — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	61 913,43

Erläuterungen

Gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, und insbesondere Artikel 12, können die Mitgliedstaaten sowie Personen und Unternehmen gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung nichtausschließliche Lizenzen an den Patenten, vorläufig geschützten Rechten, Gebrauchsmustern oder Patentanmeldungen erhalten, deren Inhaberin die Europäische Atomgemeinschaft ist.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Kapiteln 10 02 und 10 03 sowie bei den Artikeln 10 01 05, 10 04 02 und 10 04 03 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft.

Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung von Kenntnissen im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. L 255 vom 20.9.1974, S. 1).

Posten 6 2 2 5 — Sonstige Einnahmen der Gemeinsamen Forschungsstelle — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Einnahmen aus Beiträgen, Schenkungen oder Vermächtnissen Dritter zugunsten verschiedener Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel 10 0105 sowie bei den Kapiteln 10 02, 10 03 und 10 04 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Posten 6 2 2 6 — Einnahmen aus von der Gemeinsamen Forschungsstelle im Wege des Wettbewerbs für andere Dienststellen der Kommission erbrachten Dienstleistungen, die als zusätzliche Mittel eingesetzt werden — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	54 982 731,42

Erläuterungen

Es handelt sich um Einnahmen aus Forschungsarbeiten und/oder Dienstleistungen, die die Gemeinsame Forschungsstelle für andere Dienststellen der Kommission ausführt bzw. erbringt, sowie um Einnahmen aus der Beteiligung an Maßnahmen der FTE-Rahmenprogramme.

Gemäß Artikel 18 und Artikel 161 Absatz 2 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen bis zur Höhe der für jeden Dienstleistungsvertrag anfallenden Ausgaben als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 10 01 05, 10 02 01, 10 03 01, 10 04 01 und 10 04 03 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Artikel 6 2 4 — Einnahmen aus Lizenzen der Kommission auf patentfähige oder nicht patentfähige Erfindungen, die aus der Forschungstätigkeit der Union (indirekte Maßnahmen) stammen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere Artikel 12, können die Mitgliedstaaten sowie Personen und Unternehmen gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung nichtausschließliche Lizenzen an den Patenten, vorläufig geschützten Rechten, Gebrauchsmustern oder Patentanmeldungen erhalten, deren Inhaberin die Europäische Atomgemeinschaft ist.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden die etwaigen Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

Rechtsgrundlagen

Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft.

Verordnung (EWG) Nr. 2380/74 des Rates vom 17. September 1974 über die Regelung für die Verbreitung von Kenntnissen im Rahmen der Forschungsprogramme der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ABl. L 255 vom 20.9.1974, S. 1).

KAPITEL 6 3 — BEITRÄGE IM RAHMEN SPEZIFISCHER ABKOMMEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
6 3	Beiträge im Rahmen spezifischer Abkommen				
6 3 0	Beiträge der Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone im Rahmen des Abkommens zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	218 105 387,00	
6 3 1	Beiträge im Rahmen des Schengen-Besitzstandes				
6 3 1 1	Beiträge zu den Verwaltungsausgaben im Rahmen des Übereinkommens mit Island und Norwegen — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	1 107 086,43	
6 3 1 2	Beiträge zur Entwicklung groß angelegter Informationssysteme im Rahmen des Übereinkommens mit Island, Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	2 554 519,92	
6 3 1 3	Sonstige Beiträge im Rahmen des Schengen-Besitzstandes (Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein) — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	15 186 000,00	
	<i>Artikel 6 3 1 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	18 847 606,35	
6 3 2	Beitrag des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu den gemeinsamen Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	67 847 000,00	
6 3 3	Beiträge zu bestimmten Außenhilfeprogrammen				
6 3 3 0	Beiträge der Mitgliedstaaten zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	37 268 915,03	
6 3 3 1	Beiträge von Drittländern zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
6 3 3 2	Beiträge von internationalen Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
	<i>Artikel 6 3 3 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	37 268 915,03	
	Kapitel 6 3 — Insgesamt	p.m.	p.m.	342 068 908,38	

Artikel 6 3 0 — Beiträge der Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone im Rahmen des Abkommens zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	218 105 387,00

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden die Beiträge der EFTA-Staaten erfasst, die gemäß Artikel 82 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sowie gemäß dem zugehörigen Protokoll 32 im Rahmen ihrer finanziellen Beteiligung an bestimmten Aktionen der Union zu leisten sind.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen finanziellen Beteiligung ist in der Zusammenfassung in einem Anhang zum Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ ausgewiesen.

Die Beiträge der EFTA-Staaten werden der Kommission gemäß den Artikeln 1 bis 3 des Protokolls Nr. 32 zum Abkommen zur Verfügung gestellt.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden die etwaigen Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingestellt, für die die Zweckbindung der betreffenden Einnahmen gilt.

Verweise

Abkommen zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3).

Artikel 6 3 1 — Beiträge im Rahmen des Schengen-Besitzstands

Posten 6 3 1 1 — Beiträge zu den Verwaltungsausgaben im Rahmen des Übereinkommens mit Island und Norwegen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	1 107 086,43

Erläuterungen

Beitrag zu den Verwaltungskosten aufgrund des Übereinkommens vom 18. Mai 1999 zwischen dem Rat der Europäischen Union sowie der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung der beiden letztgenannten Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 36), insbesondere Artikel 12.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden etwaige Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

Rat	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 1999/437/EG des Rates vom 17. Mai 1999 zum Erlass bestimmter Durchführungsvorschriften zu dem Übereinkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 31).

Posten 6 3 1 2 — Beiträge zur Entwicklung groß angelegter Informationssysteme im Rahmen des Übereinkommens mit Island, Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	2 554 519,92

Erläuterungen

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 18 02 04, 18 02 05, 18 02 11 und 18 03 11 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 1999/437/EG des Rates vom 17. Mai 1999 zum Erlass bestimmter Durchführungsvorschriften zu dem Übereinkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 31).

Beschluss 1999/439/EG des Rates vom 17. Mai 1999 über den Abschluss des Übereinkommens mit der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 35).

Verordnung (EG) Nr. 2725/2000 des Rates vom 11. Dezember 2000 über die Einrichtung von „Eurodac“ für den Vergleich von Fingerabdrücken zum Zwecke der effektiven Anwendung des Dubliner Übereinkommens (ABl. L 316 vom 15.12.2000, S. 1).

Beschluss 2001/258/EG des Rates vom 15. März 2001 über den Abschluss des Übereinkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Kriterien und Regelungen zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in Island oder Norwegen gestellten Asylantrags (ABl. L 93 vom 3.4.2001, S. 38), insbesondere Artikel 9 des Übereinkommens.

Beschluss 2001/886/JI des Rates vom 6. Dezember 2001 über die Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 328 vom 13.12.2001, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 2424/2001 des Rates vom 6. Dezember 2001 über die Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 328 vom 13.12.2001, S. 4).

Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist (ABl. L 50 vom 25.2.2003, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1560/2003 der Kommission vom 2. September 2003 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist (ABl. L 222 vom 5.9.2003, S. 3).

Entscheidung 2004/512/EG des Rates vom 8. Juni 2004 zur Einrichtung des Visa-Informationssystems (VIS) (ABl. L 213 vom 15.6.2004, S. 5).

Verordnung (EG) Nr. 1986/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Zugang von für die Ausstellung von Kfz-Zulassungsbescheinigungen zuständigen Dienststellen der Mitgliedstaaten zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 381 vom 28.12.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 381 vom 28.12.2006, S. 4).

Beschluss 2007/533/JI des Rates vom 12. Juni 2007 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 205 vom 7.8.2007, S. 63).

Beschluss 2008/146/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 1).

Beschluss 2008/147/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Kriterien und Regelungen zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 3).

Beschluss 2008/149/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 50).

Beschluss 2008/633/JI des Rates vom 23. Juni 2008 über den Zugang der benannten Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol zum Visa-Informationssystem (VIS) für Datenabfragen zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 129).

Verordnung (EG) Nr. 767/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über das Visa-Informationssystem (VIS) und den Datenaustausch zwischen Mitgliedstaaten über Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 60).

Verordnung (EG) Nr. 1104/2008 des Rates vom 24. Oktober 2008 über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 299 vom 8.11.2008, S. 1).

Beschluss 2008/839/JI des Rates vom 24. Oktober 2008 über die Migration vom Schengener Informationssystem (SIS 1+) zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (ABl. L 299 vom 8.11.2008, S. 43).

Beschluss 2011/349/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands, insbesondere in Bezug auf die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und die polizeiliche Zusammenarbeit (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 1).

Beschluss 2011/350/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands in Bezug auf die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen und den freien Personenverkehr (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 19).

Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (ABl. L 286 vom 1.11.2011, S. 1).

Posten 6 3 1 3 — Sonstige Beiträge im Rahmen des Schengen-Besitzstandes (Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein) — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	15 186 000,00

Erläuterungen

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden diese Einnahmen als zusätzliche Mittel bei den Artikeln 18 02 06, 18 02 07 und 18 03 14 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 1999/437/EG des Rates vom 17. Mai 1999 zum Erlass bestimmter Durchführungsvorschriften zu dem Übereinkommen zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 31-33).

Beschluss 1999/439/EG des Rates vom 17. Mai 1999 über den Abschluss des Übereinkommens mit der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Assoziierung dieser beiden Staaten bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 176 vom 10.7.1999, S. 35).

Beschluss 2001/258/EG des Rates vom 15. März 2001 über den Abschluss des Übereinkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Kriterien und Regelungen zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in Island oder Norwegen gestellten Asylantrags (ABl. L 93 vom 3.4.2001, S. 38), insbesondere Artikel 9 dieses Übereinkommens.

Entscheidung Nr. 574/2007/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 zur Einrichtung des Außengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 innerhalb des Generellen Programms Solidarität und Steuerung der Migrationsströme (ABl. L 144 vom 6.6.2007, S. 22).

Beschluss 2008/146/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 1).

Beschluss 2008/147/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Kriterien und Regelungen zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags, (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 3).

Beschluss 2008/149/EG des Rates vom 28. Januar 2008 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Gemeinschaft — des Abkommens zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (ABl. L 53 vom 27.2.2008, S. 50).

Verordnung (EU) Nr. 439/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (ABl. L 132 vom 29.5.2010, S. 11).

Beschluss 2011/305/EU des Rates vom 21. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Außengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 (ABl. L 137 vom 25.5.2011, S. 1).

Beschluss 2011/349/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands, insbesondere in Bezug auf die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und die polizeiliche Zusammenarbeit (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 1).

Beschluss 2011/350/EU des Rates vom 7. März 2011 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Protokolls zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands in Bezug auf die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen und den freien Personenverkehr (ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 19).

Verweise

Vorschlag für Beschlüsse des Rates über den Abschluss und die Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Beteiligung dieser Staaten an der Arbeit der Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands unterstützen (KOM(2009) 605 endg. und KOM(2009) 606 endg.).

Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands (KOM(2011) 559 endg.).

Artikel 6 3 2 — Beitrag des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu den gemeinsamen Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	67 847 000,00

Erläuterungen

Die Beiträge der Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zu den gemeinsamen Verwaltungs- und Unterstützungsausgaben werden gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel bei Posten 21 01 04 10 im Ausgabenplan des

Einzelplans III „Kommission“ verwendet.

Verweise

Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2008-2013 bereitgestellten Gemeinschaftshilfe im Rahmen des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von Finanzhilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des EG-Vertrags Anwendung findet (ABl. L 247 vom 9.9.2006, S. 32).

Artikel 6 3 3 — Beiträge zu bestimmten Außenhilfeprogrammen

Posten 6 3 3 0 — Beiträge der Mitgliedstaaten zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	37 268 915,03

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden die finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten, einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt eingesetzt.

Gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe aa der Haushaltsordnung werden alle Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

Posten 6 3 3 1 — Beiträge von Drittländern zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden die finanziellen Beiträge von Drittländern, einschließlich ihrer staatlichen und halbstaatlichen Einrichtungen, zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt eingesetzt.

Gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe aa der Haushaltsordnung werden alle Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

Posten 6 3 3 2 — Beiträge von internationalen Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden die finanziellen Beiträge internationaler Organisationen zu bestimmten von der Union finanzierten und in deren Namen von der Kommission verwalteten Außenhilfeprogrammen gemäß dem entsprechenden Basisrechtsakt eingesetzt.

Gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe aa der Haushaltsordnung werden alle Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der

Ausgaben eingesetzt, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

KAPITEL 6 5 — FINANZKORREKTUREN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
6 5	Finanzkorrekturen				
6 5 0	Finanzkorrekturen				
6 5 0 0	Finanzkorrekturen im Rahmen der Strukturfonds, des Kohäsionsfonds und des Europäischen Fischereifonds	p.m.	p.m.	85 083 943,54	
	Artikel 6 5 0 — Teilsomme	p.m.	p.m.	85 083 943,54	
	Kapitel 6 5 — Insgesamt	p.m.	p.m.	85 083 943,54	

Artikel 6 5 0 — Finanzkorrekturen

Posten 6 5 0 0 — Finanzkorrekturen im Rahmen der Strukturfonds, des Kohäsionsfonds und des Europäischen Fischereifonds

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	85 083 943,54

Erläuterungen

Dieser Posten dient der Einsetzung der Finanzkorrekturen, die im Rahmen der Strukturfonds (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung und Europäischer Sozialfonds), des Kohäsionsfonds und des Europäischen Fischereifonds vereinnahmt werden.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung können die bei diesem Posten veranschlagten Mittel als zusätzliche Mittel bei den entsprechenden Linien der Titel 04, 05, 11 und 13 in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt werden, sofern dies notwendig ist, um die Risiken in Bezug auf die Annullierung oder Kürzung zuvor beschlossener Finanzkorrekturen zu decken.

Gemäß Artikel 105 Absatz 1 der Verordnung Nr. 1083/2006 berührt diese Verordnung weder die Fortsetzung noch die Änderung, einschließlich der vollständigen oder teilweisen Aufhebung, einer durch die Strukturfonds kofinanzierten Intervention oder eines durch den Kohäsionsfonds kofinanzierten Projekts, die von der Kommission auf der Grundlage der Verordnungen (EWG) Nr. 2052/88, (EWG) Nr. 4253/88, (EG) Nr. 1164/94 und (EG) Nr. 1260/1999 sowie jeder sonstigen für diese Interventionen am 31. Dezember 2006 geltenden Rechtsvorschrift genehmigt worden sind und für die dementsprechend bis zu dem Abschluss der betreffenden Förderung oder Projekte die genannten Rechtsvorschriften gelten.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 24. Juni 1988 über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds und über die Koordinierung ihrer Interventionen untereinander sowie mit denen der Europäischen Investitionsbank und der anderen vorhandenen Finanzinstrumente (ABl. L 185 vom 15.7.1988, S. 9).

Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits (ABl. L 374 vom 31.12.1988, S. 1), insbesondere Artikel 24.

Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Änderung bzw. Aufhebung bestimmter Verordnungen (ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 80).

Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 1), insbesondere Artikel 39 Absatz 2.

Verordnung (EG) Nr. 1263/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 über das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (ABl. L 161 vom 26.6.1999, S. 54).

Verordnung (EG) Nr. 448/2001 der Kommission vom 2. März 2001 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 des Rates hinsichtlich des Verfahrens für die Vornahme von Finanzkorrekturen bei Strukturfondsinterventionen (ABl. L 64 vom 6.3.2001, S. 13).

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25).

Verordnung (EG) Nr. 1198/2006 des Rates vom 27. Juli 2006 über den Europäischen Fischereifonds (ABl. L 223 vom 15.8.2006, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 371 vom 27.12.2006, S. 1).

KAPITEL 6 6 — SONSTIGE BEITRÄGE UND ERSTATTUNGEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
6 6	Sonstige Beiträge und Erstattungen				
6 6 0	<i>Sonstige Beiträge und Erstattungen</i>				
6 6 0 0	Sonstige Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	451 438 669,18	
6 6 0 1	Sonstige nicht zweckgebundene Beiträge und Erstattungen	60 000 000	50 000 000	114 183 916,32	190,31 %
	<i>Artikel 6 6 0 — Teilsumme</i>	60 000 000	50 000 000	565 622 585,50	942,70 %
	Kapitel 6 6 — Insgesamt	60 000 000	50 000 000	565 622 585,50	942,70 %

Artikel 6 6 0 — Sonstige Beiträge und Erstattungen

Posten 6 6 0 0 — Sonstige Beiträge und Erstattungen — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	451 438 669,18

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung etwaige, in den übrigen Teilen von Titel 6 nicht vorgesehene Einnahmen als zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Ausgaben eingesetzt, denen diese Einnahmen zugewiesen sind.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	p.m.
Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	p.m.

Posten 6 6 0 1 — Sonstige nicht zweckgebundene Beiträge und Erstattungen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
60 000 000	50 000 000	114 183 916,32

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden etwaige, in den übrigen Teilen von Titel 6 nicht vorgesehene Einnahmen eingesetzt, die nicht gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung verwendet werden.

Parlament	p.m.
Kommission	60 000 000
Insgesamt	60 000 000

KAPITEL 6 7 — EINNAHMEN BETREFFEND DEN EUROPÄISCHEN GARANTIEFONDS FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT (EGFL) UND DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER)

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
6 7	Einnahmen betreffend den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)				
6 7 0	Einnahmen betreffend den EGFL				
6 7 0 1	Rechnungsabschluss EGFL — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	467 339 394,15	
6 7 0 2	Unregelmäßigkeiten EGFL — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	177 592 514,88	
6 7 0 3	Zusätzliche Abgabe der Milcherzeuger — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	21 894 709,96	
	<i>Artikel 6 7 0 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	666 826 618,99	
6 7 1	Einnahmen betreffend den ELER				
6 7 1 1	Rechnungsabschluss ELER — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	30 544 547,82	
6 7 1 2	Unregelmäßigkeiten ELER — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
	<i>Artikel 6 7 1 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	30 544 547,82	
	Kapitel 6 7 — Insgesamt	p.m.	p.m.	697 371 166,81	

Artikel 6 7 0 — Einnahmen betreffend den EGFL

Posten 6 7 0 1 — Rechnungsabschluss EGFL — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	467 339 394,15

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden Einnahmen im Zusammenhang mit Konformitätsentscheidungen eingesetzt, die im Rahmen der Rechnungsabschlüsse von unter Rubrik 1 der Finanziellen Vorausschau 2000-2006 aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, und aus dem EGFL finanzierten Ausgaben ergehen. Ferner werden bei diesem Posten Einnahmen eingesetzt, die infolge von Rechnungsabschlussentscheidungen als zweckgebundene Einnahmen in den Haushalt der Union einzustellen sind, mit Ausnahme von Einnahmen nach Artikel 32 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005.

Bei diesem Posten werden ferner Einnahmen im Zusammenhang mit Rechnungsabschluss-Konformitätsentscheidungen eingesetzt,

die unter der mit der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates eingerichteten und bis 30. September 2012 befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Gemeinschaft (Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie) anfallen. Ferner werden bei diesem Posten Beträge eingesetzt, die infolge von Rechnungsabschlusssentscheidungen in Verbindung mit dem Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie anfallen und als zweckgebundene Einnahmen in den Haushalt der Union einzustellen sind, mit Ausnahme von Einnahmen nach Artikel 16 und Artikel 32 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005.

Gemäß den Artikeln 18 und 154 der Haushaltsordnung werden alle Einnahmen bei diesem Posten als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des EGFL in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Die Einnahmen bei diesem Posten werden mit 400 000 000 EUR veranschlagt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2013 wurde dieser Betrag zur Finanzierung von Maßnahmen des Artikels 05 02 08 vorgesehen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 mit einer befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Europäischen Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 42).

Posten 6 7 0 2 — Unregelmäßigkeiten EGFL — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	177 592 514,88

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden Beträge eingesetzt, die infolge der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten oder Versäumnissen wieder eingezogen werden, einschließlich der auf diese Beträge fällig gewordenen Zinsen. Es handelt sich insbesondere um Beträge aus Unregelmäßigkeiten oder Betrugsfällen, um Zwangsgelder, Zinsen und verfallene Sicherheiten im Zusammenhang mit unter Rubrik 1 der Finanziellen Vorausschau 2000-2006 aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, und aus dem EGFL finanzierten Ausgaben. Bei diesem Posten werden auch die eingezogenen Nettobeträge eingesetzt, von denen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 32 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 20 % einbehalten können. Ferner werden bei diesem Posten wieder eingezogene Beträge eingesetzt, die sich aus Rechnungsabschlusssentscheidungen gemäß Artikel 32 Absatz 5 der vorgenannten Verordnung ergeben.

Bei diesem Posten werden ferner Beträge eingesetzt, die infolge von Unregelmäßigkeiten oder Irrtümern im Rahmen der mit der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 eingerichteten und bis 30. September 2012 befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Gemeinschaft (Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie) angefallen sind; dazu gehören auch Zwangsgelder, Zinsen und Sicherheiten. Bei diesem Posten werden auch die wieder eingezogenen Nettobeträge eingesetzt, von denen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 32 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 20 % einbehalten können. Ferner werden bei diesem Posten wieder eingezogene Beträge eingesetzt, die sich aus Rechnungsabschlusssentscheidungen gemäß Artikel 32 Absatz 5 der vorgenannten Verordnung ergeben.

Gemäß den Artikeln 18 und 154 der Haushaltsordnung werden alle Einnahmen bei diesem Posten als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des EGFL in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Die Einnahmen bei diesem Posten werden mit 166 000 000 EUR veranschlagt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2013 wurde dieser Betrag zur Finanzierung von Maßnahmen des Artikels 05 03 01 vorgesehen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom

11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 mit einer befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Europäischen Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 42).

Posten 6 7 0 3 — Zusätzliche Abgabe der Milcherzeuger — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	21 894 709,96

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden Beträge eingesetzt, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1788/2003 des Rates und Artikel 78 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates erhoben oder wieder eingezogen werden.

Gemäß den Artikeln 18 und 154 der Haushaltsordnung werden alle Einnahmen bei diesem Posten als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des EGFL in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Die Einnahmen bei diesem Posten werden mit 119 000 000 EUR veranschlagt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2013 wurde dieser Betrag zur Finanzierung von Maßnahmen des Artikels 05 03 01 vorgesehen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (ABl. L 299 vom 16.11.2007, S. 1).

Artikel 6 7 1 — Einnahmen betreffend den ELER

Posten 6 7 1 1 — Rechnungsabschluss ELER — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	30 544 547,82

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden Einnahmen im Zusammenhang mit Konformitätsentscheidungen eingesetzt, die im Rahmen der Rechnungsabschlüsse von aus dem ELER finanzierten Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums zugunsten des Unionshaushalts ergeben. Des Weiteren werden Einnahmenbeträge eingesetzt, die infolge von Rechnungsabschlusssentscheidungen als zweckgebundene Einnahmen in den Haushalt der Europäischen Union einzustellen sind. Bei diesem Posten werden außerdem Einnahmen aus der Rückzahlung von Vorfinanzierungen im Rahmen des ELER eingesetzt.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden die Einnahmen bei diesem Posten als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des ELER eingesetzt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2013 wurde bei Artikel 05 04 05 kein bestimmter Betrag vorgesehen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Posten 6 7 1 2 — Unregelmäßigkeiten ELER — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden Beträge eingesetzt, die infolge der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten oder Versäumnissen wieder eingezogen werden, einschließlich der auf diese Beträge fällig gewordenen Verzugszinsen. Es handelt sich insbesondere um Beträge aus Unregelmäßigkeiten oder Betrugsfällen, um Zwangsgelder, Zinsen und verfallene Sicherheiten im Zusammenhang mit Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums, die aus dem ELER finanziert wurden.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung werden die Einnahmen bei diesem Posten als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien des ELER eingesetzt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2013 wurde bei Artikel 05 04 05 kein bestimmter Betrag vorgesehen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

KAPITEL 6 8 — BEFRISTETE UMSTRUKTURIERUNGSBETRÄGE

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
6 8	Befristete Umstrukturierungsbeträge				
6 8 0	Befristete Umstrukturierungsbeträge — Zweckgebundene Einnahmen				
6 8 0 1	Befristete Umstrukturierungsbeträge — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
6 8 0 2	Unregelmäßigkeiten betreffend den befristeten Umstrukturierungsfonds — Zweckgebundene Einnahmen	—	p.m.	4 782,60	
6 8 0 3	Rechnungs- und Konformitätsabschluss in Bezug auf den befristeten Umstrukturierungsfonds — Zweckgebundene Einnahmen	—	p.m.	2 530,50	
	<i>Artikel 6 8 0 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	7 313,10	
	Kapitel 6 8 — Insgesamt	p.m.	p.m.	7 313,10	

Artikel 6 8 0 — Befristete Umstrukturierungsbeträge — Zweckgebundene Einnahmen

Posten 6 8 0 1 — Befristete Umstrukturierungsbeträge — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden die befristeten Umstrukturierungsbeträge eingesetzt, die gemäß Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 bei Unternehmen des Zuckersektors in der Europäischen Gemeinschaft erhoben werden.

Gemäß Artikel 18 der Haushaltsordnung wurden die bei diesem Posten eingehenden Einnahmen als zusätzliche Mittel bei Artikel 05 02 16 (Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie), aus dem die Umstrukturierungsbeihilfen und andere gemäß der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 gewährte Beihilfen finanziert werden, in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt.

Diese befristete Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Europäischen Gemeinschaft ist am 30. September 2012 ausgelaufen. Daher können für die befristete Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie keine weiteren Ausgaben anfallen und 2013 auch keine befristeten Umstrukturierungsbeträge mehr erhoben werden. Der Saldo des Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie ist gemäß Artikel 1 Absatz 3 Unterabsatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) zuzuweisen. Alle Haushaltslinien im Zusammenhang mit dem Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie wurden mit den entsprechenden Haushaltslinien des EGFL zusammengeführt. Die Haushaltslinie 6 8 0 1 wird vorläufig weitergeführt, um die Verwendung des Saldos des Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie sichtbar zu machen.

Der Saldo des Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie wird mit 647 800 000 EUR veranschlagt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2013 wurde dieser Betrag zur Finanzierung von Maßnahmen des Artikels 05 03 01 vorgesehen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 mit einer befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Europäischen Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 42).

Posten 6 8 0 2 — Unregelmäßigkeiten betreffend den befristeten Umstrukturierungsfonds — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
—	p.m.	4 782,60

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden Beträge eingesetzt, die infolge von Unregelmäßigkeiten oder Irrtümern eingezogen wurden, die bei Ausgaben im Rahmen des mit der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 eingerichteten befristeten Fonds für die Umstrukturierung der Zuckerindustrie in der Gemeinschaft aufgetreten sind; dazu gehören auch Zwangsgelder, Zinsen und verfallene Sicherheiten. Bei diesem Posten werden auch die wieder eingezogenen Nettobeträge eingesetzt, von denen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 32 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 20 % einbehalten können. Ferner werden bei diesem Posten wieder eingezogene Beträge eingesetzt, die sich aus Rechnungsabschlussbeschlüssen gemäß Artikel 32 Absatz 5 der vorgenannten Verordnung ergeben.

Gemäß den Artikeln 18 und 154 der Haushaltsordnung werden die Einnahmen bei diesem Posten als zusätzliche Mittel bei Artikel 05 02 16 (Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie) in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt, um Umstrukturierungsbeihilfen und andere in der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 vorgesehene Hilfsmaßnahmen zu finanzieren.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 des Rates vom 21. Juni 2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 mit einer befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 42).

Posten 6 8 0 3 — Rechnungs- und Konformitätsabschluss in Bezug auf den befristeten Umstrukturierungsfonds — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
—	p.m.	2 530,50

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden Einnahmen im Zusammenhang mit Konformitätsabschlusssentscheidungen eingesetzt, die in Bezug auf Ausgaben aus dem in der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 vorgesehenen befristeten Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie in der Gemeinschaft zugunsten des Haushalts der Europäischen Union entstehen. Ferner werden bei diesem Posten Beträge eingesetzt, die infolge von Rechnungsabschlusssentscheidungen in Verbindung mit dem Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie anfallen und als zweckgebundene Einnahmen in den Haushalt der Union einzustellen sind, mit Ausnahme von Einnahmen nach Artikel 16 und Artikel 32 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005.

Gemäß den Artikeln 18 und 154 der Haushaltsordnung werden die Einnahmen bei diesem Posten als zusätzliche Mittel bei Artikel 05 02 16 (Umstrukturierungsfonds für die Zuckerindustrie) in den Ausgabenplan des Einzelplans III „Kommission“ eingesetzt, um Umstrukturierungsbeihilfen und andere gemäß der Verordnung (EG) Nr. 320/2006 gewährte Beihilfen zu finanzieren.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 320/2006 des Rates vom 20. Februar 2006 mit einer befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der Europäischen Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik (ABl. L 58 vom 28.2.2006, S. 42).

TITEL 7 — VERZUGSZINSEN UND GELDBUSSEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
7 0	Verzugszinsen	23 000 000	23 000 000	364 164 839,40
7 1	Geldbussen	100 000 000	100 000 000	818 703 426,82
7 2	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen	p.m.	p.m.	0,—
Titel 7 — Insgesamt		123 000 000	123 000 000	1 182 868 266,22

KAPITEL 7 0 — VERZUGSZINSEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
7 0	Verzugszinsen				
7 0 0	Verzugszinsen				

7 0 0 0	Infolge verspäteter Gutschriften auf den Konten bei den Haushaltsverwaltungen der Mitgliedstaaten fällige Zinsen	5 000 000	5 000 000	311 679 410,22	6233,59 %
7 0 0 1	Sonstige Verzugszinsen	3 000 000	3 000 000	845 278,98	28,18 %
	<i>Artikel 7 0 0 — Teilsumme</i>	8 000 000	8 000 000	312 524 689,20	3906,56 %
7 0 1	Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen	15 000 000	15 000 000	51 640 150,20	344,27 %
	Kapitel 7 0 — Insgesamt	23 000 000	23 000 000	364 164 839,40	1583,33 %

Artikel 7 0 0 — Verzugszinsen

Posten 7 0 0 0 — Infolge verspäteter Gutschriften auf den Konten bei den Haushaltsverwaltungen der Mitgliedstaaten fällige Zinsen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
5 000 000	5 000 000	311 679 410,22

Erläuterungen

Bei verspäteter Gutschrift auf dem in Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 genannten Konto, das für die Kommission eingerichtet wurde, hat der betreffende Mitgliedstaat Zinsen zu zahlen.

Für die an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten gilt der in der C-Reihe des Amtsblatts der Europäischen Union veröffentlichte Satz, der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats von der Europäischen Zentralbank bei ihren Kapitalrefinanzierungen angewandt wird, zuzüglich zwei Prozentpunkten. Dieser Satz erhöht sich um 0,25 Prozentpunkte für jeden Verzugsmonat. Der erhöhte Satz wird auf den gesamten Verzugszeitraum angewendet.

Für die nicht an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten gilt der Satz, der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats von den Zentralbanken bei ihren Kapitalrefinanzierungen angewandt wird, zuzüglich zwei Prozentpunkten, oder für Mitgliedstaaten, für die der Zentralbanksatz nicht vorliegt, der am ersten Tag des Fälligkeitsmonats auf dem Geldmarkt des jeweiligen Mitgliedstaats angewandte Satz, der dem vorgenannten Satz am ehesten entspricht, zuzüglich zwei Prozentpunkten. Dieser Satz erhöht sich um 0,25 Prozentpunkte für jeden Verzugsmonat. Der erhöhte Satz wird auf den gesamten Verzugszeitraum angewendet.

Der Zinssatz wird auf alle in Artikel 10 Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 genannten Eigenmittelgutschriften angewandt.

Rat	p.m.
Kommission	5 000 000
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	5 000 000

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 2007/436/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften (ABl. L 130 vom 31.5.2000, S. 1).

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1), insbesondere Artikel 71 Absatz 4.

Posten 7 0 0 1 — Sonstige Verzugszinsen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
3 000 000	3 000 000	845 278,98

Erläuterungen

Bei diesem Posten werden Verzugszinsen aus anderen Forderungen als Eigenmittelforderungen eingesetzt.

Kommission	3 000 000
------------	-----------

Rechtsgrundlagen

Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (ABl. L 1 vom 3.1.1994, S. 3), insbesondere Artikel 2 Absatz 5 des Protokolls 32.

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1), insbesondere Artikel 71 Absatz 4.

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 357 vom 31.12.2002, S. 1), insbesondere Artikel 86.

Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 (ABl. L 210 vom 31.7.2006, S. 25), insbesondere Artikel 102.

Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und der Verordnung 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ABl. L 371 vom 27.12.2006, S. 1).

Artikel 7 0 1 — Verzugszinsen und sonstige Zinserträge aus Geldbußen*Zahlenangaben*

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
15 000 000	15 000 000	51 640 150,20

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Einstellung von auf Sonderkonten für Geldbußen auflaufenden Zinserträgen sowie von Verzugszinsen im Zusammenhang mit Geldbußen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1), insbesondere Artikel 71 Absatz 4.

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 357 vom 31.12.2002, S. 1), insbesondere Artikel 86.

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere Artikel 14 und 15.

KAPITEL 7 1 — GELDBUSSEN*Zahlenangaben*

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
7 1	Geldbussen				
7 1 0	Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen	100 000 000	100 000 000	815 703 426,82	815,70 %
7 1 1	Abgabe für Emissionsüberschreitungen bei neuen Personenkraftwagen	p.m.			

7 1 2	<i>Zwangsgelder und Pauschalbeträge, die den Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgen eines Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union zur Feststellung von Verstößen gegen Verpflichtungen aus dem Vertrag auferlegt werden</i>				
		p.m.	p.m.	3 000 000,00	
		Kapitel 7 1 — Insgesamt	100 000 000	100 000 000	818 703 426,82

Artikel 7 1 0 — Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
100 000 000	100 000 000	815 703 426,82

Erläuterungen

Die Kommission kann Unternehmen und Unternehmensvereinigungen Geldbußen, Zwangsgelder und Strafen auferlegen, wenn diese Verbote nicht beachten oder den Verpflichtungen, die ihnen aus den im Folgenden genannten Verordnungen oder den Artikeln 101 und 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erwachsen, nicht nachkommen.

In der Regel sind diese Geldbußen innerhalb von drei Monaten ab Mitteilung des Kommissionsbeschlusses zu entrichten. Die Kommission erhebt den Betrag jedoch nicht, wenn das Unternehmen Einspruch beim Gerichtshof eingelegt hat. Der Unternehmer muss berücksichtigen, dass nach dem Fälligkeitsdatum Zinsen für die Schuld anfallen. Er muss der Kommission zum Fälligkeitsdatum eine Bankgarantie über den Betrag der Geldbuße zuzüglich Zinsen und Zuschlägen vorlegen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates vom 25. Juni 2002 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission vom 23. Dezember 2002 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften (ABl. L 357 vom 31.12.2002, S. 1).

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1), insbesondere Artikel 14 und 15.

Artikel 7 1 1 — Abgabe für Emissionsüberschreitungen bei neuen Personenkraftwagen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.		

Erläuterungen

Neuer Artikel

Bei diesem Artikel werden die von der Kommission erhobenen Abgaben für Emissionsüberschreitungen eingesetzt.

Ziel der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 ist die Festsetzung von Emissionsnormen für in der Union zugelassene neue Personenkraftwagen, um auf diese Weise einen Beitrag zum Gesamtkonzept der Union zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen zu leisten und gleichzeitig das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes zu gewährleisten.

Übersteigen die durchschnittlichen spezifischen CO₂-Emissionen eines Herstellers im Kalenderjahr 2012 oder einem folgenden Kalenderjahr die Zielvorgabe für die spezifischen Emissionen des Herstellers in dem betreffenden Jahr, so erhebt die Kommission von ihm bzw., im Falle einer Emissionsgemeinschaft, vom Vertreter der Emissionsgemeinschaft eine Abgabe wegen Emissionsüberschreitung.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen im Rahmen des Gesamtkonzepts der Gemeinschaft zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 1), insbesondere Artikel 9.

Beschluss 2012/100/EU der Kommission vom 17. Februar 2012 über ein Verfahren für die Erhebung der Abgaben wegen Überschreitung der CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 47 vom 18.2.2012, S. 71).

Artikel 7 1 2 — Zwangsgelder und Pauschalbeträge, die den Mitgliedstaaten bei Nichtbefolgen eines Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union zur Feststellung von Verstößen gegen Verpflichtungen aus dem Vertrag auferlegt werden

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	3 000 000,00

Rechtsgrundlagen

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere Artikel 260 Absatz 2.

KAPITEL 7 2 — ZINSERTRÄGE AUS EINLAGEN UND GELDBUSSEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
7 2	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen				
7 2 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen				
7 2 0 0	Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit — Zweckgebundene Einnahmen	p.m.	p.m.	0,—	
	<i>Artikel 7 2 0 — Teilsumme</i>	p.m.	p.m.	0,—	
	Kapitel 7 2 — Insgesamt	p.m.	p.m.	0,—	

Artikel 7 2 0 — Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen

Posten 7 2 0 0 — Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit — Zweckgebundene Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Zinserträge aus Einlagen und Geldbußen infolge der Anwendung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit.

Diese Einnahmen gelten gemäß Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b der Haushaltsordnung als zweckgebunden und werden als zusätzliche Mittel bei den Haushaltslinien eingesetzt, zu deren Lasten die ursprüngliche Ausgabe, die zu den betreffenden Einnahmen geführt hat, getätigt worden ist.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit (ABl. L 209 vom 2.8.1997, S. 6), insbesondere Artikel 16.

TITEL 8 — ANLEIHEN UND DARLEHEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
8 0	Einnahmen in Verbindung mit der Garantie der Europäischen Union für die Anleihen und Darlehen in den Mitgliedstaaten	p.m.	p.m.	0,—
8 1	Von der Kommission gewährte Darlehen	p.m.	p.m.	0,—
8 2	Einnahmen in Verbindung mit der Garantie der Europäischen Union für die Anleihen und Darlehen zugunsten von Drittländern	p.m.	p.m.	0,—
8 3	Einnahmen in Verbindung mit der Garantie der Europäischen Union für Anleihen und Darlehen von Finanzinstitutionen in Drittländern	p.m.	p.m.	0,—
8 5	Einnahmen aus Beteiligungen der Garantieeinrichtungen	4 296 000	384 000	858 312,00
Titel 8 — Insgesamt		4 296 000	384 000	858 312,00

KAPITEL 8 0 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
8 0	Einnahmen in Verbindung mit der Garantie der Europäischen Union für die Anleihen und Darlehen in den Mitgliedstaaten				
8 0 0	Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zur Stützung der Zahlungsbilanzen	p.m.	p.m.	0,—	
8 0 1	Garantie der Europäischen Union für Euratom-Anleihen	p.m.	p.m.	0,—	
8 0 2	Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zum Zweck des finanziellen Beistands im Rahmen des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus	p.m.	p.m.	0,—	
Kapitel 8 0 — Insgesamt		p.m.	p.m.	0,—	

Artikel 8 0 0 — Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zur Stützung der Zahlungsbilanzen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Die Garantie der Union betrifft die auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstitutionen aufgenommenen Anleihen. Der Kapitalbetrag der Darlehen, die damit den Mitgliedstaaten gewährt werden können, ist auf 50 000 000 000 EUR begrenzt.

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie bei Posten 01 04 01 01 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission“, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist Anlage II „Teil II: Anleihe- und Darlehenstransaktionen“ des Einzelplans III zu entnehmen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 332/2002 des Rates vom 18. Februar 2002 zur Einführung einer Fazilität des mittelfristigen finanziellen

Beistands zur Stützung der Zahlungsbilanzen der Mitgliedstaaten (ABl. L 53 vom 23.2.2002, S. 1).

Entscheidung 2009/102/EG des Rates vom 4. November 2008 über einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Gemeinschaft für Ungarn (ABl. L 37 vom 6.2.2009, S. 5).

Entscheidung 2009/290/EG des Rates vom 20. Januar 2009 über einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Gemeinschaft für Lettland (ABl. L 79 vom 25.3.2009, S. 39).

Entscheidung 2009/459/EG des Rates vom 6. Mai 2009 über einen mittelfristigen finanziellen Beistand der Gemeinschaft für Rumänien (ABl. L 150 vom 13.6.2009, S. 8).

Beschluss 2011/288/EU des Rates vom 12. Mai 2011 über einen vorsorglichen mittelfristigen finanziellen Beistand der EU für Rumänien (ABl. L 132 vom 19.5.2011, S. 15).

Artikel 8 0 1 — Garantie der Europäischen Union für Euratom-Anleihen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie bei Posten 01 04 01 02 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission“, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist Anlage II „Teil II: Anleihe- und Darlehenstransaktionen“ des Einzelplans III zu entnehmen.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 77/270/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 88 vom 6.4.1977, S. 9).

Beschluss 77/271/Euratom des Rates vom 29. März 1977 zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 88 vom 6.4.1977, S. 11).

Beschluss 80/29/Euratom des Rates vom 20. Dezember 1979 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom zur Durchführung des Beschlusses 77/270/Euratom zur Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftanlagen Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 12 vom 17.1.1980, S. 28).

Beschluss 82/170/Euratom des Rates vom 15. März 1982 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Gesamtbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf ihren Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. L 78 vom 24.3.1982, S. 21).

Beschluss 85/537/Euratom des Rates vom 5. Dezember 1985 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom hinsichtlich des Gesamtbetrags der Euratom-Anleihen, welche die Kommission im Hinblick auf einen Beitrag für die Finanzierung von Kernkraftanlagen aufnehmen kann (ABl. L 334 vom 12.12.1985, S. 23).

Beschluss 90/212/Euratom des Rates vom 23. April 1990 zur Änderung des Beschlusses 77/271/Euratom über die Anwendung des Beschlusses 77/270/Euratom, mit dem die Kommission ermächtigt wird, Euratom-Anleihen als Beitrag zur Finanzierung von Kernkraftwerken aufzunehmen (ABl. L 112 vom 3.5.1990, S. 26).

Artikel 8 0 2 — Garantie der Europäischen Union für Anleihen der Union zum Zweck des finanziellen Beistands im Rahmen des europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Die Garantie der Union betrifft die auf den Kapitalmärkten oder bei Finanzinstituten aufgenommenen Anleihen. Der Betrag der ausstehenden Darlehen oder Kreditlinien, die Mitgliedstaaten gewährt werden, ist auf den in der Rechtsgrundlage vorgeschriebenen Höchstbetrag begrenzt.

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen, die bei der Ausübung von Rechten im Zusammenhang mit einer Garantie gemäß Posten 01 04 01 03 entstehen, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist Anhang B Teil II „Anleihe- und Darlehenstransaktionen“ des Einzelplans III „Kommission“ zu entnehmen.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) Nr. 407/2010 des Rates vom 11. Mai 2010 zur Einführung eines europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (ABl. L 118 vom 12.5.2010, S. 1).

Durchführungsbeschluss 2011/77/EU des Rates vom 7. Dezember 2010 über einen finanziellen Beistand der Union für Irland (ABl. L 030 vom 4.2.2011, S. 34).

Durchführungsbeschluss 2011/344/EU des Rates vom 30. Mai 2011 über einen finanziellen Beistand der Union für Portugal (ABl. L 159 vom 17.6.2011, S. 88).

Durchführungsbeschluss 2011/682/EU des Rates vom 11. Oktober 2011 zur Änderung des Durchführungsbeschluss 2011/77/EU über einen finanziellen Beistand der Union für Irland (ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 31).

Durchführungsbeschluss 2011/683/EU des Rates vom 11. Oktober 2011 zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2011/344/EU über einen finanziellen Beistand der Union für Portugal (ABl. L 269 vom 14.10.2011, S. 32).

KAPITEL 8 1 — VON DER KOMMISSION GEWÄHRTE DARLEHEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
8 1	Von der Kommission gewährte Darlehen				
8 1 0	<i>Rückfluss und Zinserlös bei im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Drittländern des Mittelmeerraums gewährten Sonderdarlehen und Risikokapital</i>	p.m.	p.m.	0,—	
8 1 3	<i>Rückfluss und Zinsertrag im Rahmen der Darlehen und des Risikokapitals, das die Kommission im Rahmen der Aktion „European Union Investment Partners“ in den Entwicklungsländern Lateinamerikas, Asiens und des Mittelmeerraums sowie in Südafrika gewährt</i>	p.m.	p.m.	0,—	
	Kapitel 8 1 — Insgesamt	p.m.	p.m.	0,—	

Artikel 8 1 0 — Rückfluss und Zinserlös bei im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit mit Drittländern des Mittelmeerraums gewährten Sonderdarlehen und Risikokapital

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Verbuchung der Kapitalrückzahlungen und Zinserträgen aus Sonderdarlehen und Risikokapitalbeträgen, die aus den Mitteln der Kapitel 22 02 und 19 08 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission“ an Drittländer des Mittelmeerraums vergeben wurden.

Hierzu gehören auch Kapitalrückzahlungen und Zinserträge aus Sonderdarlehen und Risikokapitalbeträgen, die an bestimmte Mitgliedstaaten des Mittelmeerraums vergeben wurden. Diese machen jedoch nur einen geringen Teil des Gesamtbetrags aus. Die Darlehen bzw. das Risikokapital wurde(n) zu einem Zeitpunkt vergeben, zu dem die Länder noch nicht Mitglied der Union waren.

Die tatsächlichen Einnahmen sind wegen der Zahlung der Zinsen für Sonderdarlehen, die noch im vorhergehenden Haushaltsjahr und im laufenden Haushaltsjahr ausgezahlt werden können, normalerweise höher als die Mittelansätze im Haushaltsplan. Die Zinsen für die Sonderdarlehen und das Risikokapital werden ab Auszahlung fällig; erstere sind halbjährlich, die zweiten in der Regel jährlich zahlbar.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 1).

Verweise

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, von der Kommission vorgelegt am 21. Mai 2008, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (KOM(2008) 308 endg.), insbesondere Artikel 23.

Artikel 8 1 3 — Rückfluss und Zinsertrag im Rahmen der Darlehen und des Risikokapitals, das die Kommission im Rahmen der Aktion „European Union Investment Partners“ in den Entwicklungsländern Lateinamerikas, Asiens und des Mittelmeerraums sowie in Südafrika gewährt

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Verbuchung der Kapitalrückzahlungen und Zinserträgen aus Darlehen und haftendem Kapital, die aus den Mitteln des Postens 19 08 01 01 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission“ (European Union Investment Partners) vergeben werden.

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1638/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 2006 zur Festlegung allgemeiner Bestimmungen zur Schaffung eines Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ABl. L 310 vom 9.11.2006, S. 1).

KAPITEL 8 2 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE ANLEIHEN UND DARLEHEN ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
8 2	Einnahmen in Verbindung mit der Garantie der Europäischen Union für die Anleihen und Darlehen zugunsten von Drittländern				
8 2 7	<i>Garantie der Europäischen Union für die Anleiheprogramme der Union zur Gewährung einer Finanzhilfe zugunsten von Drittländern</i>	p.m.	p.m.	0,—	
8 2 8	<i>Garantie für Euratom-Darlehen zur Finanzierung der Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit der Kernkraftanlagen in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</i>	p.m.	p.m.	0,—	
	Kapitel 8 2 — Insgesamt	p.m.	p.m.	0,—	

Artikel 8 2 7 — Garantie der Europäischen Union für die Anleiheprogramme der Union zur Gewährung einer Finanzhilfe zugunsten von Drittländern

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie bei Posten 01 04 01 04 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission“, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist Anlage II „Teil II: Anleihe- und Darlehenstransaktionen“ des Einzelplans III zu entnehmen.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 97/471/EG des Rates vom 22. Juli 1997 über eine Finanzhilfe für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (ABl. L 200 vom 29.7.1997, S. 59).

Beschluss 97/472/EG des Rates vom 22. Juli 1997 über eine Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. L 200 vom 29.7.1997, S. 61).

Beschluss 97/787/EG des Rates vom 17. November 1997 über eine Sonderfinanzhilfe für Armenien und Georgien (ABl. L 322 vom 25.11.1997, S. 37).

Beschluss 98/592/EG des Rates vom 15. Oktober 1998 über eine ergänzende Finanzhilfe für die Ukraine (ABl. L 284 vom 22.10.1998, S. 45).

Beschluss 1999/325/EG des Rates vom 10. Mai 1999 über eine Finanzhilfe für Bosnien und Herzegowina (ABl. L 123 vom 13.5.1999, S. 57).

Beschluss 1999/731/EG des Rates vom 8. November 1999 über eine weitere Finanzhilfe für Bulgarien (ABl. L 294 vom 16.11.1999, S. 27).

Beschluss 1999/732/EG des Rates vom 8. November 1999 über eine weitere Finanzhilfe für Rumänien (ABl. L 294 vom 16.11.1999, S. 29).

Beschluss 1999/733/EG des Rates vom 8. November 1999 über eine weitere Finanzhilfe für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (ABl. L 294 vom 16.11.1999, S. 31).

Beschluss 2000/244/EG des Rates vom 20. März 2000 zur Änderung des Beschlusses 97/787/EG des Rates über eine Sonderfinanzhilfe für Armenien und Georgien zwecks Einbeziehung von Tadschikistan (ABl. L 77 vom 28.3.2000, S. 11).

Beschluss 2001/549/EG des Rates vom 16. Juli 2001 über eine Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien (ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 38).

Beschluss 2002/639/EG des Rates vom 12. Juli 2002 über eine weitere Makro-Finanzhilfe für die Ukraine (ABl. L 209 vom 6.8.2002, S. 22).

Beschluss 2002/882/EG des Rates vom 5. November 2002 über eine weitere Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien (ABl. L 308 vom 9.11.2002, S. 25).

Beschluss 2002/883/EG des Rates vom 5. November 2002 über eine weitere Finanzhilfe für Bosnien und Herzegowina (ABl. L 308 vom 9.11.2002, S. 28).

Beschluss 2003/825/EG des Rates vom 25. November 2003 zur Änderung des Beschlusses 2002/882/EG über eine Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien hinsichtlich einer weiteren Finanzhilfe für Serbien und Montenegro (ABl. L 311 vom 27.11.2003, S. 28).

Beschluss 2004/580/EG des Rates vom 29. April 2004 über eine Finanzhilfe für Albanien und zur Aufhebung des Beschlusses 1999/282/EG (ABl. L 261 vom 6.8.2004, S. 116).

Beschluss 2007/860/EG des Rates vom 10. Dezember 2007 über eine Makrofinanzhilfe der Gemeinschaft für Libanon (ABl. L 337 vom 21.12.2007, S. 111).

Artikel 8 2 8 — Garantie für Euratom-Darlehen zur Finanzierung der Verbesserung des Wirkungsgrades und der Sicherheit der Kernkraftanlagen in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie bei Posten 01 04 01 05 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission“, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist Anlage II „Teil II: Anleihe- und Darlehenstransaktionen“ des Einzelplans III zu entnehmen.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 94/179/Euratom des Rates vom 21. März 1994 zur Änderung des Beschlusses 77/270/Euratom zwecks Ermächtigung der Kommission, im Hinblick auf einen Finanzbeitrag zur Verbesserung der Sicherheit und des Wirkungsgrads von Kernkraftanlagen in bestimmten Drittländern Euratom-Anleihen aufzunehmen (ABl. L 84 vom 29.3.1994, S. 41).

Zur Rechtsgrundlage der Euratom-Anleihen für Mitgliedstaaten siehe auch Erläuterungen zu Artikel 8 0 1.

KAPITEL 8 3 — EINNAHMEN IN VERBINDUNG MIT DER GARANTIE DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR ANLEIHEN UND DARLEHEN VON FINANZINSTITUTIONEN IN DRITTLÄNDERN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
8 3	Einnahmen in Verbindung mit der Garantie der Europäischen Union für Anleihen und Darlehen von Finanzinstitutionen in Drittländern				
8 3 5	Garantie der Europäischen Union für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer	p.m.	p.m.	0,—	
	Kapitel 8 3 — Insgesamt	p.m.	p.m.	0,—	

Artikel 8 3 5 — Garantie der Europäischen Union für Darlehen der Europäischen Investitionsbank an Drittländer

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
p.m.	p.m.	0,—

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Verbuchung etwaiger Einnahmen aus den Rechten bei Inanspruchnahme der Garantie bei Posten 01 04 01 06 des Ausgabenplans des Einzelplans III „Kommission“, sofern diese Einnahmen nicht von den Ausgaben abgezogen worden sind.

Eine Zusammenfassung der Anleihe- und Darlehenstransaktionen einschließlich des Schuldendienstes (Kapital und Zinsen) ist Anlage II „Teil II: Anleihe- und Darlehenstransaktionen“ des Einzelplans III zu entnehmen.

Rechtsgrundlagen

Beschluss des Rates vom 8. März 1977 (Mittelmeerprotokolle).

Verordnung (EWG) Nr. 1273/80 des Rates vom 23. Mai 1980 über den Abschluss des Interimsprotokolls zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien betreffend die vorzeitige Inkraftsetzung des Protokolls Nr. 2 des Kooperationsabkommens (ABl. L 130 vom 27.5.1980, S. 98).

Beschluss des Rates vom 19. Juli 1982 (zusätzliche Soforthilfe für den Wiederaufbau im Libanon).

Verordnung (EWG) Nr. 3180/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 22).

Verordnung (EWG) Nr. 3183/82 des Rates vom 22. November 1982 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 337 vom 29.11.1982, S. 43).

Beschluss des Rates vom 9. Oktober 1984 (Darlehen außerhalb des Protokolls mit Jugoslawien).

Beschluss 87/604/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des zweiten Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (ABl. L 389 vom 31.12.1987, S. 65).

Beschluss 88/33/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 25).

Beschluss 88/34/EWG des Rates vom 21. Dezember 1987 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 22 vom 27.1.1988, S. 33).

Beschluss 88/453/EWG des Rates vom 30. Juni 1988 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 224 vom 13.8.1988, S. 32).

Beschluss 90/62/EWG des Rates vom 12. Februar 1990 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen (ABl. L 42 vom 16.2.1990, S. 68).

Beschluss 91/252/EWG des Rates vom 14. Mai 1991 zur Ausdehnung des Beschlusses 90/62/EWG über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen auf solche in der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien (ABl. L 123 vom 18.5.1991, S. 44).

Beschluss 92/44/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Tunesischen Republik (ABl. L 18 vom 25.1.1992, S. 34).

Beschluss 92/207/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 21).

Beschluss 92/208/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 29).

Beschluss 92/209/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Libanesischen Republik (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 37).

Beschluss 92/210/EWG des Rates vom 16. März 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel (ABl. L 94 vom 8.4.1992, S. 45).

Verordnung (EWG) Nr. 1763/92 des Rates vom 29. Juni 1992 über die finanzielle Zusammenarbeit mit allen Drittländern im Mittelmeerraum (ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 5), aufgehoben durch die Verordnung (EG) Nr. 1488/96 (ABl. L 189 vom 30.7.1996, S. 1).

Beschluss 92/548/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Marokko (ABl. L 352 vom 2.12.1992, S. 13).

Beschluss 92/549/EWG des Rates vom 16. November 1992 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 352 vom 2.12.1992, S. 21).

Beschluss 93/115/EWG des Rates vom 15. Februar 1993 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in bestimmten Drittländern (ABl. L 45 vom 23.2.1993, S. 27).

Beschluss 93/166/EWG des Rates vom 15. März 1993 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Investitionsvorhaben in Estland, Lettland und Litauen (ABl. L 69 vom 20.3.1993, S. 42).

Beschluss 93/408/EWG des Rates vom 19. Juli 1993 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Slowenien (ABl. L 189 vom 29.7.1993, S. 152).

Beschluss 93/696/EG des Rates vom 13. Dezember 1993 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in den mittel- und osteuropäischen Ländern (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Albanien) (ABl. L 321 vom 23.12.1993, S. 27).

Beschluss 94/67/EG des Rates vom 24. Januar 1994 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Arabischen Republik Syrien (ABl. L 32 vom 5.2.1994, S. 44).

Beschluss 95/207/EG des Rates vom 1. Juni 1995 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Südafrika (ABl. L 131 vom 15.6.1995, S. 31).

Beschluss 95/485/EG des Rates vom 30. Oktober 1995 über den Abschluss des Protokolls über die finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Zypern (ABl. L 278 vom 21.11.1995, S. 22).

Beschluss 96/723/EG des Rates vom 12. Dezember 1996 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben von gemeinsamem Interesse in den Ländern Lateinamerikas und Asiens, mit denen die Gemeinschaft Kooperationsabkommen geschlossen hat (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay und Venezuela; Bangladesch, Brunei, China, Indien, Indonesien, Macao, Malaysia, Pakistan, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Thailand und Vietnam) (ABl. L 329 vom 19.12.1996, S. 45).

Beschluss 97/256/EG des Rates vom 14. April 1997 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank (EIB) aus Darlehen für Vorhaben in Drittländern (mittel- und osteuropäische Länder, Mittelmeerländer, Länder Lateinamerikas und Asiens, Südafrika, ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Bosnien-Herzegowina) (ABl. L 102 vom 19.4.1997, S. 33).

Beschluss 98/348/EG des Rates vom 19. Mai 1998 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und zur Änderung des Beschlusses 97/256/EG über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Drittländern (mittel- und osteuropäische Länder, Mittelmeerländer, Länder Lateinamerikas und Asiens, Südafrika) (ABl. L 155 vom 29.5.1998, S. 53).

Beschluss 98/729/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 zur Änderung des Beschlusses 97/256/EG zwecks Ausdehnung der Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für Vorhaben in Bosnien-Herzegowina (ABl. L 346 vom 22.12.1998, S. 54).

Beschluss 1999/786/EG des Rates vom 29. November 1999 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank (EIB) aus Darlehen für Vorhaben zum Wiederaufbau der erdbebengeschädigten Gebiete der Türkei (ABl. L 308 vom 3.12.1999, S. 35).

Beschluss 2000/24/EG des Rates vom 22. Dezember 1999 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank (EIB) aus Darlehen für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (Mittel- und Osteuropa, Mittelmeerländer, Lateinamerika und Asien sowie Republik Südafrika) (ABl. L 9 vom 13.1.2000, S. 24), geändert durch den Beschluss 2006/174/EG (ABl. L 9 vom 13.1.2000, S. 24).

Beschluss 2000/688/EG des Rates vom 7. November 2000 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG im Hinblick auf die Ausdehnung der Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank auf Darlehen für Vorhaben in Kroatien (ABl. L 285 vom 10.11.2000, S. 20).

Beschluss 2000/788/EG des Rates vom 4. Dezember 2000 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG zwecks Einrichtung eines Sonderaktionsprogramms der Europäischen Investitionsbank zur Konsolidierung und Intensivierung der Zollunion EG-Türkei (ABl. L 314 vom 14.12.2000, S. 27).

Beschluss 2001/777/EG des Rates vom 6. November 2001 über eine Garantie der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus einer Darlehenssonderaktion für ausgewählte Umweltprojekte im russischen Ostseebecken im Rahmen der Nördlichen Dimension (ABl. L 292 vom 9.11.2001, S. 41).

Beschluss 2001/778/EG des Rates vom 6. November 2001 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG zwecks Ausdehnung der Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank auf Darlehen für Vorhaben in der

Bundesrepublik Jugoslawien (ABl. L 292 vom 9.11.2001, S. 43).

Beschluss 2005/47/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union und die Europäische Nachbarschaftspolitik (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 9).

Beschluss 2005/48/EG des Rates vom 22. Dezember 2004 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen für bestimmte Vorhaben in Russland, der Ukraine, der Republik Moldau und Belarus (ABl. L 21 vom 25.1.2005, S. 11).

Beschluss 2006/174/EG des Rates vom 27. Februar 2006 zur Änderung des Beschlusses 2000/24/EG, damit die Malediven nach der Flutwelle im Indischen Ozean von Dezember 2004 in die Liste der Länder aufgenommen werden, für die der genannte Beschluss gilt (ABl. L 62 vom 3.3.2006, S. 26).

Beschluss 2006/1016/EG des Rates vom 19. Dezember 2006 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (ABl. L 414 vom 30.12.2006, S. 95).

Beschluss Nr. 633/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über eine Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der (ABl. L 190 vom 22.7.2009, S. 1).

Beschluss Nr. 1080/2011/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über eine Garantieleistung der Europäischen Union für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Union (ABl. L 280 vom 27.10.2011, S. 1).

KAPITEL 8 5 — EINNAHMEN AUS BETEILIGUNGEN DER GARANTIEEINRICHTUNGEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
8 5 8 5 0	Einnahmen aus Beteiligungen der Garantieeinrichtungen <i>Vom Europäischen Investitionsfonds ausgeschüttete Dividenden</i>	4 296 000	384 000	858 312,00	19,98 %
	Kapitel 8 5 — Insgesamt	4 296 000	384 000	858 312,00	19,98 %

Artikel 8 5 0 — Vom Europäischen Investitionsfonds ausgeschüttete Dividenden

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
4 296 000	384 000	858 312,00

Erläuterungen

Dieser Artikel dient der Verbuchung von Dividenden, die der Europäische Investitionsfonds gegebenenfalls für diese Beteiligung ausschüttet.

Rechtsgrundlagen

Beschluss 94/375/EG des Rates vom 6. Juni 1994 über die Mitgliedschaft der Gemeinschaft im Europäischen Investitionsfonds (ABl. L 173 vom 7.7.1994, S. 12).

Beschluss 2007/247/EG des Rates vom 19. April 2007 über die Beteiligung der Gemeinschaft an der Aufstockung des Kapitals des europäischen Investitionsfonds (ABl. L 107 vom 25.4.2007, S. 5).

TITEL 9 — SONSTIGE EINNAHMEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
9 0	Sonstige Einnahmen	30 200 000	30 200 000	33 793 060,00
	Titel 9 — Insgesamt	30 200 000	30 200 000	33 793 060,00

KAPITEL 9 0 — SONSTIGE EINNAHMEN

Zahlenangaben

Titel Kapitel Artikel Posten	Bezeichnung	Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011	2011/2013
9 0	Sonstige Einnahmen				
9 0 0	Sonstige Einnahmen	30 200 000	30 200 000	33 793 060,00	111,90 %
	Kapitel 9 0 — Insgesamt	30 200 000	30 200 000	33 793 060,00	111,90 %

Artikel 9 0 0 — Sonstige Einnahmen

Zahlenangaben

Haushaltsplan 2013	Haushaltsplan 2012	Ausführung 2011
30 200 000	30 200 000	33 793 060,00

Erläuterungen

Bei diesem Artikel werden die sonstigen Einnahmen verbucht.

Parlament	p.m.
Rat	p.m.
Kommission	30 000 000
Gerichtshof der Europäischen Union	p.m.
Rechnungshof	200 000
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	p.m.
Ausschuss der Regionen	p.m.
Europäischer Bürgerbeauftragter	p.m.
Europäischer Datenschutzbeauftragter	p.m.
Europäischer Auswärtiger Dienst	p.m.
Insgesamt	30 200 000

TEIL C. STELLENPLAN

3. C. Stellenplan

3.1. PARTC-0 — Genehmigter Personalbestand

Genehmigter Personalbestand				
Organe	2013		2012	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
Europäisches Parlament	5 567	1 146	5 540	1 144

Europäischer Rat und Rat	3 117	36	3 117	36
Europäische Kommission:	24 502	442	24 617	448
— Verwaltung	18 906	364	18 926	364
— Forschung und technologische Entwicklung	3 773		3 827	
— Amt für Veröffentlichungen	669		672	
— Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung	303	75	303	81
— Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO)	122	3	122	3
— Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche	182		188	
— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Brüssel	403		426	
— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Luxemburg	144		153	
Gerichtshof der Europäischen Union	1 599	416	1 547	405
Rechnungshof	752	139	752	135
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	699	35	689	35
Ausschuss der Regionen	494	43	488	43
Europäischer Bürgerbeauftragter	27	40	22	44
Europäischer Datenschutzbeauftragter	45		43	
Europäischer Auswärtiger Dienst	1 670	0	1 667	3
Insgesamt	38 472	2 294	38 482	2 293

Genehmigter Personalbestand

Von der Union geschaffene Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit	2013		2012	
	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit	Dauerplanstellen	Planstellen auf Zeit
Dezentrale Agenturen	707	5 192	711	4 968
Europäische gemeinsame Unternehmen	62	319	62	320
Europäisches Innovations- und Technologieinstitut		34		28
Exekutivagenturen		425		413
Insgesamt	769	5 970	773	5 729

TEIL D. IMMOBILIENBESTAND

4. TEIL D. Immobilienbestand

Institutionen		Angemietete Immobilien		Erworbene Immobilien
		Mittel 2013 ¹⁵	Mittel 2012 ¹⁶	
Einzelplan I	Parlament	49 173 000	60 041 999	1 219 461 360 ¹⁷
Einzelplan II	Europäischer Rat und Rat	9 153 000 ¹⁸	8 785 000 ¹⁹	421 942 118 ²⁰
Einzelplan III	Kommission ²¹			1 665 153 626,40 ²²
	— Sitze (Brüssel und Luxemburg)	243 683 000	248 302 000	1 537 700 758,83

15 Diese Mittel entsprechen der Summe der Beträge, die unter den Posten 2 0 0 0 (Mieten), 2 0 0 1 (Erbpachtzahlungen) und 2 0 0 3 (Erwerb von Immobilien) eingesetzt sind.

16 Diese Mittel entsprechen der Summe der Beträge, die unter den Posten 2 0 0 0 (Mieten), 2 0 0 1 (Erbpachtzahlungen) und 2 0 0 3 (Erwerb von Immobilien) eingesetzt sind.

17 Nettobuchwert zum Zeitpunkt des am 31. Dezember 2008 aufgestellten Jahresabschlusses.

18 Diese Mittel entsprechen der Summe der Beträge, die unter den Posten 2 0 0 0 und 3 1 0 0 (Mieten) eingesetzt sind.

19 Diese Mittel entsprechen der Summe der Beträge, die unter den Posten 2 0 0 0 und 3 1 0 0 (Mieten) eingesetzt sind.

20 Nettobuchwert zum Zeitpunkt des am 31. Dezember 2008 aufgestellten Jahresabschlusses.

21 Einschließlich des Beitrags der Kommission für die Delegationen der Union sowie für die Kosten der Verwaltungsinfrastruktur für die Forschungspolitik.

22 Endgültige Beträge wie in den Jahresabschlüssen 2011 veröffentlicht.

	— Büros in der Union	12 685 000	12 537 000	37 472 675,64
	— Lebensmittel- und Veterinäramt	2 385 000	2 385 000	21 840 638,63
	— Delegationen der Union ²³	31 450 000	31 642 000	-
	— Gemeinsame Forschungsstelle	—	—	68 139 553,30
	— Amt für Veröffentlichungen	7 445 000	7 336 000	—
	— Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung	4 790 000	4 638 000	—
	— Europäisches Amt für Personalauswahl	2 721 000	2 486 000	—
	— Amt für die Feststellung und Abwicklung individueller Ansprüche	3 480 000	3 415 000	—
	— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Brüssel	5 433 000	5 332 000	—
	— Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Luxemburg	2 690 000	2 729 000	—
Einzelplan IV	Gerichtshof der Europäischen Union	45 180 000	42 128 000	354 574 038,22 ²⁴
Einzelplan V	Rechnungshof	4 195 000	3 942 000	36 057 853,04
Einzelplan VI	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	13 145 527	12 910 167	130 582 862 ²⁵
Einzelplan VII	Ausschuss der Regionen	9 569 296	9 260 838	89 570 342 ²⁶
Einzelplan VIII	Europäischer Bürgerbeauftragter	479 200	488 000	—
Einzelplan IX	Europäischer Datenschutzbeauftragter	728 067	586 437	—
Einzelplan X	Europäischer Auswärtiger Dienst ²⁷			59 307 691,05 ²⁸
	— Sitz (Brüssel)	6 616 000	5 901 000	
	— Delegationen der Union	55 679 000	53 655 000	
	Insgesamt	510 680 090	519 152 441	3 976 649 890,71

Organe	Standort	Erwerbsjahr	Beträge	
			Zwischensumme	Summe
Parlament	<i>Brüssel</i>			774 458 111
	Grundstück		118 147 754	
	Paul-Henri Spaak (D1)	1998	45 010 408	
	Paul-Henri Spaak (D2)	1998	20 824 433	
	Altiero Spinelli (D3)	1998	288 356 087	
	WIB (D4)	2007	83 989 722	
	JAN (D5)	2008	119 636 914	
	Atrium	1999	22 245 830	
	Atrium II	2004	7 402 088	
	Montoyer 75	2006	20 466 161	
	Trier I	2011	12 000 000	
	Eastman	2008	16 218 333	
	Kathedrale	2005	1 845 894	
	Wayenberg (Marie Haps)	2003	5 734 319	
	Remard	2010	12 580 167	
	Straßburg (Louise Weiss)	1998		233 606 190
	Straßburg (WIC, SDM, IPE III)	2006		113 068 752
	Luxemburg (KAD)	2003		40 870 667
	<i>Luxembourg</i> (KAD Z)	2010		1 688 452
	Jean-Monnet-Gebäude (Bazoches)	1982		0

23 Beiträge der Kommission für die Delegationen der Union.

24In den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 eingetragener Nettobuchwert für die Nebengebäude „A“, „B“ und „C“ und für den Gebäudekomplex des neuen Justizpalastes (renovierter alter Justizpalast, Ringgebäude, 2 Türme und verbindende Galerie), die Gegenstand von Mietkaufverträgen sind.

25 Erbpachtvertrag mit Kaufoption. Der Nettobetrag ist im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 ausgewiesen.

26 Erbpachtvertrag mit Kaufoption. Der Nettobetrag ist im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 ausgewiesen.

27 Stand zum 31. Dezember 2011. Die Gebäude der Delegationen der Union sind am 1. Januar 2011 auf den Europäischen Auswärtigen Dienst übertragen worden.

28Stand zum 31. Dezember 2011. Die Gebäude der Delegationen der Union sind am 1. Januar 2011 auf den Europäischen Auswärtigen Dienst übertragen worden.

	<i>Lissabon</i>	1986		499 860
	<i>Athen</i>	1991		4 124 139
	<i>Kopenhagen</i>	2005		3 801 404
	<i>Den Haag</i>	2006		4 679 484
	<i>Valletta</i>	2006		2 170 474
	<i>Nikosia</i>	2006		2 732 651
	<i>Wien</i>	2008		22 101 300
	<i>London</i>	2008		12 285 982
	<i>Budapest</i>	2010		3 373 894
Europäischer Rat und Rat	<i>Brüssel</i>			421 942 118
	Grundstück		67 525 000	
	Justus Lipsius	1995	161 313 281	
	Kinderkrippe	2006	12 774 286	
	Lex	2007	180 329 551	
Kommission ²⁹	<i>Brüssel</i>			1 445 735 922,16
	Overijse	1997	1 044 426,11	
	Loi 130	1987	52 554 255,39	
	Breydel	1989	14 601 291,10	
	Haren	1993	6 701 877,90	
	Clovis	1995	10 102 684,09	
	Cours Saint-Michel 1	1997	17 592 413,24	
	Belliard 232 ³⁰	1997	19 512 150,28	
	Demot 24 ³¹	1997	30 190 649,05	
	Breydel II	1997	36 544 598,47	
	Beaulieu 29/31/33	1998	35 393 301,35	
	Charlemagne	1997	111 530 627,36	
	Demot 28 ³²	1999	24 026 069,33	
	Joseph II 99 ³³	1998	17 012 317,82	
	Loi 86	1998	27 025 607,05	
	Luxembourg 46 ³⁴	1999	35 812 391,14	
	Montoyer 59 ³⁵	1998	17 925 119,58	
	Froissart 101 ³⁶	2000	18 904 960,71	
	VM 18 ³⁷	2000	17 289 096,53	
	Joseph II 70 ³⁸	2000	38 705 035,19	
	Loi 41 ³⁹	2000	64 083 042,16	
	SC 11 ⁴⁰	2000	20 022 737,90	
	Joseph II 30 ⁴¹	2000	34 160 332,89	
	Joseph II 54 ⁴²	2001	41 758 157,54	

29 Endgültige Beträge wie in den Jahresabschlüssen 2011 veröffentlicht.

30 Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

31 Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

32 Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

33 Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

34 Erbpachtvertrag mit Kaufoption (vormals Marie de Bourgogne).

35 Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

36 Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

37 Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

38 Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

39 Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

40 Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

41 Erbpachtvertrag mit Kaufoption (teilweise benutzt vom OLAF).

	Joseph II 79 ⁴³	2002	39 534 416,43	
	VM2 ⁴⁴	2001	38 669 633,94	
	Palmerston	2002	6 980 898,18	
	SPA 3 ⁴⁵	2003	27 964 405,00	
	Berlaymont ⁴⁶	2004	405 723 400,79	
	Konferenzzentrum Albert Borschette ⁴⁷	2005	43 293 968,32	
	BU-25	2006	50 576 551,70	
	Cornet-Leman	2006	21 097 831,26	
	Madou	2006	115 151 674,36	
	WALI	2009	4 250 000,00	
	<i>Luxemburg</i>			91 964 836,67
	Euroforum ⁴⁸	2004	84 439 170,00	
	Gebäude Foyer Europeen	2009	7 525 666,67	
	<i>Büros in der Union</i>			37 472 675,64
	Lissabon	1986	-	
		1993	365 369,94	
	Marseille	1991	71 846,62	
		1993	19 436,10	
	Mailand	1986	-	
	Kopenhagen	2005	3 793 357,35	
	Valletta	2006	2 251 661,68	
	Nikosia (Byron)	2006	2 732 651,01	
	Den Haag	2006	4 652 665,00	
	London	2008	18 521 671,84	
	Budapest	2010	5 064 016,10	
	<i>Gemeinsame Forschungsstelle</i>			68 139 553,30
	Ispra		40 698 765,52	
	Geel		17 545 328,26	
	Karlsruhe		1 945 216,28	
	Petten		7 950 243,24	
	<i>Lebensmittel- und Veterinäramt</i>			21 840 638,63
	Grange (Irland) ⁴⁹	2002	21 840 638,63	
	Kommission insgesamt			1 665 153 626,40
Gerichtshof der Europäischen Union	<i>Luxemburg</i>			354 574 038,22
	Nebengebäude A — Erasmus, Nebengebäude B — Thomas More und Nebengebäude C	1994	31 064 561,69	
	Gebäudekomplex des neuen Justizpalastes (renovierter alter Justizpalast, 2 Türme und verbindende Galerie)	2008	323 509 476,53	
Rechnungshof	<i>Luxemburg</i>			36 057 853,04
	Grundstück	1990	776 630,00	
	Luxemburg (K1)	1990	10 217 402,47	
	Luxemburg (K2)	2004	19 494 897,93	
	Luxemburg (K3)	2009	5 568 922,64	

42Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

43Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

44Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

45Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

46Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

47Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

48Erbpachtvertrag mit Kaufoption.

49Miete/Kauf.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss	<i>Brüssel</i>			130 582 862
	Montoyer 92-102	2001	31 623 145	
	Belliard 99-101	2001	77 170 978	
	Belliard 68-72	2004	9 119 580	
	Trèves 74	2005	8 042 131	
	Belliard 93	2005	4 627 028	
Ausschuss der Regionen	<i>Brüssel</i>			89 570 342
	Montoyer	2001	16 634 179	
	Belliard 101-103	2001	40 720 622	
	Belliard 68	2004	14 488 532	
	Trèves 74	2004	12 835 044	
	Belliard 93	2005	4 891 965	
Europäischer Auswärtiger Dienst ⁵⁰	— <i>Delegationen der Union</i> ⁵¹			59 307 69,05 ⁵²
	Buenos Aires (Argentinien)	1992	419 669,68	
	Canberra (Australien)	1983	—	
		1990	449 874,26	
	Cotonou (Benin)	1992	150 125,39	
	Gaborone (Botsuana)	1982	—	
		1985	-	
		1986	131,40	
		1987	5 308,28	
	Brasília (Brasilien)	1994	295 626,83	
	Ouagadougou (Burkina Faso)	1984	-	
		1997	1 193 091,32	
	Bujumbura (Burundi)	1982	—	
		1986	12 380,75	
	Phnom Penh (Kambodscha)	2005	580 319,88	
	Ottawa (Kanada)	1977	—	
	Praia (Kap Verde)	1981	—	
	Bangui (Zentralafrikanische Republik)	1983	—	
	N'Djamena (Tschad)	1991	15 954,34	
		2009	361 840,50	
	Beijing (China)	1995	2 513 727,80	
	Moroni (Komoren)	1988	11 750,04	
	Brazzaville (Kongo)	1994	122 816,16	
	San José (Costa Rica)	1995	318 246,16	
	Abidjan (Elfenbeinküste)	1993	142 065,32	
		1994	187 327,97	
	Malabo (Äquatorialguinea)	1986	6 090,77	
	Paris (Frankreich)	1990	1 455 857,68	
		1991	69 230,12	
	Libreville (Gabun)	1996	253 943,96	
	Banjul (Gambia)	1989	20 753,72	
	Bissau (Guinea-Bissau)	1995	251 329,45	
	Tokio (Japan)	2006	34 008 178,59	
	Nairobi (Kenia)	2005	641 653,07	
	Maseru (Lesotho)	1985	-	
		1990	113 420,51	
		1991	199 528,91	

⁵⁰Die Gebäude der Delegationen der Union sind am 1. Januar 2011 auf den Europäischen Auswärtigen Dienst übertragen worden.

⁵¹ Zu den Immobilien der Außendienststellen gehören 30 Büros, 28 Unterkünfte für Delegationsleiter, 25 Unterkünfte für Beamte, 1 Parkplatz und 2 Grundstücke.

⁵²Stand zum 31. Dezember 2011. Die Gebäude der Delegationen der Union sind am 1. Januar 2011 auf den Europäischen Auswärtigen Dienst übertragen worden.

		2006	215 316,60	
	Lilongwe (Malawi)	1982	—	
		1988	7 493,49	
	Mexiko-Stadt (Mexiko)	1995	1 353 701,12	
	Rabat (Marokko)	1987	31 965,52	
	Maputo (Mosambik)	2008	4 121 447,03	
	Windhuk (Namibia)	1992	302 207,22	
		1993	96 253,39	
		2009	1 370 072,92	
	Niamey (Niger)	1997	91 168,26	
	Abuja (Nigeria)	1992	294 672,84	
		2005	4 004 315,73	
	Port Moresby (Papua-Neuguinea)	1982	48 274,53	
	Kigali (Ruanda)	1980	—	
	Dakar (Senegal)	1984	-	
	Honiara (Salomonen)	1990	29 305,80	
	Pretoria (Südafrika)	1994	458 247,25	
		1996	504 896,74	
	Mbabane (Swasiland)	1987	43 244,49	
		1988	27 397,74	
	Dar-es-Salam (Tansania)	2002	3 187 782,85	
	Kampala (Uganda)	1986	10 589,59	
	Montevideo (Uruguay)	1990	148 463,34	
	New York (USA)	1987	95 578,20	
	Washington (USA)	1997	1 118 286,25	
	Lusaka (Sambia)	1982	-	
	Harare (Simbabwe)	1990	93 554,81	
		1994	178 747,73	
Insgesamt				3 976 649 890,71